



IM DIALOG
MIT MUSLIMEN

3 | VORWORT

4 | EINLEITUNG

**11 | DIALOGINITIATIVEN DER KAS
IN ISLAMISCH GEPRÄGTEN LÄNDERN**

- *Regionalprogramm Nahost* 11
- *Algerien und Marokko* 12
- *Tunesien* 13
- *Ägypten* 14
- *Jordanien* 16
- *Autonome Palästinensische Gebiete* 18
- *Israel* 20
- *Senegal* 22
- *Nigeria* 24
- *Bosnien und Herzegowina* 26
- *Türkei* 28
- *Afghanistan* 31
- *Indien* 33
- *Thailand* 35
- *Malaysia* 36
- *Indonesien* 38
- *Philippinen* 40

41 | DIALOGINITIATIVEN IN DEUTSCHLAND

45 | BIBLIOGRAPHIE

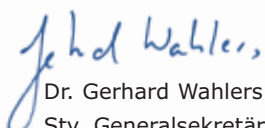
**VORWORT**

Die internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in islamisch geprägten Ländern ähnelt in Vielem den Zielen und Projekten, die wir an zahlreichen anderen Orten der Welt verfolgen. Sie zeichnet sich jedoch auch durch einige Besonderheiten aus. Unsere politischen Grundsätze und Schwerpunkte gelten hier wie in allen übrigen Partnerländern. Auf der Grundlage der Prinzipien von Freiheit und Gleichheit, von Subsidiarität und Solidarität wollen wir dazu beitragen, die Lebensbedingungen in diesen Ländern zu entwickeln, zu verbessern und damit einen Beitrag zur Sicherung unserer gemeinsamen Zukunft zu leisten.

In dieser Broschüre möchten wir die spezifischen Schwerpunkte unserer Arbeit in der islamischen Welt vorstellen, die – nicht zuletzt – auch den besonderen Interessen Deutschlands und Europas dienen. Denn Projekte zur Demokratieförderung, zur Stärkung des Rechtsstaats und zur Entwicklung einer Sozialen Marktwirtschaft tragen immer auch dazu bei, Frieden zu sichern und möglichen Konflikten vorzubeugen. Wir fördern einen ordnungspolitischen Dialog, der neben politischen und wirtschaftlichen insbesondere aber auch soziale Fragen umfasst, die Freiheit der Medien und die Verbesserung der Bildungschancen breiter Bevölkerungsschichten. Da die in diesen Ländern bestehenden Parteien und Parlamente in weiten Teilen nicht mit den hiesigen vergleichbar sind und es kaum demokratisch gefestigten Parteistrukturen gibt, arbeiten wir dort in der Regel mit Führungspersönlichkeiten zusammen, die uns programmatisch nahe stehen. Dies sind vor allem individuelle Muslime, die als Multiplikatoren und Entscheidungsträger in ihren Ländern Verantwortung tragen.

Ausschlaggebend für unsere Arbeit sind Länder- und Regionalprogramme, die in der Regel islam-spezifische Schwerpunkte haben. Grundlage ist jeweils eine Länderkonzeption, welche der Tatsache Rechnung trägt, dass es sich um ein islamisch (oder teil-islamisch) geprägtes Land handelt. Doch kommt dieser Tatsache fast überall ein unterschiedliches Gewicht zu: In Marokko, Jordanien und Afghanistan spielt der islamische Charakter im alltäglichen Leben eine ausschlaggebende Rolle, während dieser im Falle der Türkei von wesentlich geringerer Relevanz ist. Ein Länderprogramm für Indonesien verlangt eine völlig andere Differenzierung nach religiösen Kriterien als eines für Tunesien. Auch wäre es überflüssig, für Indien – wie für eine Reihe anderer islamisch geprägter Gesellschaften – separate Kriterien für muslimische Partner aufzustellen.

Die folgenden Seiten vermitteln einen Überblick über unsere Arbeit in islamisch geprägten Ländern, in denen wir mit eigenen Büros vertreten sind. Die Broschüre will kein Gesamtbild entwerfen, sondern jeweils die besonderen Probleme in einem Land oder einer Region skizzieren und exemplarisch unsere Projektarbeit vorstellen. Diese länderspezifischen Kapitel wurden von unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor Ort verfasst. Ergänzend zu diesen internationalen Erfahrungen haben die beiden Hauptabteilungen Politik und Beratung sowie Politische Bildung das Kapitel über unsere Arbeit in Deutschland beigetragen. Ich wünsche dieser Publikation viele interessierte Leser.



Dr. Gerhard Wahlers
Stv. Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung

PLURALITÄT ERKENNEN, DEMOKRATIE FÖRDERN, MENSCHENRECHTE SICHERN

DIE INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT DER KAS IN DER ISLAMISCH GEPRÄGTEN WELT

Die internationale Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) erstreckt sich seit langem auf eine Vielzahl von Ländern, in denen Muslime entweder aufgrund Ihrer Bevölkerungsmehrheit maßgeblich das öffentliche Leben prägen oder in denen der Islam die Religion einer Minderheitsgesellschaft ist, welche jedoch im öffentlichen Leben einen großen Einfluss ausübt. In diesen beiden Ländergruppen hat auch für die KAS seit 2001 die Auseinandersetzung mit islamspezifischen Frage- und Aufgabenstellungen stark zugenommen.

Dabei geht es uns nicht darum, den Islam als Religion zur Ursache unterschiedlicher Probleme zu erklären, sondern vielmehr umgekehrt, dem sich vermeintlich zuspitzenden „Zusammenprall der Kulturen“ gegenzusteuern. Auch basieren unsere Gesprächsangebote nicht auf der Annahme, unsere Gesprächspartner würden generell oder gar essentiell andere Grundpositionen vertreten. Vielmehr sind wir überzeugt, dass die Meinungsvielfalt und die Pluralität politischer und weltanschaulicher Überzeugungen unter Muslimen ebenso groß sind wie unter Christen, Hindus oder Buddhisten. Deshalb richten sich die meisten unserer Projekte nicht primär an „den“ Islam als Religion, sondern an bestimmte Menschen – Muslime – die als repräsentativ für bestimmte Inhalte, Ziele und Interessen stehen und mit denen wir zusammenarbeiten möchten.

Die Auseinandersetzung mit islamspezifischen Themen hat in den vergangenen Jahren einer breiten Öffentlichkeit die Vielfalt der Ausprägungen des Islams ins Bewusstsein gerückt. Entsprechend vielfältig sind die Brückenfunktionen, welche die KAS in ihrer internationalen Arbeit wahrnehmen kann und muss. Brücken führen bekanntlich zumindest in zwei Richtungen. Dementsprechend gilt es, zwischen dem proaktiven und dem reaktiven Teil unserer Kooperationsmaßnahmen eine Balance zu finden. Wir machen pro-aktiv Gesprächsangebote zu aktuellen politischen Themen und universalen Grundwerten. Über diese wollen wir in einen fairen Dialog eintreten, in dem wir unsere eigenen Positionen klar und offen vertreten können. Gleichzeitig reagieren wir auf ähnliche Initiativen von Muslimen. Hierbei können sich unterschiedliche Ansatzpunkte ergeben, die sowohl die Auswahl der Partner und die Gestaltung der Themen als auch den Charakter derselben betreffen. Bevor wir jedoch die Auswahl der Partner und der Themen näher erläutern, sollte zunächst der Blick auf die politischen Veränderungen der letzten Jahre gerichtet werden, unter denen sich der Dialog mit Muslimen vollzieht.

GEWANDELTE RAHMENBEDINGUNGEN

Die politischen Entwicklungen in der islamischen Welt sind in vielschichtiger Weise sowohl von internen als auch von externen Umbrüchen gekennzeichnet. Am folgenreichsten sind zum einen die Auswirkungen des internationalen Terrorismus, der mit anhaltender Brutalität inzwischen die meisten Staaten der Erde in Mitleidenschaft gezogen hat. Zwar liegen die Ursprünge hierfür überwiegend in der islamischen Welt; gleichzeitig leiden aber auch immer mehr islamische Staaten selber unter den Folgen terroristischer Anschläge, und die große Mehrheit der Muslime lehnt diese Form der Gewalt ebenso kategorisch ab, wie andere Menschen dies tun. Zum anderen handelt es sich um die ungelösten Territorialkonflikte vor allem im Nahen Osten, in Kaschmir, im Irak und in Afghanistan, die wiederum mit dem wachsenden Terrorismus in Zusammenhang stehen. Deren Auswirkungen beeinträchtigen die Handlungsspielräume der internationalen Zusammenarbeit, die Weltwirtschaft und die Chancen für mehr Frieden auf dieser Erde.

Die Auseinandersetzung mit diesen beiden gravierenden Problembereichen wird erschwert durch die Auswirkungen der Globalisierung, die auch in islamisch geprägten Gesellschaften tiefgreifende Veränderungen in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auslösen. Hierbei stehen die Bemühungen einer Einbindung der islamischen Länder, die ebenso vielschichtig wie alle anderen Staaten in diesen Sog der Globalisierung hineingezogen werden, in internationale Lösungsstrategien erst noch am Anfang. Diese Einbindung wird unweigerlich mit einem gesteigerten Informationsaustausch, mit einer sukzessiven Öffnung und damit einem politischen „wind of change“ Hand in Hand gehen.

Dem stehen auch in der islamischen Welt starke reaktionäre Kräfte gegenüber, die sich diesem äußeren Veränderungsdruck entgegenstellen und hoffen, durch eine fundamentalistische Wendung nach innen eine eigene, islamische Identität behaupten zu können. Diese internen Reformströmungen sind vielfältig und in verschiedenen Teilen der islamischen Welt unterschiedlich ausgeprägt. Hinzu kommt, dass die stark gewachsene Bedeutung der Religionen weltweit – und besonders des Islam – den Charakter der Politik, die Möglichkeiten des Konfliktausgleichs und die Wahrnehmung eines globalen „Zusammenpralls der Kulturen“ verändert hat.

Diese Entwicklungen vollziehen sich vor dem Hintergrund struktureller politischer Probleme. Hierzu gehört vor allem, dass trotz ihrer formalen Unabhängigkeit die politische Ordnung in vielen Staaten der islamischen Welt nach wie vor durch erhebliche Demokratiedefizite und einen Mangel an politischen Freiheiten charakterisiert ist. Nur die wenigsten mehrheitlich islamisch geprägten Staaten können als demokratisch legitimiert angesehen werden. Die sozialen Lebensbedingungen dieser Gesellschaften und die politische Organisation der Staaten klaffen nach wie vor weit auseinander. Der Grundcharakter ihrer politischen Verfasstheit muss noch immer als autoritär beschrieben werden.

Darüber hinaus charakterisiert aber auch eine Vielzahl sozialer, territorialer und wirtschaftlicher Probleme die islamische Welt. Zu den wichtigsten sozialpolitischen Herausforderungen zählen die Benachteiligung von Frauen, die Arbeitslosigkeit insbesondere von Jugendlichen, das eklatante Bildungsdefizit, die extrem ungleiche Einkommensverteilung und die demographische Entwicklung. Zu den oben genannten Territorialkonflikten kommen zahlreiche ethnische Konflikte hinzu wie das Kurdenproblem sowie Konflikte um Ressourcen, Energie- und Wasserversorgung, die allesamt eine territoriale Komponente haben. Zu den ökonomischen Problemen zählen in der Regel ein zu geringes Wirtschaftswachstum, fragmentierte und abgeschottete Märkte, Rentenökonomien, interventionistische Bürokratien sowie wenig differenzierte und kolonial geprägte Volkswirtschaften.

DEMOKRATIE ALS LEITBILD

Diese politischen, sozialen und wirtschaftlichen Kernprobleme sind nicht nur historisch vorgegeben oder fremdverschuldet, sondern auch die Folge versäumter Reformen und eines mangelnden Willens zur Gestaltung eines entsprechenden Ordnungsrahmens. Dennoch stellen sie für die meisten Menschen in diesen Ländern keinen Hinderungsgrund dar, die Demokratie als beste und erstrebenswerte Staatsform zu betrachten. Sie belasten allerdings ihre Bereitschaft, konsequent und langfristig auf die Erreichung einer Demokratisierung hinzuwirken.

Ein Blick über den Nahen Osten hinaus nach Süd- und Südostasien zeigt jedoch, dass es auch im Islam Demokratie, Säkularismus und „Moderne“ gibt. Auch der Islam, ebenso wie Christentum und Judentum, ist offen sowohl für Statik, Konservatismus und Reak-

tion als auch für aufgeklärte Kritik und „progressives“ Denken – wenn auch nicht überall und zu allen Zeiten im gleichen Umfang. Wir benötigen weder undifferenzierte Anklagen noch übereilte Verbrüderung. Wir wollen keinen „Religionen-Mix“, sondern klare Unterscheidungen. Sinnvoll ist ein kritischer und auch selbstkritischer Dialog ohne implizite Negativ-Folien und ohne vorgeprägte Feindbilder.

Es wäre insbesondere in islamisch geprägten Ländern irreführend und könnte leicht zu einer „self-fulfilling prophecy“ werden, wenn wir internationale Zusammenarbeit dort auf bestimmte Schablonen über „den“ Islam aufbauen nach dem Muster: Islam versus Moderne, Islam versus Demokratie oder gar Islam versus Aufklärung. Stattdessen müssen wir die verbindenden Elemente aufgreifen und stärken. Wir wollen Demokratie, Menschenrechte und den freiheitlichen Rechtsstaat überall mit Hilfe von Partnern fördern, die sich ebenfalls für diese Ziele einsetzen – unabhängig davon, welcher Religion sie angehören. Unsere internationale Arbeit muss durch politische Ziele und Leitthemen geprägt bleiben, unter denen die liberale und freiheitliche Demokratie an erster Stelle steht.

Dabei kann die Auseinandersetzung über Fragen der Demokratisierung unter Umständen auch durch religiöse Aspekte mit geprägt oder beeinflusst, niemals aber ausschlaggebend gestaltet werden. Wir sollten in all diesen Fragen die politische Anpassungsbereitschaft von Muslimen nicht unterschätzen. Etwa ein Viertel aller Muslime leben heute weltweit als Minderheiten in Gesellschaften, in denen sie sich – gestützt auf ihre eigenen kulturellen Traditionen – in der Regel gut integrieren. Gleichzeitig gibt es in allen islamischen Staaten immer auch Widerspruch dagegen, politische Themen mit religiösen Etiketten zu versehen. Territoriale Konflikte wie beispielsweise der in Kaschmir haben ursächlich nichts mit Religion zu tun. Die meisten Konflikte in Afghanistan und Pakistan sind ethnischer und sozialer, nicht religiöser Natur.

Alles in allem müssen wir die zahlreichen neuen Probleme, mit denen wir uns in islamisch geprägten Ländern konfrontiert sehen, als eine Chance begreifen, unsere Arbeit den neuen Herausforderungen anzupassen. Die Auswirkungen und Erscheinungsformen der beschriebenen Umbrüche sind nicht einheitlich. Sie verlangen deshalb in jedem Land eine genaue Beobachtung und spezifische Lösungsansätze. Wir stellen uns dieser Situation offensiv und mit dem Ziel, gemeinsam mit unseren Partnern in diesen Ländern neue politische Lösungen zu erarbeiten.

DIE PARTNER DER KAS

Es ist nur sehr begrenzt möglich, politische Positionen in der islamischen Welt nach unseren geistesgeschichtlichen Kategorien in liberal, konservativ oder sozialistisch, beziehungsweise progressiv, aufgeklärt, modern oder reaktionär zu unterscheiden. Zwar gelten diese Kriterien weitgehend auch in islamischen Ländern, aber sie bedeuten nicht zwangsläufig das Gleiche. Eigenbezeichnungen und Fremdbezeichnungen müssen daher auseinander gehalten werden. Um beides tatsächlich unterscheiden zu können, ist in der Regel ein hohes Maß an Sachkenntnis gefordert. Weder die positiven Begriffe „aufgeklärt“, „progressiv“ oder „modern“ noch die vermeintlich negativen wie „fundamentalistisch“ werden von Muslimen – wenn überhaupt – mit der gleichen Bedeutung verwendet.

Nicht nur „progressive“, auch viele „konservative“ Muslime setzen sich intensiv mit den Erfordernissen von Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechten auseinander. Dies verdeutlicht das Beispiel der Muslimbrüder sehr gut: Während einige Muslimbrüder in der Politik noch immer eine Gefahr für das Religiöse sehen und eine Trennung beider Bereiche anstreben, drängen derzeit andere in vielen Ländern des Nahen Ostens in die Parlamente und in die politische Mitverantwortung. Der Begriff „moderat“ scheint am besten geeignet, diejenigen Muslime zu bestimmen, mit denen wir in islamischen Ländern zusammenarbeiten wollen. „Moderat“ hebt vor allem auf die Art und Weise des Denkens und Handelns ab. Dieser Begriff bezieht sich nicht primär auf bestimmte politische Inhalte, sondern auf die Art des Umgangs mit politischen Problemen. Moderate Muslime können wir in den meisten islamischen Gruppierungen finden: unter den Ulema ebenso wie unter den Laien, unter den Akademikern ebenso wie unter den Nicht-Akademikern, unter den Rechtsgelehrten ebenso wie unter den Sufis, unter den Tablighis (einer inzwischen weltweit verbreiteten innerislamischen Missionsbewegung) ebenso wie unter den Muslimbrüdern.

Die Offenheit und Kooperationsbereitschaft führender Persönlichkeiten und Interessengruppen in islamischen Ländern sollte nicht zu gering eingeschätzt werden. Einladungen zu einem offenen und fairen Dialog – auch über „unsere“ Themen – werden umso leichter angenommen, je klarer wir unsere Position benennen. Je differenzierter unsere Kenntnisse um die Anliegen der anderen Seite sind, umso größer sind unsere Erfolgchancen, in diesen Ländern einflussreiche Partner zu finden. Interkulturelle Kompe-

tenz stellt insbesondere in islamischen Ländern eine Art „Türöffner“ dar, um Zugang, Anerkennung und Unterstützung zu bekommen. Zwar hält sich die KAS als politische Stiftung konsequent aus innerislamischen Auseinandersetzungen heraus; gleichwohl müssen wir diese Auseinandersetzungen und Gruppenbildungen aber kennen und analysieren.

Für den konkreten Austausch und die mögliche Kooperation mit potentiellen Partnern empfiehlt sich zunächst das informelle Gespräch, das sich im Alltag ergibt und im Prinzip einem ersten Informationsaustausch dient. Für einen formellen Dialog kommen für uns jedoch nur Gesprächspartner in Frage, welche die Anwendung von Gewalt als Mittel der Politik ablehnen. Wir sind nicht bereit, mit Muslimen zusammenzuarbeiten, deren politische Zielsetzung in der Errichtung eines theokratischen Staates besteht, die inhumane und menschenrechtswidrige Elemente der Scharia akzeptieren und die nicht bereit sind, die freiheitliche Demokratie als politisches Ordnungsprinzip anzuerkennen.

Unsere Auslandsmitarbeiter haben unterschiedliche Möglichkeiten, neue Partner zu identifizieren und auf diese Weise neue Plattformen der Gemeinsamkeit zu bilden beispielsweise in Fragen der Demokratie, des freiheitlichen Rechtsstaats, der Menschenrechte, der Sozialen Marktwirtschaft oder anderer Themen. Auseinandersetzungen über Sachfragen führen am ehesten zu gemeinsamen Interessen und damit zu Möglichkeiten einer langfristigen Zusammenarbeit. Bei Kooperationen im Rahmen unserer Maßnahmen verschaffen wir dem Partner eine wichtige Plattform. Partnerschaft bedeutet Mitverantwortung und ein gemeinsames Eintreten für politische Ziele. Unter Umständen kann eine Partnerschaft – wie jüngst im Falle der „Arab League Educational, Cultural & Scientific Organization“ (ALECSO, siehe Beitrag auf Seite 13) – auch vertraglich dokumentiert werden. Die folgenden Berichte zeigen, wie wir diese Chancen in den vergangenen Jahren ergriffen und entwickelt haben.

THEMEN DES DIALOGS

Auch in islamischen Ländern geht es der KAS im Rahmen der internationalen Arbeit um politische und zwischenstaatlich relevante Sachthemen. Dies sind vor allem Rechtsfragen, angefangen von Grund- und Menschenrechten über Demokratie und Verfassung bis hin zu privatrechtlichen Themen sowie Fragen der sozialen Ordnung, der Weltwirtschaft und der internationalen Staatengemeinschaft. Hierbei stellen wir un-

sere Kernanliegen – liberale Demokratie, freiheitlicher Rechtsstaat, Medienfreiheit und Menschenrechte – thematisch in den Vordergrund. Wir betrachten die Auseinandersetzung über solche Sachthemen als ein Mittel der Demokratieförderung.

Die sicherlich wichtigste Frage in islamischen Ländern ist die, wie es dort um die Chancen einer fortschreitenden Demokratisierung bestellt ist. Ebenso wie zu den Menschenrechten gibt es dort auch unterschiedliche Entwürfe von Verfassungen, die durch den Islam geprägt sind. Darin sind in der Regel die Grundsätze der Glaubens- und Bekenntnisfreiheit, der Gleichheitsgrundsatz und der Minderheitenschutz weniger deutlich verankert als in ausschließlich säkularen Verfassungen. Darüber hinaus mangelt es den meisten islamisch geprägten Staaten an demokratisch legitimierten Institutionen, an transparenten Verwaltungsstrukturen und vor allem an einer pluralistischen Parteiendemokratie, die einen offenen und fairen Dialog fördern könnte. Auch in Zukunft werden sich die Themen Demokratie, freiheitlicher Rechtsstaat und Menschenrechte als die Nagelprobe erweisen, an denen sich die Möglichkeiten gemeinsamen politischen Handelns und die Integration in das internationale politische System entscheiden werden.

Die KAS verfolgt im Kontext dieses Spektrums vor allem zwei Themen mit besonderem Nachdruck. An erster Stelle stehen für uns überall die Menschenrechte und deren rechtstaatliche Verankerung: Einen gemeinsamen Ausgangspunkt bildet die Grundauffassung von der Würde des Menschen, aus der sich eine Reihe gemeinsamer, auch politischer Wertvorstellungen ableiten lassen. Das Humanitätsideal des Islams fokussiert allerdings viel stärker dessen Bedeutung für die Gemeinschaft als für den Einzelnen. Die Vorstellung der individuellen Selbstbestimmung ist für gläubige Muslime nicht immer nachvollziehbar. Auch das Ausmaß, in dem der säkularisierte Westen gewohnt ist, den einzelnen Menschen als frei und mit universal geltenden Menschenrechten ausgestattet zu denken, ist vielen muslimischen Intellektuellen noch immer befremdlich. Unter den gegebenen Rahmenbedingungen gibt es nur begrenzte Möglichkeiten, Menschenrechte als einklagbare Rechte geltend zu machen. Alles in allem erschöpfen sich die Tendenzen in Richtung Liberalisierung, wo immer sie in den letzten Jahren zum Tragen kamen, in der punktuellen Gewährung von Freiheitsrechten sowie in Formen passiver Tolerierung, die jederzeit zurückgenommen werden können. Ohne eine gesicherte umfassende Verankerung von Bürger- und Menschenrechten fehlt

jedoch der notwendige politische Gestaltungsspielraum, um innovative Lösungen für die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Probleme herbeizuführen. Menschenrechte und eine unabhängige Justiz existieren zwar in vielen islamisch geprägten Staaten auf dem Papier, unterliegen in der Praxis aber nicht selten einer Vielzahl von Einschränkungen, die teils mit einer bestimmten Interpretation der Scharia, teils mit regionalen Traditionen oder nationalen Interessen, teils aber auch gar nicht begründet werden.

Ein zweiter, ebenfalls zentraler Bereich betrifft die Themen Religionsfreiheit und Säkularismus. Das Recht auf freie Ausübung der Religion muss in islamisch geprägten Staaten auch den Gläubigen anderer Religionen gewährt werden. Dafür ist es unverzichtbar, dass beide Seiten das Nebeneinander der Kulturen als eine Tatsache akzeptieren, zu der es in der globalisierten Welt keine Alternative gibt. Human zusammenleben kann nur, wer die Freiheit jedes Menschen auf Ausübung seiner Religion anerkennen und zum Frieden beitragen will. In diesem Zusammenhang ist es unverzichtbar, Fragen einer säkularen Staatsordnung zu thematisieren. Angesichts der machtvollen Rolle, die der Religion in Staat und Gesellschaft zukommt, erscheint es immer wieder von Neuem fraglich, wie eine säkulare Verfassungsordnung dauerhaft mit tief verwurzelten islamischen Glaubensformen in Einklang gebracht werden kann. Das am weitesten entwickelte Modell dafür, in welcher Form ein demokratischer und im Prinzip religionsneutraler Staat Religionsfreiheit gewährleisten kann, bietet die Türkei. Wir sollten sie jedoch nicht als ein Modell für die islamische Welt benutzen, sondern eher als ein Beispiel dafür, was möglich, aber nicht ohne Weiteres übertragbar ist.

Grundsätzlich wird dieses Themenspektrum auch von islamischer Seite nachgefragt. Wer die Gemeinsamkeit des Interesses an bestimmten Themen deutlich machen kann, wird auch adäquate Gesprächspartner finden. Ein Schlüsselthema, das gerade im islamischen Kontext immer wieder Aufmerksamkeit erregt, ist beispielsweise die „Gerechtigkeit“, sei es in Politik, Wirtschaft oder Gesellschaft. Gerechtigkeit ist eine ur-islamische Tugend, die sich zugleich mit vielen Themen verknüpfen lässt – nicht zuletzt auch mit dem Thema „Freiheit“. Auch das Bewusstsein für die demokratische Mitverantwortung aller ist in der jungen Generation – auch unter Frauen – stark verankert. Hier gibt es zahlreiche demokratische Elemente, die zwar manchmal mit der Politisierung des Islams Hand in Hand gehen, aber nicht zwingend mit Radikalisierung gleichgesetzt werden dürfen. Sie sind getragen

von unabhängigem sozialem Engagement, von der Anerkennung von Unterschieden in der politischen Orientierung und sogar von einer Entsakralisierung der tradierten Institutionen und Hierarchien.

Die entscheidende Frage ist nicht, ob der Islam überhaupt „modernisierbar“ ist, sondern welche neuen Formen und Modelle von „Moderne“ sich hier auftun. Ohne Zweifel gibt es in der islamischen Welt Modernisierungsbereitschaft, Demokratiefähigkeit und Pluralität; es gibt dort Modernisierungs- und Demokratisierungsprozesse nicht nur in den sozialen Fragen der Gesellschaft, sondern auch in denen des religiösen Selbstverständnisses. Es existiert aber auch immer noch und immer wieder das jeweilige Gegenteil: das Antimoderne, die Antiaufklärung und die statische Exegese von Koran und Sunna, häufig Auffassungen, die von den jeweiligen Regierungen gefördert und für ihre politischen Interessen genutzt werden. Mit diesem Spannungsverhältnis wird unsere internationale Zusammenarbeit noch viele Jahre umgehen müssen.

Auch in islamisch geprägten Ländern ist Demokratisierung ein Prozess und nicht lediglich eine noch ausstehende Verfassungsgebung. Es gibt in allen diesen Ländern zahlreiche Akteure, die an diesem Prozess arbeiten. Unter diesen gibt es durchaus auch viele gläubige Muslime, die säkularistischen Begründungen gegenüber offen stehen. Sie lassen sich freilich in Istanbul oder Delhi leichter finden als in Riad oder Kabul. Bei vielen Muslimen führt die Desillusionierung über Politikunfähigkeit im eigenen Land zu einer Öffnung für ein liberaleres Politikverständnis und die Bereitschaft, Politik und Religion voneinander zu trennen. Selbst engagierte Islamisten können für Demokratie und Säkularismus aufgeschlossen sein; jedoch nicht, um die Politik vor der Religion zu bewahren, sondern umgekehrt, wie Olivier Roy festgestellt hat, um die Religion vor der Politik zu retten. Viele Neo-Islamisten streben heute durchaus eine Privatisierung ihrer Religion an, aber aus einem Misstrauen gegenüber ihren Staaten heraus. Auch wenn wir deren Motive nicht teilen, bleibt zu prüfen, ob derartige „Öffnungen“ nicht dazu dienen können, die Autonomie des politischen Raums zu stärken.

Bis heute verlaufen die Säkularisierungsprozesse in der islamischen Welt noch sehr asymmetrisch. Angesichts der machtvollen Rolle der Religion in Staat und Gesellschaft besteht die zentrale Herausforderung darin, eine säkulare Verfassungsordnung dauerhaft mit tief verwurzelten islamischen Glaubensformen in Einklang zu bringen. Die Frage, in welcher Form ein

demokratischer und im Prinzip religionsneutraler Staat Religionsfreiheit gewährleisten kann, stellt sich in der Türkei exemplarisch für die islamische Welt. Hier zeigt sich, dass der säkulare Verfassungsstaat auch in der islamischen Welt konstruktiv mit der Ausübung von Religion umgehen und dazu beitragen kann, die religiöse Ausübung des Islams mit den Erfordernissen der modernen Gesellschaft zusammenzubringen. Auch wenn die Türkei kein Modell für die islamische Welt sein will und kann, bietet das türkische Beispiel dennoch wertvolle Orientierungshilfen.

PROBLEME DES DIALOGS

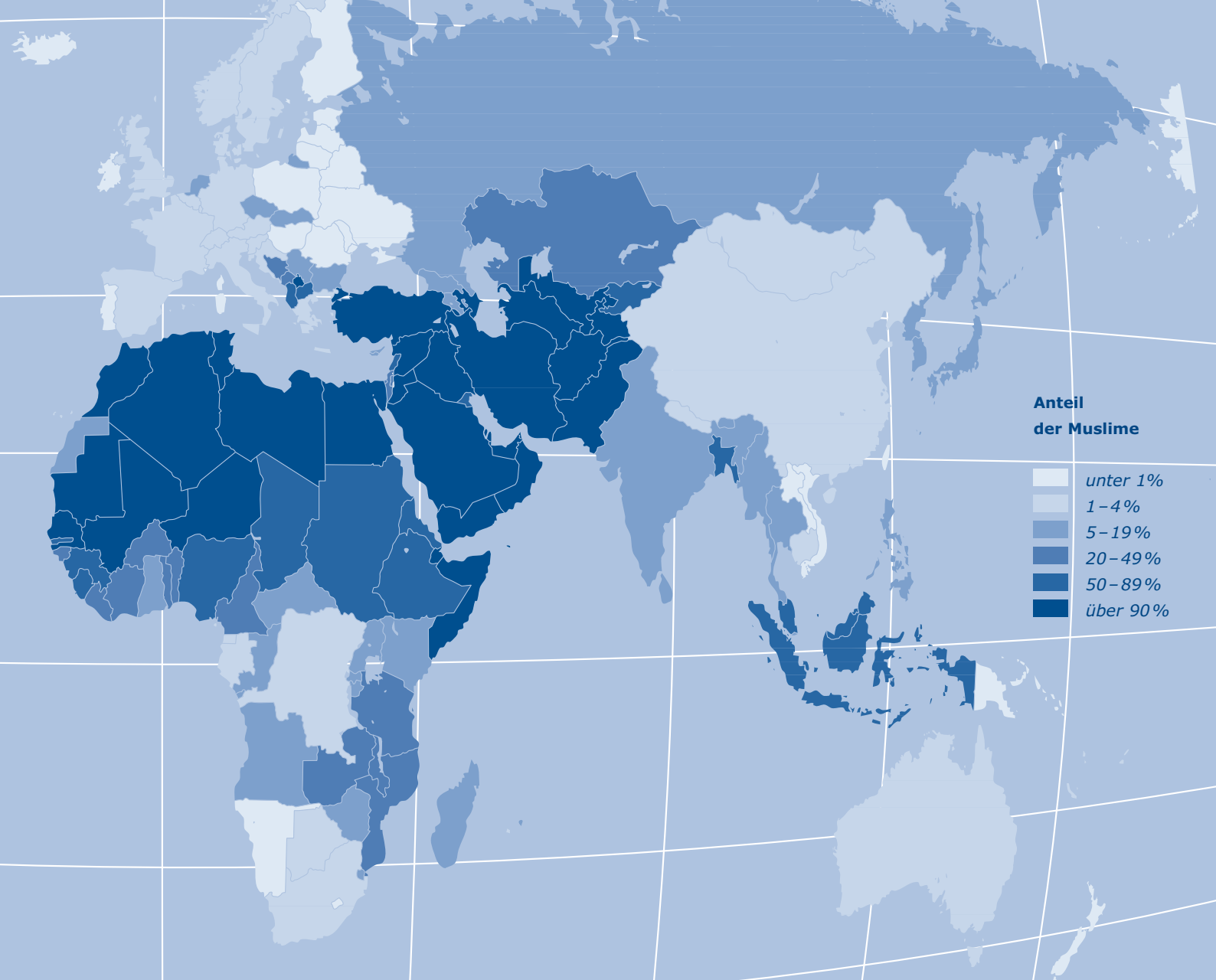
Muslime stehen heutzutage sehr schnell unter Fundamentalismus-Verdacht, weil überall in der islamischen Welt eine intensivere Hinwendung zu Fragen der Religion erkennbar ist. Gleichzeitig wächst aber auch die Zahl derjenigen, die religiöse Traditionen in Frage stellen, und es werden überall – von Marokko bis Malaysia – auch neue Antworten zugelassen. Diese Öffnung muss jedoch keineswegs immer in unserem Sinne verlaufen; sie kann sowohl moderate und liberale Kräfte stärken als auch radikale und latent gewaltbereite. Man kann diese Öffnung zwar als eine Folge der Globalisierung betrachten, aber dies bedeutet keineswegs automatisch „Verwestlichung“. Dennoch bietet diese Öffnung eine Chance, die Diskussionen über gemeinsame Themen mit zu prägen.

Auch wenn es kein Patentrezept für den Dialog mit Muslimen gibt, zeigen sich immer wieder zwei Hauptprobleme, an denen sich die Qualität solcher Initiativen ablesen lässt: Zum einen ist es die Frage, ob der Dialog auf gleicher Augenhöhe geführt wird, ob sich beide Seiten als „gleich“ – das heißt als „moralisch gleichwertig“ – betrachten oder ob er unter den Bedingungen eines Machtgefälles geführt wird. In diesem Zusammenhang sind politische Interessen an sich kein Problem. Diese müssen jedoch offen benannt und dürfen nicht kaschiert werden. Ein Gespräch als Instrument der Einflussnahme ist kein Dialog. Auseinandersetzungen über Sachfragen führen am ehesten zu gemeinsamen Interessen und langfristigen Kooperationsmöglichkeiten.

Zum anderen besteht die ständige Gefahr der „Essentialisierung“. Damit ist die Annahme gemeint, dass es zwischen beiden Seiten Wesensunterschiede gebe, die im Grunde unüberbrückbar seien, und die letztlich in der Religion begründet liegen. So wichtig diese Unterschiede in der Religion sind und bleiben, so gibt es doch viele Beispiele dafür, dass sie eine Auseinander-

setzung über politisch relevante Sachfragen keineswegs verhindern oder unmöglich machen. Ein Dialog, der offen und fair über Sachfragen geführt wird, muss nicht angesichts religiöser Unterschiede an seine Grenzen stoßen, sondern kann diese in den Dialog mit einbeziehen. Die Bereitschaft oder Verweigerung hierzu gibt es unter Muslimen ebenso wie unter Christen. Es scheint jedoch aus westlicher Sicht erfolgversprechender, als Adressaten unseres Dialoginteresses Verantwortung tragende Muslime als Individuen anzusprechen und nicht den Islam als Religion allgemein. Dadurch vermeiden wir es zugleich, immer wieder auf islamische Theologen als Gesprächspartner angewiesen zu sein und diesen damit eine Schlüsselstellung zuzuschreiben, die ihnen unter Umständen in ihren Ländern gar nicht zukommt.

So wie in der westlichen Welt religiöse Positionen quer zu den Parteigrenzen verlaufen, ist dies auch in islamischen Ländern der Fall. Deshalb müssen aber die politischen Kernthemen wie Säkularisierung, Demokratie und Menschenrechte keineswegs hinter die theologischen zurücktreten. Wenn wir bereit sind, uns auf den Dialog auch mit denen einzulassen, die nicht a priori unserer Meinung sind und die unseren christlichen oder „westlichen“ Werten skeptisch gegenüber stehen, so dürfen wir diesem Dialog Grenzen setzen, die in Fairness, Respekt und Gewaltlosigkeit ihren Ausdruck finden müssen. Dies ist umso wichtiger – und fruchtbarer! – wenn sich die Inhalte eines Dialogs mit dem Islam an konkreten Sachthemen orientieren und sich beide Seiten zudem im Vorhinein auf bestimmte Ziele einigen können. Dialog als „l’art pour l’art“ wäre sinn- und endlos. Als eine Anstrengung jedoch, die ihre Ziele benennt und dabei auch die eigene Position fundiert begründet, bleibt er unverzichtbar.



ANTEILE MUSLIMISCHER BEVÖLKERUNG IN:

1. Afghanistan.....99%	21. Guinea85%	42. Maldives99%	63. Sierra Leone.....60%
2. Ägypten94%	22. Indien14%	43. Mali.....90%	64. Simbabwe.....10%
3. Albanien70%	23. Indonesien88%	44. Marokko99%	65. Singapur.....18%
4. Algerien.....98%	24. Irak.....96%	45. Mauretanien100%	66. Somalia100%
5. Äthiopien.....50%	25. Iran99%	46. Mazedonien50%	67. Sri Lanka8%
6. Azerbaijan93%	26. Israel/Palästina43%	47. Montenegro.....21%	68. Sudan70%
7. Bangladesch.....83%	27. Jemen97%	48. Mosambik20%	69. Syrien90%
8. Belarus.....0,5%	28. Jordanien.....95%	49. Nepal4%	70. Tadschikistan.....90%
9. Benin20%	29. Kambodscha4%	50. Niederlande.....5,8%	71. Tansania35%
10. Bosnien und Herzegowina48%	30. Kamerun.....20%	51. Niger90%	72. Thailand12%
11. Bulgarien13%	31. Kasachstan47%	52. Nigeria50%	73. Togo.....20%
12. Burkina Faso43%	32. Kenia.....10%	53. Oman100%	74. Tschad.....54%
13. Burundi10%	33. Kongo, DR20%	54. Pakistan.....97%	75. Tunesien98%
14. China1-2%	34. Kosovo90%	55. Philippinen5%	76. Türkei.....99%
15. Deutschland4,3%	35. Kuwait.....85%	56. Qatar85%	77. Turkmenistan89%
16. Elfenbeinküste45%	36. Kyrgystan75%	57. Ruanda.....5%	78. Uganda.....16%
17. Eritrea50%	37. Libanon70%	58. Russland.....14%	79. Usbekistan90%
18. Gambia.....90%	38. Liberia20%	59. Sambia.....30%	80. Vereinigte Arabische Emirate96%
19. Georgien.....12%	39. Libyen97%	60. Saudi Arabien.....97%	81. Weltweit23%
20. Ghana16%	40. Malawi.....20%	61. Senegal94%	
	41. Malaysia53%	62. Serbien (ohne Kosovo).....5%	

Diese Zahlen basieren auf Berechnungen von Prof. Ahmet Alibasic, Sarajevo.

DIALOGINITIATIVEN IN AUSGEWÄHLTEN ISLAMISCH GEPRÄGTEN LÄNDERN

REGIONALPROGRAMM NAHOST

Die Region des Nahen und Mittleren Ostens ist die Wiege der drei großen monotheistischen Weltreligionen: Judentum, Christentum und Islam. Weltweit hat die Region für Muslime einen besonderen Stellenwert, weil hier zentrale heilige Stätten und wichtige Pilgerstätten wie Mekka, Medina und Jerusalem liegen. Modernisierungsprozesse im Zuge der Globalisierung sowie die eingeschränkte Leistungsfähigkeit traditioneller gesellschaftlicher wie sozialer Muster stellen die arabisch-islamischen Länder vor die Herausforderung, ihre sozialen, politischen und wirtschaftlichen Beziehungen im Dreieck zwischen Staat, Gesellschaft und Religion neu zu regeln. Angesichts der Unterschiede, die das politische System und den gesellschaftlichen Entwicklungsstand betreffen, variieren dabei der Stellenwert und der Einfluss des Islams auf Gesellschaft und Politik. Sie unterstreichen damit ein durchaus vielfältiges Bild: Algerien, Tunesien, Ägypten und Syrien stehen für politische Systeme, in denen der Islam als Staatsreligion qua Verfassung festgeschrieben ist, jedoch das Religiöse nicht die politische Sphäre dominiert. Ein anderes Bild zeigt sich mit Blick auf eine zweite Gruppe von Ländern wie Marokko und Jordanien, in denen der Islam die wesentliche Quelle der Herrschaftslegitimation darstellt. Im Fall von Marokko führt König Mohammed VI. seine Legitimation auf die Abstammung vom Propheten Mohammad zurück. Ähnlich legitimiert sich der jordanische König Abdallah II., der in einer Ahnenreihe mit den haschemitischen Herrschern der arabischen Halbinsel steht. Aber auch in anderen Ländern nimmt der Islam im staatlichen Kontext eine besondere Rolle ein. In Ägypten dient die Scharia als die Hauptquelle der Gesetzgebung und in der algerischen Verfassung wird religionsspezifischen Einrichtungen ein besonderer staatlicher Rang eingeräumt, wie z. B. dem Haut Conseil Islamique, der im Verfassungstext verankert ist.

So vielfältige Ausprägungen der Islam als Religion auch besitzt, so unterschiedlich gestaltet sich das Verhältnis

von Religion und Staat, der Einfluss des Religiösen auf die staatliche, soziale wie wirtschaftliche Ordnung. Was für die KAS den Dialog mit Muslimen in der Region zu einer essentiellen Aufgabe gemacht hat, ist die Tatsache, dass sich die religiöse Frage des 21. Jahrhunderts im Kontext der Modernisierung und Globalisierung auf eine neuartige Weise stellt. Die „Rückkehr der Religion“ in den sozialpolitischen Bereich ist ein nicht zu negierendes Faktum, dessen soziale und politische Auswirkungen noch kaum zu überblicken sind.

In diesem Kontext zielt das Regionalprogramm Nahost/Mittelmeer darauf ab, die beschriebenen Prozesse und Herausforderungen aufzugreifen und einen zielgerichteten Dialog zu initiieren, der auf zwei Ebenen stattfindet: Zum einen fördert die KAS einen innerislamischen Dialog dort, wo verschiedene soziale und politische Strömungen aus der arabisch-islamischen Welt es dringend nahe legen, sich über die zukünftigen Entwicklungen ihrer Gesellschaften und aktuelle sowie konkrete Fragestellungen auszutauschen. Hier nimmt die KAS eine Moderatorenfunktion ein, die sie nach Jahren vertrauensvoller und offener Zusammenarbeit in der Region erworben hat. Auf einer zweiten Ebene engagiert sich die Stiftung im Dialog zwischen westlich-christlicher und islamisch-arabischer Welt. Hierbei konzentrieren wir uns auf die Behandlung konkreter Themen wie das Verhältnis von Religion, Moderne und Öffentlichkeit. Reformen in Erziehung und Bildungssystemen sowie die Pluralität von Islam und Christentum werden ebenso thematisiert.

Strategisch wird das Ziel verfolgt, säkulare Kräfte als nachhaltige Stützen für die Demokratisierung der regionalen Gesellschaften auf der Basis gemeinsamer politischer Verantwortung zu mobilisieren. Darüber hinaus werden die Dialogpartner dazu angehalten, ihre Haltungen zu drängenden politischen und gesellschaftlichen Problemen in den allgemeingesellschaftlichen Diskurs einzubringen. Diesem Ziel liegt die Annahme zugrunde, dass alle Religionen vor gemeinsamen sozialetischen Herausforderungen stehen, um Antworten auf die brisanten Fragen wie Krieg und Frieden, Reichtum und Armut, sowie neue wirtschaftliche und soziale Entwicklungen geben zu können.

ALGERIEN UND MAROKKO

Algerien ist heute entschlossen, nach den blutigen Auseinandersetzungen der neunziger Jahre zwischen Staat und islamistischen Untergrundbewegungen neue Wege zu gehen. Die deutlich gestiegenen Einnahmen aus dem Öl- und Gasexport ermöglichen es dem Land, dringend benötigte Infrastruktur- und Bildungsinvestitionen anzugehen. Wichtiger noch als diese materielle Seite des algerischen Neuanfangs scheint die Aufarbeitung der durch die blutigen neunziger Jahre verursachten Traumata in der algerischen Gesellschaft zu sein. Die Politik der „Nationalen Versöhnung“ von Präsident Bouteflika und die damit verbundene gesellschaftliche Einbindung und Befriedung islamistischer Bewegungen ist deshalb ein wichtiger Baustein für eine positive Entwicklung des Landes. Über ihr Verbindungsbüro in Algier versucht die KAS durch ihre seit dem Jahr 2000 veranstalteten „Soirées ramadanesques“ nicht allein den interreligiösen Dialog voranzutreiben, sondern insbesondere auch die gesellschaftspolitische Verantwortung von Muslimen in einem demokratischen Staat zu diskutieren.

In Marokko verbinden sich arabische, berberische und europäische Sprachen und Kulturen sowie der Wille, eigenständige Traditionen zu bewahren und gleichzeitig das Land zu öffnen und zu modernisieren zu einer einzigartigen Mischung. Die in der Verfassung verankerte Rolle des Königs als „Befehlshaber der Gläubigen“ symbolisiert die Bedeutung und zugleich die Besonderheiten des marokkanischen Islam. Mit zahlreichen Reformanstößen hat König Mohammed VI. deutlich gemacht, dass er das Verhältnis von Islam und Gesellschaft modernisieren und somit auch neu definieren will, ohne allerdings den Platz der Religion in Marokko grundsätzlich in Frage zu stellen. Die Reform der Ausbildung von Religionsgelehrten und des Familienrechts sind nur zwei Aspekte dieser auch international sehr beachteten Politik, die von der KAS aktiv begleitet wurde.

Marokko ist ein Land, das der wissenschaftlichen Debatte über den Platz der Religion in Politik und Gesellschaft viel Raum bietet. In Kooperation mit den Universitäten in Rabat, Casablanca oder auch Marrakesch versucht die KAS, Fragen der gesellschaftlichen Modernisierung voranzutreiben und zugleich den Dialog innerhalb der arabischen Welt zu befruchten.

Die Reform des Religionsunterrichts war beispielsweise Thema einer gemeinsamen Veranstaltung der KAS mit der Fondation Roi Abdul Aziz al Saoud 2005. Die Partnerschaft mit dieser renommierten Stiftung, die über die wahrscheinlich größte öffentliche Bibliothek des Landes und zahlreiche internationale Kontakte verfügt, eröffnete der KAS bereits zahlreiche Dialoginitiativen. Dabei konnten wir auch einen Beitrag zur nationalen Debatte über den Platz der Religion in der Gesellschaft leisten. Ähnliche Impulse gingen von der Veranstaltungsreihe in Kooperation mit dem Centre Tarik ibn Ziad über die „Neubegründung des religiösen Denkens“ aus. Diese innermarokkanische Debatte ist für die Verortung der Religion in der marokkanischen Gesellschaft des 21. Jahrhunderts und angesichts der Gefahren durch islamistische Terrorbewegungen von großer Bedeutung. Durch eine gezielte Kooperation mit den moderaten politischen Kräften und zahlreichen öffentlichen Diskussionsforen, in die wir auch führende Vertreter aller politischen Parteien einbinden, fördern wir die Auseinandersetzung über das Verhältnis von Islam und Moderne in Marokko und darüber hinaus.

Die politische und wissenschaftliche Elite des Landes ist sich heute bewusst, dass die Zukunft Marokkos in der sich globalisierenden Welt entscheidend von einer engagierten Modernisierung abhängt, zugleich aber der islamische Charakter des Landes bewahrt werden soll. Damit versucht das Land dynamisch und offen zu sein, zugleich aber Traditionen und politische wie auch gesellschaftliche Stabilität zu sichern. Als Land ohne hohe Einnahmen aus dem Export von Rohstoffen wie Erdöl ist Marokko auf das Gelingen dieses Spagats angewiesen. Marokko steht mit dieser Politik zwischen Modernisierung und Tradition modellhaft für einen engagierten Reformversuch in der arabischen Welt.

KOOPERATION MIT ALECSO

Für aufgeklärte Beziehungen zwischen den Religionen und Kulturen sowie zwischen staatlichen und religiösen Einrichtungen treten eine Reihe von Institutionen in Tunesien ein. Auf staatlicher Ebene befasst sich das dem Religionsministerium nachgeordnete Institut Supérieur des Sciences Religieuses mit der Ausbildung des religiösen Personals und äußert sich über Publikationen zu relevanten Themen des Islams. Die in Tunis beheimatete Organisation arabe pour l'éducation, la culture et les sciences (ALECSO) der Arabischen Liga greift den zum Teil spannungsgeladenen euro-arabischen Dialog auf und bietet in ihren Veranstaltungen und Publikationen eine Plattform für den Austausch zwischen den Religionen und Kulturen.



Das Rahmenabkommen wurde am 19. April 2007 bei einer Festveranstaltung in der Berliner Akademie der KAS von Prof. Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident a. D. und Vorstandsvorsitzender der KAS und Dr. Mongi Bousnina, Generaldirektor von ALECSO unterzeichnet.

TUNESIEN

Seit Beginn der laizistischen Modernisierung Tunesiens, die mit der Unabhängigkeit einsetzte, steht das Land in einem permanenten Spannungsverhältnis zwischen weltlicher Macht und religiös-islamischer Tradition. Mit 98 Prozent dominiert in Tunesien die sunnitische Glaubensrichtung des Islams. Doch lässt sich auch eine kleinere Anhängerzahl des Ibadhi Glaubens oder der Sufisten finden. Mit der großen Moschee Sidi Uqbah ibn Nafi in Kairouan liegt eine wichtige muslimische Pilgerstätte des Maghreb in Tunesien. Sie ist der Zeytouna-Universität angeschlossen, welche ein ähnlich hohes Ansehen in der islamischen Welt genießt wie die ägyptische Al-Azhar-Universität.

Die verbleibenden zwei Prozent der tunesischen Gesellschaft verteilen sich auf 20.000 Christen, die vor allem in der Hauptstadt Tunis und im Norden des Landes leben, sowie auf etwa 1.500 bis 2.000 Juden, die sich auf der Insel Djerba bereits vor 2.500 Jahren niedergelassen haben. Seit Beginn der osmanischen Periode ist das religiöse Miteinander von Muslimen, Christen und Juden von Toleranz und Miteinander geprägt. Der Schutz der freien Religionsausübung genießt seit 1956 Verfassungsrang. Im regionalen Vergleich wurde die tunesische Verfassung bereits als „religionsneutralste Verfassung aller arabischen Staaten“ bewertet. Hintergrund ist, dass sie mit nur vier Stellen eine geringe Anzahl von Religionsbezügen aufweist. Trotz der laizistischen Basis des tunesischen Rechtssystems ist in der Verfassung der Islam als Staatsreligion festgeschrieben, und der Präsident muss nach Artikel 35 Moslem sein.

Ein wesentliches Kennzeichen des Verhältnisses des Staates zum Islam ist die Unterordnung des Religiösen unter das Staatliche. Dabei nimmt das Ministerium für Religionsangelegenheiten eine Schlüsselposition der staatlichen Aufsicht ein. Entsprechend kontrolliert und finanziert die Regierung nicht nur Moscheen, sondern ernennt und bezahlt auch die Prediger. Der Präsident ernennt den Großmufti der Republik, der ihm als religiöser Berater und Referenzperson für Rechtsfragen dient. Gerade im rechtsstaatlichen Rahmen zeigt sich, wie sich die staatlichen Modernisierungsansprüche in Gesetzen widerspiegeln. Als Beispiele lassen sich hier der Umgang mit der Gleichstellung der Frau vor dem Gesetz im Erbschaftsrecht und in Personalstatutfragen nennen. Ebenfalls erfolgt die religiöse islamische Erziehung unter Kontrolle des Staates. An öffentlichen Schulen ist die Unterweisung im islamischen Glauben ein Pflichtfach. Doch auch Christentum und Judentum sind Teil des Curriculums.

Neben dem staatlich getragenen Ansatz, den Islam mit der Moderne zu versöhnen, existieren nichtstaatliche Strömungen in Tunesien, die das Gegenteil fordern und den gegenwärtigen tunesischen Staat als zu säkular, zu westlich und zu unislamisch bezeichnen. Dabei öffnet sich im öffentlichen Raum ein Spannungsverhältnis zwischen weltlicher Macht, die eine modernistische Islampolitik vertritt, und religiös-islamischer Tradition, die eine Islamisierung der Moderne fordert. Einer ihrer Wortführer ist Rachid Ghannouchi, der aus dem Exil in London die Ennahda-Bewegung mit der Forderung anführt, das muslimische Volk müsse auf der Basis von Koran, Sunna und der Scharia regiert werden. Die Reaktion der staatlichen Autoritäten auf das Aufkommen des Islamismus, der in Tunesien als *intégrisme* bezeichnet wird, umfasst dabei scharfe Kontrollen islamistischer Organisationsversuche bis hin zu strafrechtlicher Verfolgung zentraler Akteure.

ÄGYPTEN

Seit dem Sturz der Monarchie ist Ägypten eine konstitutionelle Republik, in der der Islam zwar als Staatsreligion festgeschrieben ist, der freien Religionsausübung jedoch Schutz gewährt wird. Das Land ist mehrheitlich vom sunnitischen Islam geprägt, zu dem sich etwa 90 Prozent der ägyptischen Bevölkerung bekennen. Obwohl schiitische Dynastien (Fatimiden) über Jahrhunderte in Ägypten geherrscht haben, wird der schiitische Islam angesichts der jüngsten politischen Entwicklungen im Irak und Iran vom Regime eher als Bedrohung wahrgenommen. Schiitischen Sekten (Drusen, Alewiten, Bahai) wird die staatliche Anerkennung verweigert.

Neben dem Islam sind in Ägypten auch eine große Anzahl christlicher Konfessionen und Denominationen aus dem weiten Gebiet der koptischen, orientalischen, orthodoxen, katholischen und protestantischen Christenheit anerkannt. Die überwiegende Mehrheit der ägyptischen Christen gehören der koptisch-orthodoxen Kirche an; daneben gibt es seit dem 19. Jahrhundert eine kleine, heute etwa 200.000 Gläubige umfassende, mit der römisch-katholischen Kirche unierte koptisch-katholische Kirche. Eine etwa gleich große Anzahl von Gläubigen ist inzwischen zum Protestantismus konvertiert. Neben dieser ägyptisch-presbyterianischen Kirche existieren noch kleinere Gemeinden orthodoxer Griechen, Armenier, Syrer, Melekiten, Maroniten, Lateiner und Chaldäer. Den Zeugen Jehovas und den Mormonen wird die staatliche Anerkennung in Ägypten dagegen verweigert.

Die koptisch-orthodoxe Kirche gibt sich bis heute national-konservativ und ist kulturell orientalistisch ausgerichtet. Westliche Moralvorstellungen werden von Kopten genauso kritisch bewertet wie von muslimischen Ägyptern. Die Kopten gehören in Ägypten allen sozialen Schichten an, sind aber in der nationalen Politik und im Militär so gut wie gar nicht repräsentiert. Allein der ägyptische Präsident sorgt mit seinem Nominationsrecht immer wieder dafür, dass es in den beiden Kammern des ägyptischen Parlaments auch koptische Repräsentanten gibt. Die Regierung gilt deshalb bis heute als verlässlichster Garant eines Status quo, der sicherstellt, dass der koptischen Minderheit, trotz der auch in Ägypten zunehmenden Islamisierung des öffentlichen Lebens, Freiräume gewährt bleiben.

Das Verhältnis zwischen den beiden großen politischen Bewegungen in Ägypten, der Nationaldemokratischen Partei (NDP) und der religiösen Muslimbruderschaft ist seit der Gründung der Republik im Jahre 1952 höchst ambivalent. Ähnlich wie in anderen arabischen Staaten drängen Militärs auf die strikte Unterordnung des Religiösen unter die staatliche Autorität. Auch in Ägypten wurde ein Religionsministerium geschaffen, dessen vorgesetzter Minister über Kabinettsrang verfügt. Neben dem Religionsministerium spielt natürlich auch die alterwürdige Al-Azhar-Universität als religiöse Ausbildungsstätte eine besondere Rolle. Sie verfügt über ein komplett vom staatlichen Bildungswesen separiertes eigenes Ausbildungssystem vom Kindergarten über das Primar- und Sekundar- bis zum Hochschulwesen. Der ägyptische Staatspräsident ernennt deshalb nicht nur, wie in anderen Nachbarstaaten auch, den Großmufti der Republik, sondern eben auch den Großscheich und den Präsidenten der Al-Azhar-Universität. Damit übt der ägyptische Staat die volle personelle Kontrolle über alle religiösen Einrichtungen aus.

Im Jahre 1980 kam es zu einer viel beachteten Verfassungsänderung, durch die die Scharia zur Hauptquelle der ägyptischen Gesetzgebung erhoben wurde. Mit dieser Verfassungsänderung verkomplizierte sich das Verhältnis zwischen den Religionsgemeinschaften, da jetzt der Vorrang des Islam Verfassungsstatus besaß und für jedwedes legislative Verfahren von entscheidender Bedeutung war, ob das zu verabschiedende neue Gesetz mit den Regeln der Scharia übereinstimmte oder nicht. Im Zuge der wirtschaftlichen Liberalisierung fanden die Muslimbrüder dank ihrer sozialen Serviceleistungen bei den Unter- und Mittelschichten eine dankbare Zielgruppe für ihre politische Agitation. Seit sie sich von radikalen bzw. gewaltbereiten Splittergruppierungen distanziert und eine gemäßigte politische Richtung eingeschlagen haben, sind sie zur stärksten, ja nahezu einzigen ernst zu nehmenden oppositionellen Kraft in Ägypten geworden. Gerade in den letzten Parlamentswahlen konnte die ägyptische Muslimbruderschaft wieder ein-drucksvoll unter Beweis stellen, dass sie nicht nur straff organisiert ist, sondern sich auch durch Behinderungen der Sicherheitsorgane nicht mehr von ihrem politischen Engagement abbringen lässt. Sie erreichte insgesamt 88 Parlamentssitze und damit etwa 20 Prozent

der zu vergebenen Mandate. In welche Richtung sich die politische Zukunft Ägyptens mit 88 Muslimbrüdern im Parlament bewegt, bleibt abzuwarten und ist von vielen unterschiedlichen Faktoren abhängig. Die Möglichkeit einer weiteren Integration der Muslimbrüder ins politische Leben und ebenso eine Entwicklung der Bewegung hin zu einer politischen Partei sind denkbar und in den Augen mancher Beobachter auch notwendig.

Die KAS hat sich in Ägypten dem Phänomen der wachsenden Rolle des Islam im Alltagsleben wie in der politischen Auseinandersetzung in vielfältiger Weise angenommen. So ermöglichen wir, neu- aber auch wiedergewählten Parlamentariern aus allen Fraktionen, an Fortbildungskursen teilzunehmen, die von unserem akademischen Partner, der politikwissenschaftlichen Fakultät der Universität Kairo, konzipiert und durchgeführt werden. Im Rahmen einer internationalen Konferenz stellten wir 2004 das spezifische Spannungsverhältnis zwischen Legislative und Exekutive in islamischen Ländern zur Diskussion und boten in einer weiteren internationalen Konferenz die Gelegenheit, unter dem Thema „Parlamentsreform“ unterschiedliche Konzepte legislativen Handelns in islamischen Gesellschaften zu erörtern.

Mit unseren Partnern vom Zentrum für Entwicklungsländerforschung der Universität Kairo regen wir Debatten von Nachwuchswissenschaftlern über alternative Strategien des Sozialen Wandels in islamischen Gesellschaften an und bieten im Rahmen dieser Veranstaltungen ägyptischen Nachwuchswissenschaftlern die Gelegenheit, ihre diesbezüglichen Forschungsergebnisse zur Diskussion zu stellen.

Mit unseren Partnern vom Zentrum für Europäische Studien der Universität Kairo vergleichen wir Formen europäischer und arabischer Identität vor dem Hintergrund historischer, kultureller und religiöser Unterschiede und bieten zusammen mit der sozialwissenschaftlichen Fakultät die Gelegenheit, auch die sozialpsychologischen Auswirkungen des Entwicklungsprozesses in einem islamischen Land wie Ägypten zu erörtern. Durch eine erfolgreiche Einladung an den Mufti von Ägypten, Dr. Ali Gomaa, in der Akademie der KAS über die Frage: „Wie demokratisch ist der Islam?“ zu referieren, förderten wir den notwendigen Kulturdialog genauso wie durch die von uns arrangierten Treffen des Mufti mit deutschen Parlamentariern.



Debates on European and Arab Identity,
hrsg. von Konrad-Adenauer-Stiftung
und Center for European Studies
(CEUS), 2005

In Anbetracht der Tatsache, dass Europa in der Vergangenheit eine große Rolle in der Geschichte und Entwicklung des Nahen Ostens gespielt hat, so dass bis heute wirtschaftlich politisch sowie kulturell eine starke Bindung zwischen den Regionen besteht, befasst sich die Publikation mit dem Identitätsbewusstsein Europas bzw. des Arabischen Raumes. Insbesondere in Zeiten der Globalisierung, in denen immer mehr Kulturen aufeinander treffen und sich mit unbekanntem Einflüssen auseinandersetzen müssen, treten Fragen zur Identitätsbildung bzw. -bewahrung in den Vordergrund. In der Publikation präsentieren prominente Fachwissenschaftler ihre jeweiligen Sichtweisen zu dieser Problematik, die unter anderem bei der in Zusammenarbeit mit dem „Center for European Studies“ (CEUS) durchgeführten Konferenz zum gleichnamigen Thema vorgetragen wurden.



Women's Participation in the Democratic Life in Egypt,
hrsg. von Konrad-Adenauer-Stiftung
und Alexandria Association for Home Economics, 2005

Die gesellschaftliche bzw. politische Rolle der Frau ist ein viel diskutiertes Thema in der Islamischen Welt. Trotz positiver Entwicklungen in Richtung einer größeren Partizipation der Frau am öffentlichen Leben, weisen islamische Länder immer noch geschlechtsspezifische Ungleichheiten in Bezug auf soziale bzw. politische Integration auf. Obwohl die politische Integration der Frau auch in Ägypten noch intensiver Entwicklungsprozesse bedarf, so lassen sich vergleichsweise progressive Entwicklungen erkennen. In Anbetracht dessen analysiert die Publikation die Rolle der Frau in der ägyptischen Gesellschaft von verschiedenen Perspektiven. So wird zum einen ein historischer Überblick gegeben, der insbesondere die Rebellion der ägyptischen Frau durch die Jahrzehnte gegen soziale Ungerechtigkeiten zum Thema hat. Zum anderen wird der Status der ägyptischen Frau in der Verfassung analysiert. Der Grundgedanke, dem das gesamte Buch unterliegt, besagt, dass eine demokratische Staatsführung ohne die politische Partizipation des weiblichen Bevölkerungsanteils nicht zu erreichen ist.



Islamisten in arabischen Parlamenten

Moderate islamistische Parteien drängen in vielen arabischen Staaten in die Parlamente. Über ihre Absichten und Motive wird überall gestritten und diskutiert. In einer aktuellen Publikation auf Arabisch dokumentiert die KAS Ägypten zusammen mit der One World Foundation (OWF) ein Seminar, das die Strategien und Positionen religiös ausgerichteter Parteien beleuchtet.

JORDANIEN

In Jordanien ist der Islam als gesellschaftspolitischer Faktor auf dem Vormarsch. Unter der Gesamtbevölkerung von sechs Millionen Einwohnern stellen die sunnitischen Muslime eine klare Mehrheit dar (92 Prozent). Der sich verringende Anteil der zwei bis fünf Prozent Christen verteilt sich hauptsächlich auf griechisch-orthodoxe und griechisch-katholische Gemeinden in Amman, Kerak und Madaba. Im offiziellen Diskurs wird der Umgang der Mehrheit der Muslime mit der christlichen Minderheit als unproblematisch und friedlich dargestellt. Auffällig ist die sehr geringe Anzahl von gemischtreligiösen Ehen, was sich durch das Fehlen der Zivilehe und durch die religiöse Prägung des Familienrechts in Jordanien erklären lässt. Die Jahrzehnte dauernde friedliche Koexistenz liegt vor allem an der mäßigenden Politik der interreligiösen Verständigung, die im Zentrum der Bemühungen sowohl des langjährigen Monarchen Hussein als auch des seit 1999 regierenden Königs Abdullah II. standen.

Ein möglicher Erklärungsansatz für diese Situation lässt sich mit einem Blick auf die gesellschaftliche Struktur erkennen. Nach Einschätzung des ehemaligen jordanischen Premierministers, Taher al-Masri, in einem Interview im Jahr 2003 entwickelt die jordanische Gesellschaft einen zunehmenden islamischen Charakter. Seit den 1980er Jahren ist die Tendenz einer Rückbesinnung auf islamische Traditionen und religiöse Praktiken im kulturellen Kontext erkennbar. Dabei kann grob zwischen drei Gruppierungen unterschieden werden: Die Mehrheit verfolgt eine aktivere religiöse Praxis ohne jegliche politische Motivierung. Der Einbezug der Religionsausübung in den täglichen Tagesablauf drückt sich in einer Zunahme von Frauen mit traditionellem Kopftuch oder – in weitaus geringerer Zahl – mit einem Körperschleier aus. Ferner haben die Besuche der Freitagsgebete stark zugenommen. Der Tendenz islamischer Renaissance entzieht sich jedoch ein kleiner Teil der Gesellschaft, der sich entweder religiösen Praktiken verweigert oder eine liberalere Religionsausübung praktiziert. Dieser Mehrheit von friedlichen aktiven Gläubigen und säkularen Bürgern steht eine dritte religiös motivierte Minderheit gegenüber, die den Islam zur Verfolgung politischer Ziele einsetzt. Das Spektrum reicht hier von Organisationen wie der Islamic Action Front, die im legalen parlamentarischen Rahmen ihre Agenda umsetzt, bis zu verbotenen Gruppierungen, wie der Honest People of Jordan oder nationalen al-Qaida-Ablegern, die gewaltsame Aktionen religiös rechtfertigen.

Im politischen System nimmt der Islam als politische Kraft, aber auch als legitimierender Faktor eine besondere Stellung ein. In einem Land, in dem der Islam laut Verfassung Staatsreligion (Artikel 2) ist, dient die Rückführung der Herrschaftslegitimität des haschemitischen Königs auf die Abstammung vom Propheten Mohammed als stabilisierendes Element. So wird im innerstaatlichen Kontext die Affinität der gläubigen Bevölkerungsteile zum Nachfahren des Propheten genutzt, zur politischen Mobilisierung und als Stabilitätsanker. In dieser Funktion lieferte König Abdullah II. einen wichtigen Beitrag zum weltweiten interreligiösen Dialog, als er zeitgleich zu seiner Amman Message vom 9. November 2004 die Amman Interfaith Message verkündete. Beschäftigte sich die erste Botschaft mit der Frage nach dem „wahren“ friedlichen Islam, so bezog sich die zweite auf interreligiöse Beziehungen auf Basis von Toleranz und gegenseitiger Akzeptanz. Dabei beruhte die Botschaft auf der gemeinsamen Grundlage der drei großen monotheistischen Religionen – Judentum, Christentum und Islam: Glaube an die Einheit Gottes, Verehrung und Hingabe zu Gott sowie Liebe und Gerechtigkeit gegenüber anderen Menschen.

Innerhalb der jordanischen Gesellschaft und über die Landesgrenzen hinaus dienen eine Reihe lokaler nicht-staatlicher Organisationen als Transmissionsriemen für „aufgeklärte“ Beziehungen zwischen den Religionen und zwischen staatlichen und religiösen Einrichtungen. Unter der Leitung von Prinz Hassan genießt das Royal Institute for Inter-Faith Studies sowohl national als auch international ein ausgezeichnetes Renommee. So gelang es dem RIIFS, den Second World Congress for Middle Eastern Studies im Juni 2006 in Amman mit mehr als 1.500 Teilnehmern aus 78 Ländern erfolgreich durchzuführen und wichtige Debatten zum Dialog der Religionen anzustoßen. Ebenfalls stand der ehemalige Kronprinz hinter der weltweit beachteten muslimischen Antwort von 38 führenden Theologen der islamischen Welt auf die Papst-Rede. Weitere wichtige Beiträge für die interreligiöse Verständigung liefert das Jordan Interfaith Coexistence Research Center, das von Vater Nabil in Amman geleitet wird und das sich verpflichtet, gegenseitige Ängste und Missverständnisse abzubauen. Neben diesen stärker wissenschaftlich ausgerichteten Einrichtungen existieren zivilgesellschaftliche Organisationen im politischen Bereich, die die Herausforderung des politischen Islams aufgreifen. Unter diesen Organisationen zeichnet sich besonders das Al Quds Centre for Political Studies aus, das auf innerstaatlicher und regionaler Ebene den Umgang mit dieser politischen Entwicklung begleitet.

NETZWERK FÜR REFORM UND DEMOKRATISCHEN WANDEL IN DER ARABISCHEN WELT

Die Region des Nahen Ostens hat in den letzten Jahren zahlreiche Versuche politischer und wirtschaftlicher Reformen erlebt. Oftmals jedoch waren diese Initiativen zu personalisiert, oder wichtige Akteure blieben mit ihrem Anliegen ohne weitergehende Unterstützung. Mit dem „Netzwerk für Reform und demokratischen Wandel in der arabischen Welt“ hat die Konrad-Adenauer-Stiftung gemeinsam mit dem Al Quds Center for Political Studies aus Amman im Dezember 2005 eine Plattform geschaffen, die zahlreiche dieser Einzelinitiativen versammelt und in einem regionalen Netzwerk zusammenführt. Das Netzwerk greift die regionalen Reform-defizite wie Reformdynamiken auf und führt die relevanten Akteure zusammen. Dabei steht im Vordergrund, einerseits Erfahrungen für die gesamte Region nutzbar zu machen, und andererseits die Entwicklung einer gemeinsamen Vision arabischer Reformer zu unterstützen. Im Rahmen des Projekts nimmt die Fragestellung des Verhältnisses von Staat und Religion einen besonders breiten Raum ein.

Den Projektauftritt bildete die Konferenz zum Thema „Arabisches Netzwerk für Reform und demokratischen Wandel in der arabischen Welt“ in Amman im Dezember 2005. Dabei gelang es, unter anderem das Verhältnis zwischen Demokratie und Islam näher zu betrachten und die Rolle des politischen Islams weiter zu klären. In einem Follow-up-Treffen im Februar 2006 wurde das Thema des politischen Islams weiter vertieft, und die Teilnehmer einigten sich auf ein gemeinsames Dokument über Reform und Wandel in der arabischen Welt. Im Herbst 2006 stellten das Regionalprogramm Nahost/Mittelmeer der Konrad-Adenauer-Stiftung und das Al Quds Center for Political Studies die Ergebnisse in einem Konferenzband der Öffentlichkeit vor. Das Buch behandelt Reformkonzepte, Mechanismen und lokale Erfahrungen im Umgang mit dem politischen Islam

■ Anfang 2007 wurde die arabische und englische Homepage des Projektes vorgestellt <http://www.islahnet.net/> (siehe Bild), die als Informationsmedium der breiten Öffentlichkeit dient und den Netzwerkpartnern eine Kommunikationsplattform bietet.



Dialogue avec autrui, se questionner sur soi-même, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Tunis 2006

Das Regionalprogramm Nahost/Mittelmeer gibt diesen Konferenzband in arabischer und französischer Sprache mit dem Ziel heraus, einen Beitrag zum besseren Verständnis zwischen den Religionen und Kulturen zu leisten. Im Zentrum der Publikation stehen die Schlüsselbereiche Bildung und Fortschritt, um einen konkreten und zukunftsweisenden Dialog zwischen Christentum und Islam zu initiieren. Der Band bietet sowohl eine systematische Analyse des Dialogs als auch praktische Beispiele für Reformansätze im Erziehungs- und Bildungsbereich. (liegt in Englisch und Französisch vor)



Droit de la famille dans l'Islam. Bases théologiques et juridiques dans le monde arabe, hrsg. von Chaire UNESCO d'étude comparative des religions und Konrad-Adenauer-Stiftung, Tunis 2005

Im Mittelpunkt dieses Buches steht ein Überblick über die verschiedenen religiösen und juristischen Quellen für Familiengesetze in der arabischen Welt. In einem historisch- und systematisch vergleichenden Ansatz werden sowohl Gesetzestexte als auch Gewohnheitsrechte eingehend diskutiert. Besondere Beachtung findet dabei die Situation und die Rolle der Frau in islamischen Gesellschaften. (liegt in Arabisch und Französisch vor)



Theodor Nöldeke, Geschichte des Qorans, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, ins Arabische übertragen und hrsg. von Georges Tamer, Beirut 2004

Mit der Publikation der arabischen Übersetzung der „Geschichte des Korans“ von Theodor Nöldeke setzt die Konrad-Adenauer-Stiftung die guten Traditionen des deutsch-arabischen Wissenschaftsaustausches fort und liefert einen Beitrag zur historisch-kritischen Lesart des Koran.

AUTONOME PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

Die heute sogenannten Autonomen Palästinensischen Gebiete spielen historisch für den Islam eine herausragende Rolle. Ostjerusalem beherbergt mit dem Tempelberg, auf dem sich die al-Aqsa Moschee befindet und die Stelle, von der aus der Prophet Mohammed für eine Nacht gen Himmel entrückt wurde, nicht nur die drittgrößte Stätte des Islams. Jerusalem ist auch als Stadt der islamisch akzeptierten Propheten David, Salomon und Jesus von größter Bedeutung und bestimmte in den Anfängen sogar für kurze Zeit die Gebetsrichtung gläubiger Muslime. In Hebron wiederum befindet sich mit dem Grab Abrahams und Teilen seiner Familie die letzte Ruhestätte des im Islam hochverehrten Patriarchen und Urahns. Bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren noch ein Viertel der Palästinenser christlichen Glaubens. Ihre Anzahl hat erst unter britischer Mandats Herrschaft und israelischer Besatzung durch niedrige Geburtenraten und Abwanderung ins Ausland stark abgenommen; die Bewohner der Palästinensischen Autonomiegebiete sind heute zu fast 98 Prozent muslimisch.

Trotz der geschichtlichen und theologischen Bedeutung des Heiligen Landes für den Islam und der überwältigenden muslimischen Mehrheit können die Palästinensischen Autonomiegebiete nicht als rein muslimisch bezeichnet werden. Zu groß ist der Einfluss der kleinen, aber doch wirtschaftlich wie kulturell starken christlichen Minderheit, die einen überproportionalen Teil der Elite des Landes stellt. Zu tiefgreifend sind auch die Auswirkungen einer langen Kolonialgeschichte und der fortdauernden Präsenz christlicher und europäischer Institutionen und Bildungseinrichtungen im Land. Vor diesem Hintergrund sollten die Palästinensischen Autonomiegebiete im gleichen Kontext wie der Libanon gesehen werden. Daher stoßen konkrete Dialogbemühungen von Seiten des christlich geprägten Westens mit islamischen Gruppen schnell auf sensible, von innerpalästinensischen Spannungen geprägte Beziehungen.

Andererseits haben die palästinensischen Gebiete während der letzten 40 Jahre einen stetigen Islamisierungsprozess durchlaufen. Durch die traumatisierende Niederlage der arabischen Armeen gegen Israel im Sechstagekrieg von 1967 und die damit einhergehende Besatzung Ostjerusalems, der West Bank und des Gazastreifens fand die Ära des säkular-sozialistisch geprägten Panarabismus unter der Führung von Gamal Abdel Nasser ein jähes Ende. Die dadurch entstandene ideologische Lücke wussten die Islamisten der Muslimbrüderschaft zu füllen. Der Islam, bis dahin zwar tief verwurzelt im Leben der Menschen und eine starke soziale, doch eher unpolitische Kraft, konnte sich als die neue, vorherrschende Ideologie im Nahen Osten durchsetzen. Der Erfolg der Islamischen Revolution von 1979 gegen den, als „Marionette des Westens“ wahrgenommenen, Schah in Persien verstärkte diesen Trend zusätzlich.

Unter dem Banner „Der Islam ist die Lösung“ und mit Hilfe eines ausgefeilten Wohltätigkeitsapparates, gewann die Muslimbrüderschaft zunehmend an Einfluss, was schließlich 1987 in der Gründung der Hamas kulminierte. Die Hamas, gerade als Gegenstück zur säkular geprägten Fatah gegründet, welche von vielen als zu westlich-orientiert und zu kompromissbereit gegenüber Israel wahrgenommen wird, ist für viele Palästinenser die einzige Alternative zur Partei von Jassir Arafat und Mahmud Abbas. Diese Dualität des palästinensischen politischen Systems; die tiefe Spaltung der Gesellschaft, die sich gerade wieder in bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen beiden Gruppen manifestiert und die Abwesenheit einer dritten Kraft als politische Alternative macht es äußerst schwierig, islamische Gesprächspartner zu finden, die nicht mit der Hamas (oder anderen israelfeindlichen Gruppen) assoziiert sind.

Darüber hinaus ist der Dialog mit islamisch-religiös ausgerichteten Institutionen oder Gruppierungen in den Palästinensischen Autonomiegebieten insofern ein schwieriges Unterfangen, als dieses Thema vollkommen vom Konflikt mit Israel überlagert ist, der vermehrt auch als Konflikt zwischen „dem“ Westen und „dem“ Islam wahrgenommen wird. Das allumfassende und immer präsente Thema des Konflikts mit Israel verurteilt die meisten Dialogbestrebungen daher zum Scheitern.

www.kas.de



DEN RECHTSSTAAT FESTIGEN

Die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung in den palästinensischen Autonomiegebieten hat vor allem die Etablierung und Festigung rechtsstaatlicher Strukturen zum Ziel. Dabei arbeitet sie seit 1996 mit dem rechtswissenschaftlichen Forschungsinstitut der renommierten Universität Birzeit (IOL – Institute of Law) zusammen. Konkret unterstützt die KAS die Übersichtlichkeit und Vereinheitlichung der in diesen Gebieten geltenden Gesetze. Diese Arbeit ist von zentraler Bedeutung, da das palästinensische Rechtssystem aufgrund seiner Entstehungsgeschichte an Unübersichtlichkeit und Inkohärenz leidet: Einige Gesetze und Verordnungen sind Relikte des osmanischen Reiches oder des britischen Mandatsrecht, bei anderen Bestimmungen handelt es sich um jordanisches (West Bank) und ägyptisches (Gaza) Recht oder auch um israelische Militärverordnungen. Schließlich gibt es das originäre Recht der Palästinensischen Autonomiebehörde nach den Osloer Verträgen. Diese Gesetzesvielfalt wirkt sich destruktiv auf die Funktionsfähigkeit des Rechtssystems und die Wahrung der Rechte der Bürger aus.

Hier setzt die KAS an und unterstützt den Aufbau einer Datenbank, die alle anwendbaren Gesetzestexte umfasst. Nutznießer dieser Datenbank sowie der darauf beruhenden Fortbildungsmaßnahmen sind Richter und Anwälte, Politiker, Wissenschaftler und Studenten. Seit 1996 fördert die Konrad-Adenauer-Stiftung das IOL in seinem Projekt „Programm zur Unterstützung der Legislative“. Im Rahmen dieser Projektstätigkeit erfahren vor allem diejenigen Institutionen systematische Beratung, die in den Legislativprozess involviert sind. Die Arbeit umfasst sowohl rechtliche als auch technische Hilfe. Besonderes Augenmerk wird auf die Gesetzesharmonisierung, hier vor allem die Herstellung der Konformität der Gesetzgebung der Palästinensischen Autonomiebehörde mit dem Grundgesetz (basic law), gelegt. Die in diesem Rahmen aufgegriffenen Menschenrechtsfragen stimulieren eine intensive Diskussion in der (lokalen) Fachöffentlichkeit, die erhebliche Auswirkungen auf den Gesetzgebungsprozess selbst und die Umsetzung des Rechts hat. Auf diese Weise werden Parlamentsabgeordnete und hochrangige Entscheidungsträger der Exekutive im Sinne einer besseren Beachtung und Sicherung der Menschenrechte beeinflusst.

In Kooperation mit dem IOL organisiert die KAS darüber hinaus rechtswissenschaftlich ausgerichtete Fortbildungen und Konferenzen mit lokalen und internationalen Experten. Primäres Ziel dieser Veranstaltungen ist es unter anderem, den örtlichen Verantwortungsträgern aus Politik und Justiz die Notwendigkeit rechtsstaatlicher Strukturen für den Aufbau eines demokratischen palästinensischen Staates zu vermitteln.



Wahlkampf in den Autonomen Palästinensischen Gebieten, Januar 2006

Trotzdem muss selbst in den Palästinensischen Autonomiegebieten Islam nicht zwangsläufig Extremismus und Gewalt bedeuten. Auch viele palästinensische Muslime lehnen die „Monopolisierung“ ihrer Religion durch extremistische und gewaltbereite Kräfte, wie zum Beispiel die Hamas, ab. Vor diesem Hintergrund wurde in mehreren Workshops die Initiative einiger palästinensischer Intellektueller diskutiert, eine politische Gruppe zu etablieren, die sich in ihren Werten auf eine moderate Auslegung des Islams beruft und dabei gleichzeitig für das politische Engagement von Nicht-Muslimen offen bleibt.

Vor kurzem ist diese Gruppe unter dem Namen „Wasatiah“ an die Öffentlichkeit getreten. Sie beruft sich darauf, dass eine im westlichen Sinne des Wortes moderate, in der islamischen Terminologie „mittlere“, vermittelnde Auslegung des Islams mindestens ebenso authentisch ist und von einem wahrscheinlich höheren Anteil der gläubigen Muslime geteilt wird, als ein extremistisches Verständnis. Diskutiert wird nun die Umsetzung dieser Auslegung in praktische Handlungsanweisungen, nicht zuletzt im Bereich der Politik. Für die KAS bietet eine solche Diskussion etliche thematische Anknüpfungspunkte.

Neben der möglichen Kooperation mit einer solchen moderat-islamischen politischen Alternative konzentriert sich die Arbeit des Auslandsbüros Palästinensische Autonome Gebiete auf die Unterstützung des palästinensischen Staatswerdungsprozesses durch die Förderung einer aktiven Zivilgesellschaft und einer funktionierenden Rechtsstaatlichkeit.

ISRAEL

Israel ist als jüdischer Staat nicht Teil der arabisch-muslimischen Welt. Zum einen befinden sich aber unter der Kontrolle Israels heilige Stätten, welche auch für Muslime von Bedeutung sind. Zum anderen gibt es in Israel einen Bevölkerungsanteil von 19,7 Prozent Arabern, welche zum größten Teil Muslime sind.

Der erste dieser beiden Aspekte betrifft die heiligen Stätten in Jerusalem. Auf Jerusalem mit dem Tempelberg im Zentrum erheben Juden Anspruch, da sich hier die historische Stätte des ersten und zweiten jüdischen Tempels befindet. Auch Christen erheben Anspruch insbesondere auf die Stätten der Passion Jesu. Schließlich ist der Tempelberg mit der Al Aqsa Moschee auch den Muslimen heilig. Heute sind in der sehr umstrittenen Jerusalemfrage Religion und Politik nicht zu trennen. Jerusalem steht im Zentrum der politischen Auseinandersetzung zwischen Israel und den arabischen Nachbarn, insbesondere mit den Palästinensern. Dies findet nicht zuletzt darin seinen Ausdruck, dass der seit dem Jahr 2000 begonnene palästinensische Aufstand gegen Israel „Al Aqsa Intifada“ genannt wurde und auch sonst Jerusalem von arabischen Führern benutzt wird, um ihre Herrschaft religiös zu untermauern. Am Ende der britischen Mandatszeit 1948 wurde der Ostteil Jerusalems mit den heiligen Stätten von der UNO zu einem „corpus separatum“, d. h. einem völkerrechtlichen Sondergebiet, erklärt. Bis zum Sechstagekrieg von 1967 wurde der Ostteil Jerusalems und die heiligen Stätten von Jordanien, danach von Israel kontrolliert. Ostjerusalem ist nicht Teil der Autonomen Palästinensischen Gebiete, welche 1993 im Zuge des Oslo-Prozesses entstanden. Eine Entschärfung des Konfliktes angesichts der verschiedenen Ansprüche wird es erst mit einem israelisch-palästinensischen Friedensvertrag geben. Für Jerusalem existieren inzwischen kreative Lösungsmodelle, welche herkömmliche Souveränitätsvorstellungen nicht selten transzendieren.

Der zweite oben genannte Aspekt betrifft die auf israelischem Staatsgebiet lebenden Araber, von denen 83 Prozent Muslime, 8,6 Prozent Christen und 8,4 Prozent Drusen sind. Diese Bevölkerungsgruppen stellen für Israel als einen jüdischen und demokratischen Staat eine große Herausforderung dar. Nach der Gründung Israels im Jahr 1948 war das nationale Bewusstsein der Araber auf dem Staatsgebiet Israels kaum ausgebildet. Von den Arabern im jordanisch kontrollierten Westjordanland waren sie weitgehend isoliert. Seit dem Sechstagekrieg von 1967 identifizie-

ren sich die Araber in Israel zunehmend mit der palästinensischen Nationalbewegung im Westjordanland. Seit 1993, dem Beginn des Oslo-Prozesses, führt diese Entwicklung zu einer Debatte unter den Arabern Israels, die alternative Vorschläge für die Beziehung zwischen Mehrheit und Minderheit in Israel hervorgebracht hat – eine Beziehung basierend nicht mehr allein auf individuellen Rechten, sondern zunehmend auf kollektiven Rechtsansprüchen. Außerdem sinkt innerhalb des arabischen Sektors von Israel signifikant die Bereitschaft, sich an den demokratischen Institutionen in Israel zu beteiligen. So hat etwa die Wahlbeteiligung in den letzten Dekaden kontinuierlich abgenommen. Etwa 46 Prozent der arabischen Familien leben heute unterhalb der Armutsgrenze. Die islamische Bewegung, welche sich aus den ideologischen Quellen der Muslimbruderschaft speist, gewinnt vor diesem Hintergrund zunehmend an Einfluss.

Innerhalb der Führung der islamischen Bewegung bestehen jedoch starke Spannungen. Dies führte zu einer Differenzierung in eine südliche Fraktion unter Sheikh Darwish, die eine eher pragmatische Eingliederung der Araber in die israelische Demokratie vertritt und etwa eine Wahlbeteiligung unterstützt, und eine radikalere nördliche Fraktion, die eine Wahlbeteiligung ablehnt und eine alternative, selbstständige politische Repräsentation und soziale Institutionen favorisiert. Der Krieg im Libanon im Sommer 2006 hat die Spannungen zwischen Juden und Arabern in Israel weiter verschärft. Generell fordern die Araber Israels heute vor allem kollektive Rechte und die Anerkennung als nationale Minderheit ein. Zunehmend selbstbewusst verlangen sie auch eine Änderung der Grundlagen des israelischen Staates. Die Diskussion über die Stellung der Araber innerhalb des jüdischen Staates und die Koexistenz von Juden und Arabern wird in Zukunft eine der Hauptherausforderungen für die Demokratie in Israel darstellen. Bislang wurden diese Fragen im jüdischen Sektor Israels weitestgehend ignoriert und die Verbesserung des sozialen und wirtschaftlichen Status der arabischen Bevölkerung vernachlässigt.

Interreligiöser Dialog im KAS-Konferenzzentrum: Vertreter der Weltreligionen diskutieren die Rolle von Religion für Koexistenz in Frieden.





GEMEINSAME DEMOKRATIE- ERZIEHUNG VON PALÄSTINENSERN, ISRAELIS UND JORDANIERN

Im Rahmen des von der EU kofinanzierten Projektes der Konrad-Adenauer-Stiftung Israel, „Utilizing Middle Eastern Civic Education as a Leverage for Peace“, werden in einem Zeitraum von zwei Jahren israelische, palästinensische und jordanische Schüler in einem speziellen Programm zur Demokratie- und Friedenserziehung unterrichtet. Neben der Einführung des Unterrichtsprogramms in 15 Schulen in Israel, den palästinensischen Autonomiegebieten und Jordanien stehen vor allem drei Workshops pro Jahr im Vordergrund, an denen israelische, palästinensische und jordanische Lehrer und Schüler gemeinsam teilnehmen.

Für das Projekt wurde ein spezielles Curriculum mit den Themen „Gleichberechtigung“, „Toleranz“, „Recht und Gerechtigkeit“ und „Active Citizenship“ entwickelt. Das Unterrichtsprogramm soll sowohl Schülern, als auch Lehrern demokratische Werte vermitteln und die Schüler zu offenen Bürgern erziehen, die aktiv an der politischen, sozialen und kulturellen Gestaltung von Staat und Gesellschaft teilnehmen.

Durch die Verinnerlichung der im Unterricht vermittelten Werte und die gemeinsamen Treffen von Schülern und Lehrern aus Israel, den palästinensischen Autonomiegebieten und Jordanien sollen Verständnis und Toleranz gefördert werden und so zu einem friedlicheren Miteinander in der Region beitragen.

Anfang Juli 2007 fand das erste „Training of Trainers“ Seminar statt, in dem palästinensische, israelische und jordanische Lehrer mit Hilfe ausgebildeter Trainer gemeinsam auf das Unterrichtsprogramm vorbereitet wurden.



Publikation von KAS und der Universität Tel Aviv über das Wahlverhalten von Arabern und Drusen bei den Kommunalwahlen 2003

Die KAS fördert in Jerusalem insbesondere Projekte im Bereich Religion und Politik. Wir stellen Plattformen zwischen Israelis und Palästinensern zur Verfügung, wo auf der politischen Ebene tragfähige Lösungsmodelle für den israelisch-palästinensischen Konflikt diskutiert werden. Außerdem tragen wir mit dem interreligiösen Dialog dazu bei, dass das gegenseitige Verständnis zwischen Juden, Christen und Muslimen, gerade auch in Jerusalem, wächst. Nicht selten werden dabei Gemeinsamkeiten deutlich, welche helfen können, auch politisch den Konflikt zu entschärfen. Eine Schwachstelle der Oslo-Verhandlungen war nicht zuletzt, dass der religiöse Aspekt des Konfliktes ausgeklammert wurde. Seit einem Jahr bemühen wir uns deshalb insbesondere auch um das Gespräch zwischen Religionsvertretern und Politikern. Außerdem wollen wir mit einem durch die EU geförderten Projekt zur politischen Bildungsarbeit in israelischen, palästinensischen und jordanischen Schulen dazu beitragen, dass Werte wie Demokratie, Toleranz, Pluralismus in den jeweiligen Gesellschaften gestärkt werden und damit auch Konfliktpotentiale abgebaut werden.

Mit dem Konrad-Adenauer-Programm für jüdisch-arabische Zusammenarbeit an der Tel-Aviv-Universität arbeiten wir allerdings auch für die Integration der Araber in Israel. Dabei geht es nicht nur um die Erforschung der sozialen und politischen Entwicklungen innerhalb des arabischen Sektors, sondern auch um eine stärkere Sensibilisierung israelischer Politiker für dieses Thema. Außerdem unterstützen wir den jüdisch-arabischen Dialog und die politische Bildungsarbeit insbesondere im arabischen Sektor. Mit dem Projektpartner Jewish Arab Center for Economic Cooperation wollen wir dazu beitragen, dass sich die Lebensverhältnisse in der arabischen Bevölkerung verbessern, unter anderem durch Förderung der Existenzgründung durch arabische Frauen oder durch Förderung der stärkeren Integration von Arabern in den israelischen High-Tech-Sektor. Außerdem arbeiten wir mit der Ben-Gurion-Universität zusammen, um Beduinen im Süden des Landes durch spezielle Weiterbildungskurse einen besseren Zugang zu höherer Bildung und bewusst politischen Partizipation zu ermöglichen.

Als KAS können wir so insgesamt mit konkreten Schritten dazu beitragen, dass moderate Kräfte im arabischen Sektor Israels gestärkt werden und die wirtschaftliche und politische Integration der Araber in Israel verbessert wird. Außerdem leisten wir durch Dialog Beiträge zum besseren Verständnis zwischen Muslimen und Juden (und Christen) in Israel sowie zwischen Israel und seinen Nachbarn.

SENEGAL

Die Bevölkerung Senegals setzt sich aus circa 95 Prozent Muslimen und fünf Prozent Christen zusammen. Der Islam ist seit dem 10. Jahrhundert in Senegal präsent, das Christentum (vor allem der Katholizismus) seit dem 15. Jahrhundert. Die traditionellen Religionen spielen nur noch eine periphere Rolle, wobei allerdings Elemente dieser afrikanischen Religionen teilweise in die Praxis der Buchreligionen integriert wurden. Der Islam in Senegal besteht aus Bruderschaften mit Sufitradition, die indirekt auch politischen Einfluss ausüben und in verschiedenen Wirtschaftszweigen erfolgreich aktiv sind. Die Ausprägungen des Islams reichen von einem „puristischen Islam“ saudi-arabischer Prägung, der jedoch nur wenige Anhänger hat, bis hin zu stark afrikanisierten Islamformen, wie beispielsweise bei den Mouriden. Der Bruderschaftsgründer ist Senegalese, der Pilgerort befindet sich in Senegal und zahlreiche inhaltliche und formale Elemente dieser Ausprägung tragen senegalesische Züge. Die Bruderschaften tragen maßgeblich zum sozialen Gleichgewicht bei.

Muslime und Christen leben in Senegal seit Jahrhunderten friedlich zusammen, viele Familien sind gemischt und trotz ihrer Minderheitenposition sind die Christen nicht marginalisiert oder benachteiligt. Jedoch sind in den letzten Jahren mehrfach Reibungen zwischen den beiden Konfessionen aufgetreten, was teilweise auf eine politische Instrumentalisierung der Religionsangehörigkeit, aber auch auf eine gewisse, noch beinahe unmerkliche Tendenz hin zu einer Radikalisierung des islamischen Glaubens zurückgeht. Wenn auch der senegalesische Islam in der Regel sehr offen, tolerant, kommunikativ und friedlich ist, traten in den letzten fünf Jahren einzelne religiöse Führer mit fundamentalistischen Ansichten hervor. Im Straßenbild Senegals sieht man gelegentlich Frauen mit Kopftuch oder gar Schleier, was vor zehn Jahren noch eine absolute Ausnahme war in diesem Land, in dem die Frauen sich entweder traditionell afrikanisch oder hochmodern westlich kleiden. Die vor Jahren noch völlig laizistische Universität ist mittlerweile von religiösen Vereinigungen und Clubs übersät, der Islam, und in manchen Fällen auch das



„Nein zur Gewalt. Generation ohne Gewalt.“
Veranstaltung der KAS Senegal mit über 3000 jugendlichen Teilnehmern. Ziguinchor, Hauptstadt der Casamance (Bürgerkriegsregion), April 2006.

Christentum, bieten den häufig orientierungsarmen Jugendlichen eine Identifikationsgrundlage.

In dieser Situation ist der interreligiöse Dialog ein wichtiges Mittel, um entstehende Fronten von vornherein aufzuweichen und die geistigen und mentalen Dispositionen zum Dialog und zur Kommunikation zu schaffen. Daher hat die KAS seit 2005 eine Serie von Veranstaltungen und Publikationen zum interreligiösen Dialog initiiert.

In einem Seminar mit der Studentenassoziation Mouvement Citoyen wurde im Februar 2005 die Frage der Rolle der Religionsausübung und des Religionsunterrichts an Schulen und Universitäten analysiert. Kurz zuvor war der obligatorische Religionsunterricht in allen Schulen eingeführt worden, was zu heftigen Kontroversen über den Laizismus des Staates geführt hatte. Ende 2005 publizierte die KAS das Buch „Die Religionen in Senegal“, das seitdem sehr stark nachgefragt wird. In dieser Veröffentlichung werden alle in Senegal praktizierten Religionen und Religionsvarianten vorgestellt, auch die afrikanischen. Ziel war es, allen Lesern die grundlegenden Informationen über die Religionen des Landes zur Verfügung zu stellen und somit Vorurteile abzubauen und zum Dialog einzuladen. Diese

Veröffentlichung soll anlässlich des Gipfels der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) in Dakar im März 2008 neu gedruckt und an die Teilnehmer aus aller Welt verteilt werden. Im Dezember 2005 veranstaltete die KAS ein Symposium zum Thema „Die religiöse Toleranz“, in dessen Verlauf die Rolle von vier großen senegalesischen Staatsmännern und Wissenschaftlern für die demokratische Entwicklung und das religiöse Zusammenleben analysiert wurde. Dieses Symposium führte zu einer verstärkten Auseinandersetzung in politischen Kreisen über die Wechselwirkungen zwischen Politik und Religion.

Anfang 2006 wurde von großen Jugendorganisationen ein Kolloquium zum interreligiösen Dialog in Thies veranstaltet, wo dieser Dialog gelebt und weiterentwickelt wurde. Im Jahr 2006 initiierte die KAS eine Serie von Veranstaltungen zum interreligiösen und interkulturellen Dialog in Dakar, Ziguinchor, Thies, Saint Louis und mehreren kleineren Städten. Die Seminare fanden in Schulen, Universitäten und in den Räumlichkeiten der KAS statt. Ein französischer Experte und jeweils ein muslimischer und ein christlicher senegalesischer Geistlicher beziehungsweise Fachmann referierten über das Thema des christlich-islamischen Dialogs und diskutierten im Anschluss intensiv mit den Schülern und Studenten sowie mit Multiplikatoren der Zivilgesellschaft. Auf diese Weise wurde das Thema in die Schulen und Universitäten der wichtigsten Städte des Landes getragen und dort der fruchtbare Dialog zwischen den Anhängern der verschiedenen Religionen gefördert.



Les religions au Sénégal,
hrsg. von Centre des Etudes des Sciences
et techniques de l'information und Konrad-
Adenauer-Stiftung, Dakar 2005

Erschienen in der Reihe „Les Cahiers de l'Alternance“, präsentiert dieses Buch alle in Senegal praktizierten Religionen. Geschichte, Entwicklung von Islam und Christentum in allen Varianten und Ausprägungen werden ebenso detailliert dargestellt wie die großen Persönlichkeiten dieser Religionen in Senegal. Der in mehreren großen Bruderschaften präsenste senegalesische Islam weist Besonderheiten auf, die eingehend analysiert werden.

Den traditionellen afrikanischen Religionen wird ebenfalls Aufmerksamkeit gewidmet, da sie häufig ignoriert werden, obwohl sie teilweise in synkretistischer Form parallel zu den Buchreligionen praktiziert werden. Ein Hauptkapitel handelt vom friedlichen und konstruktiven Zusammenleben der Religionen in Senegal und vom interreligiösen Dialog.



**La tolérance religieuse, Reflet de l'aspiration
d'une nation à la démocratie, hrsg. von
Karsten Dümmel und Amadou Booker Sadj,**
Dakar 2007

Diese Veröffentlichung bietet eine Darstellung und Analyse des Werkes von vier senegalesischen Autoren, Wissenschaftlern und Staatsmännern im Hinblick auf ihren Beitrag zum interreligiösen Dialog. Der Dichterpräsident Leopold Sedar Senghor und der Diplomat und Staatsmann Birago Diop gelten in Senegal als glaubwürdige Vertreter des Dialogs und der religiösen Toleranz. Der Wissenschaftler Cheikh Anta Diop verteidigte sein Leben

lang die Konzeption von religiöser Toleranz und Völkerverständigung. Abdoulaye Sadj, Autor und Politiker der Periode vor der nationalen Unabhängigkeit, gilt ebenfalls als Verfechter des interreligiösen und interkulturellen Dialogs.



Le dialogue interreligieux,
hrsg. von Association de coopération
décentralisée und Konrad-Adenauer-Stiftung,
Dakar 2005

Der Comic zum interreligiösen Dialog macht junge Senegalesen sowie junge Erwachsene der westafrikanischen Nachbarländer mit dem Konzept des interreligiösen Dialogs vertraut, hilft Vorurteile abzubauen und fördert einen fruchtbaren Austausch zwischen Menschen verschiedener Religionen. Die Comics im Rahmen der Serie Afrique Citoyenne werden in 10.000 Exemplaren gedruckt und an alle Mittel- und Oberschulen,

Universitäten und Jugendvereinigungen verteilt. Sie sind ein geeignetes Mittel zur Sensibilisierung von jungen Erwachsenen im Hinblick auf ein konstruktives Zusammenleben der verschiedenen Religionen.

NIGERIA

Nigeria hat 140 Millionen Einwohner, von denen etwa 70 Millionen Muslime sind. Damit ist es nicht nur das bevölkerungsreichste Land Afrikas, sondern auch das Land mit den meisten Muslimen auf dem Kontinent. Die in der Vergangenheit häufigen Konflikte sind multidimensional und nicht untypisch für ethnisch heterogene Staaten, die noch nicht wirklich zu einer Nation zusammengewachsen sind.

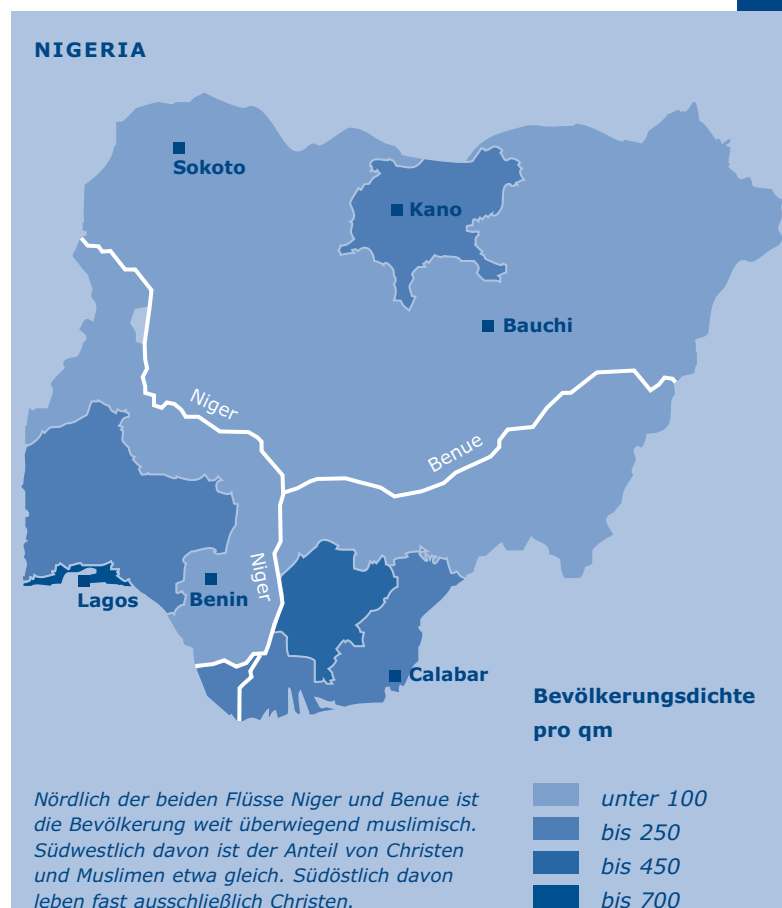
Zugang zu den knappen Ressourcen – also ökonomische Fragen – stehen unter den Konfliktursachen wohl an erster Stelle. Dazu zählt die Verwendung der Öleinnahmen aus dem im christlichen Süden geförderten Öl, von denen der islamische Norden wirtschaftlich stark abhängig ist. Fragen wie die Rechte von „Eingeborenen“ und zugezogenen „Siedlern“, die Verteilung der politischen Ämter nach ethno-religiösen Proportionsgesichtspunkten oder sprachliche und kulturelle Unterschiede ergeben einen explosiven Cocktail aus divergierenden Interessen und komplexen Loyalitäten.

Wird dieser – etwa durch politisch interessierte Nutznießer – mittels Gewalttaten gezündet, erfolgt die meist unvermeidliche Solidarisierung entlang ethno-religiöser Bruchlinien: Es ist verständlich, dass den Anhängern der eigenen Religionsgruppe, die häufig noch dazu Stammesgenossen sind und die eigene Sprache sprechen, letztlich mehr vertraut wird als den Anhängern einer anderen Religion, die einem anderen Stamm angehören und mit denen man sich nur in dem oft schlecht gesprochenen Englisch verständigen kann. Genuin theologische Fragen spielen keine wirkliche Rolle, sondern sind eher vorgeschoben. Es geht vielmehr um ein „Wir“ gegen „Sie“, um eine günstige Gelegenheit zu privater Rache, um Beute bei Plünderungen oder bei Jugendlichen auch ganz einfach darum, die überschüssigen Kräfte Amok laufen zu lassen. Auch können spontane Gewaltakte je nach strategischer Absicht von Anhängern jeder Religionsgruppe oder jedes Stammes angezettelt werden. Keine Gruppe ist hier heiliger als die andere.

Vor einigen Jahren wurde in Nigeria in zwölf Bundesstaaten das islamische Scharia-Recht eingeführt. Schon bald machte der Fall der geschiedenen, nicht wieder verheirateten Amina Lawal weltweit Furore, die ein Kind bekam und 2002 zum Tode durch Steinigung verurteilt wurde. Sie entkam dem Vollzug dieser Strafe durch das Urteil eines islamischen Berufungsgerichtes.

Dies ist der Hintergrund, vor dem die KAS in Nigeria seit 1999, nach Beginn der Demokratisierung des Landes, schwerpunktmäßig arbeitet. Ethnien und Religionen übergreifende Trainings zur Konfliktprävention und -deeskalation sind hier „wichtige“ Instrumente. Seit mehreren Jahren werden sie sehr erfolgreich in unserem Schwerpunktstaat Plateau durchgeführt. Es werden Multiplikatoren geschult, die dann auf wirklicher „grass root“-Ebene mit der hier besonders heterogenen und damit konfliktanfälligen Bevölkerung Konfliktbegrenzung einüben. Diese Arbeit wurde im Vorfeld der Wahlen von 2007 noch intensiviert mit dem erfreulichen Resultat, dass dieser eher berüchtigte Bundesstaat diesmal wirklich friedlich blieb.

Im Jahr 2006 wurde mit der direkten Arbeit der KAS im islamischen Norden des Landes begonnen. Eine regelmäßige Präsenz deutscher Stiftungen gab es hier nicht. Eine Audienz beim Emir von Kano, einem der wichtigsten traditionellen Herrscher, brachte das nötige Wohlwollen ein. Bald wurde mit dem interaktiven Radioprogramm „Vision Nigeria“ begonnen, das inzwischen von Millionen Hörern des islamischen Nordens regelmäßig gehört und in der Sprache Hausa ausgestrahlt wird. Als Forum für rationalen politischen und sozialen Dialog dient es der interkulturellen Verständigung bewusst indirekt, ohne diese zum expliziten Gegenstand zu machen.





Gläubige in Kano strömen zum Gebet in die Moschee.

Kano wurde zum Schwerpunktstaat der KAS ausgebaut, sein Parlament beraten und regelmäßig finden dort jetzt Veranstaltungen der KAS statt. An diese Entwicklung soll in der soeben beginnenden Legislatur angeknüpft werden: auch die Parlamente anderer islamischer Bundesstaaten im Norden werden künftig beraten. Die Rationalisierung der politischen Auseinandersetzung – weg von Gewaltanwendung und korrupten Aktivitäten hin zur Debatte mit Argumenten und Gegenargumenten, die Pazifizierung der Auseinandersetzungen also – ist ein wichtiges Element der von der Stiftung angestrebten Stabilisierung der jungen Demokratie des Landes – in seinen islamisch wie in seinen christlich geprägten Staaten.

Wichtige Akteure öffentlicher politischer Dialoge sind Journalisten. Allzu oft ließen sie sich in Nigeria in der Vergangenheit zur Eskalation von Konflikten missbrauchen. Ihre reißerische Berichterstattung fachte „Vergeltungsmaßnahmen“ an und kostete Menschenleben (zu Beispiel im Zusammenhang mit den „Mohammed-Karikaturen“). In einer Reihe von Workshops für „Friedensjournalismus“ hat die KAS zusammen mit der Justice, Development and Peace Commission Journalisten aus ganz Nigeria für verantwortliche Berichterstattung weitergebildet. Im Herbst 2007 wurde zusammen mit einem katholischen Priester und einem Imam sowie der Deutschen Welle ein intensives, zweiwöchiges Training für Funkjournalisten zum Thema „interkultureller Dialog“ durchgeführt.

Primär betreiben wir also wo immer sinnvoll interkulturellen Dialog als integralen Bestandteil unserer Arbeit statt über seine Möglichkeiten und Grenzen zu diskutieren. Aber natürlich sucht die Stiftung auch in Nigeria das direkte Gespräch mit islamischen Führern, seien sie geistlich oder weltlich. In der jährlich mit der deutschen Botschaft gemeinsam veranstalteten Iftar-Debatte werden im Fastenmonat führende Vertreter der Religionen zum Dialog und anschließendem gemeinsamen Fastenbrechen zusammengeführt.

Vor den Wahlen hat das von der KAS initiierte und gemeinsam mit der Erzdiözese von Abuja und der muslimischen Dachorganisation in Abuja durchgeführte „Nigerian Moral Leaders Forum“ die Mitglieder aller Religionsgemeinschaften zu friedlichem Verhalten bei den Wahlen aufgerufen. Der soeben neu gewählte Sultan von Sokoto, der unumstrittene Führer der Moslems, hatte einen persönlichen Abgesandten mit einer Friedensbotschaft geschickt. Dieser Appell fruchtete: In den Wochen vor der Wahl forderten die christlichen und muslimischen Prediger bei ihren wöchentlichen Gebeten die Gläubigen immer wieder zu Friedfertigkeit auf. Natürlich lässt sich ein Kausalzusammenhang weder nachweisen noch wollen wir ihn in Anspruch nehmen. Dennoch bleibt die Tatsache, dass die jüngsten Wahlen in Nigeria mit etwa 200 Toten deutlich weniger gewalttätig waren als die Wahlen von 2003, als über 1000 Opfer zu beklagen waren. Die befürchtete Welle ethno-religiös gefärbter Gewalttaten blieb ganz aus.

BOSNIEN UND HERZEGOWINA

Eine Besonderheit Bosnien und Herzegowinas liegt seit langem in seiner religiösen und kulturellen Vielfalt. Der Staat wird aus drei sogenannten konstitutiven Völkern gebildet: den Bosniaken, den Serben und den Kroaten. Die Bosniaken sind mehrheitlich Muslime, die Serben sind zumeist Angehörige der orthodoxen Glaubensgemeinschaft und die Kroaten größtenteils Angehörige der römisch-katholischen Kirche. Es existieren außerdem eine kleine jüdische Gemeinschaft sowie 17 nationale Minderheiten. Obwohl es seit 1992 keinen Zensus in Bosnien und Herzegowina gegeben hat, gehen Schätzungen davon aus, dass die Muslime mit etwa 40 Prozent der Bevölkerung die größte Glaubensgemeinschaft bilden, etwa 31 Prozent der Bevölkerung sind serbisch-orthodox und 15 Prozent römisch-katholisch.

Wegen der Bosnien und Herzegowina auszeichnenden, ungewöhnlich starken ethnisch-nationalen und religiös-konfessionellen Zersplitterung – die nicht zuletzt durch den jüngsten Konflikt (1992–1995) vertieft wurde – setzt sich die KAS seit der Aufnahme ihrer Tätigkeit 1997 besonders für den interreligiösen Dialog zur Erneuerung von Vertrauen zwischen den Gruppen ein. Zugleich leistet die KAS mit ihren Maßnahmen einen Beitrag zur Vergangenheitsbewältigung und zur Versöhnung zwischen den Bevölkerungsgruppen.

Mit der Förderung des interreligiösen Dialogs hat sich die Stiftung auf ein Feld begeben, das weil zu sensibel und heikel von anderen internationalen Akteuren bislang weitgehend gemieden wurde. Wir befinden uns daher mit dieser Arbeit in einer exponierten, zugleich aber auch in einer Vorreiterrolle. Als einen der wichtigsten Kooperationspartner betrachten wir den 1997 gegründeten „Interreligiösen Rat“ (IRR). In diesem haben sich die höchsten Würdenträger der vier traditionellen Religionen Bosnien und Herzegowinas zusammengeschlossen. Anfang 2005 wurde dieser zu einer unabhängigen Organisation und ist seither ein Hauptpartner der Stiftung in Bosnien und Herzegowina.

In besonderer Weise zu unserem Erfolg beigetragen hat der Ansatz, die Kooperation mit dem IRR durch eine Serie von Gesprächskreisen über das für alle Religionsgemeinschaften gleichermaßen bedeutsame Religionsgesetz zu beginnen. Dieses kürzlich verabschiedete Gesetz sichert erstmals wieder die Existenz und Rechte der Kirchen und Religionsgemeinschaften

des Landes und stellt den zentralen Schritt für die Gewährung von Religionsfreiheit dar. Die Veranstaltungen wurden auf lokaler Ebene und in allen Landesteilen durchgeführt, so dass die betreffenden Religionsgemeinschaften sich teilweise in der Position der Mehrheit, teilweise in der einer Minderheit befanden. Neben lokalen Geistlichen nahmen Vertreter der zuständigen Ministerien – für Menschenrechte und Justiz – der politischen Parteien und von Nichtregierungsorganisationen teil.

Die Gespräche verharrten nicht im Informationsaustausch, sondern wurden mit förmlichen Erklärungen bei starker Medienbeteiligung abgeschlossen. Sie bewirkten, dass das zuständige Ministerium für Menschenrechte endlich die Arbeit an der Durchführungsverordnung zum Religionsgesetz in Angriff nahm und beschleunigte. Auch wurde durch die kritische Offenlegung der mangelhaften Anwendung des Gesetzes das allgemeine Problembewusstsein verbessert und eine Kontrolle über die lokalen Behörden erreicht.

Für die innere Festigung des IRR, die Stärkung seines Selbstverständnisses ebenso wie für die Hebung seiner Autorität und Ausstrahlung nach außen war die von der KAS organisierte Informationsreise der vier höchsten religiösen Würdenträger des Landes nach Brüssel im April 2006 sehr wichtig. Sie war auch zeitlich „richtig“ terminiert, um ein positives Signal der höchsten religiösen Würdenträger des Landes zugunsten der Integration Bosnien und Herzegowinas in die Europäische Union zu senden, was angesichts der kurz zuvor eingeleiteten Verhandlungen um ein Stabilitäts- und Assoziierungsabkommen für den Balkanstaat von größter Bedeutung war.

Eine bedeutende Vorstufe zu der Informationsreise des IRR nach Brüssel war die gemeinsame aktive Teilnahme an der internationalen Fachkonferenz der KAS und des International Council of Christians and Jews/Abrahamic Forum Mitte November 2005 in Sarajevo. Diese öffnete die Diskussion zu Grundsatzthemen des

ICCJ Expertengespräch in Sarajevo „Visionen einer gerechten Gesellschaft“





Seminar in Foca mit 40 jungen Theologen der katholischen, islamischen und serbisch-orthodoxen theologischen Fakultäten, 22. Mai 2006.

weltweiten interreligiösen Dialogs und ermöglichte durch den Veranstaltungsort und durch die starke Beteiligung führender Geistlicher der Religionsgemeinschaften Bosnien und Herzegowinas einen ersten intensiven, in gutem Geist verlaufenden Dialog im Lande selbst „über die Gräben“ hinweg.

Die ebenso intensive wie ermutigende Kooperation mit dem IRR konnte 2007 mit der Gründung des „Interreligiösen Instituts“ einen vorläufigen Höhepunkt erreichen. Das Institut knüpft an die Erfahrungen an, die man nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland vor allem mit den kirchlichen Bildungs- und Begegnungshäusern sammeln konnte. Bereits im Mai 2005 wurde von Seiten der KAS empfohlen, dieses Modell auch in Bosnien und Herzegowina einzuführen. Mit dem Arbeitsbesuch Bischof Homeyers in seiner Eigenschaft als Präsident der Kommission der Bischofskonferenzen der EU in Sarajevo war zudem ein Schritt gemacht, der zur Verwirklichung dieser Idee beitrug. Ab Oktober 2007 soll das Institut eine Brücke zwischen der Gesellschaft und den vier traditionellen Religionsgemeinschaften darstellen.

Hervorzuheben sind ebenfalls die „Begegnungen junger Theologen“, bei denen 40 katholische, muslimische und orthodoxe Theologiestudenten gemeinsam die theologischen Fakultäten des Landes besuchen, um sich gegenseitig ihre Curricula, aber auch die Glaubenspraxis näher zu bringen. Nichts kann seine Bedeutung stärker unterstreichen als der Umstand, dass die jungen christlichen und muslimischen Theologen im Mai 2006 und 2007 erstmals die Glaubenspraxis der jeweils Anderen erfahren konnten und beispielsweise erstmals eine Synagoge von innen sahen.

Die Gruppe der Jungtheologen charakterisiert zudem ein hoher Grad an Eigeninitiative und Interesse an umstrittenen Themen, der zum Fachgespräch „Dialog mit Atheisten und Agnostikern“ und zur Anfertigung eines gemeinsamen Religionskalenders führte. Im Sommer 2007 konnten zudem sechs junge Theologen der verschiedenen Fakultäten an einem Informationsprogramm in Deutschland teilnehmen. Das Kennenlernen des Verhältnisses zwischen Kirche, Religion und Staat stand bei den Terminen in Berlin, darunter auch die Teilnahme am Deutschen Evangelischen Kirchentag (DEKT) im Vordergrund. 2008 soll nach dem Vorbild des DEKT ein Tag der offenen Türen der Kirchen und Religionsgemeinschaften in Sarajevo organisiert werden.



*Medien und Religion
Dem Thema des Verhältnisses zwischen Medien und Religion und damit auch zwischen Gesellschaft und Religion widmet sich die neuste Publikation der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bosnien und Herzegowina. In einer empirisch erstellten Studie und unter Einbeziehung von Medienexperten und Vertretern der vier traditionellen Religionsgemeinschaften wurde untersucht, ob es eine ausgewogene Berichterstattung gibt, ob die Berichterstattung informativ und vorurteilsfrei ist und ob interreligiöser Dialog in den Medien stattfindet.*

TÜRKEI

Die Türkei hat durch ihre Geschichte -verstärkt seit Gründung der modernen Republik- und durch das am französischen Vorbild orientierte Laizismusprinzip-Modell in der muslimischen Welt eine ausgesprochene Sonderrolle inne. Ob dieses Modell als Beispiel für andere Länder mit muslimischer Bevölkerung gelten kann, ist auch in der Türkei umstritten.

Das historische Selbstverständnis der Türken wird nicht nur aus ihrer islamischen Vergangenheit gespeist, sondern weist auch starke kulturelle Bindungen in die vorislamische Epoche auf schamanische Traditionen sowie Aspekte einer matriarchalischen Gesellschaftsstruktur. Neben der Islamisierung der ersten türkischen Völker, die nach Anatolien vorgedrungen waren, bildeten sich aber schon bald in Anatolien auch islamische Sekten und Glaubensorden. Für die Menschen und deren spirituelles Leben waren diese dort weit prägender als der offizielle orthodoxe sunnitische Islam im Osmanischen Reich. Der Volksislam vermischte auch muslimische Riten und Zeremonien mit denen anderer Religionen. So war bei dem Derwischorden der Bektasî zum Beispiel der Alkoholgenuß rituell erlaubt. Der Volksislam stand in engem kulturellem Austausch mit christlichen Glaubensgemeinschaften oder anderen religiösen Gruppierungen, die über die Jahrhunderte friedlich in Anatolien mit den Muslimen (Millet-System) zusammenlebten.

Der Osmanische Sultan trug in Personalunion über 500 Jahre auch den Titel des Kalifen, des Stellvertreters des Propheten. Dieser Titel wurde aber gerade zum Ende des Osmanischen Reichs weniger in seiner religiösen denn in seiner machtpolitischen Bedeutung als Klammer für den Zusammenhalt der muslimischen Gemeinschaft (Umma) bedeutungsvoll. Diese abgeschwächte Bedeutung des Kalifats in religiöser Hinsicht, sowohl für die Türken als auch die muslimische Welt insgesamt lässt sich auch an den Anstrengungen des neuen Regimes unter Mustafa Kemal Pascha ablesen. Nach der Abschaffung des Kalifats 1924 hatte sich anfänglich kein anderer islamischer Staat bereit gefunden, das Kalifat weiterzuführen. Vorformen laizistischer Ansätze und Toleranz gegenüber Andersgläubigen im Osmanischen Reich als Rechtsvorgänger der Türkei existierten also schon über lange Zeiträume und bestimmten das Zusammenleben zwischen Muslimen und Nichtmuslimen.

Nach ihrer Vertreibung, dem Massaker an den Armeniern und dem Bevölkerungsaustausch mit Griechen-

land leben heute in der Türkei noch ungefähr 100.000 bis 150.000 Nichtmuslime. Die Ermittlung genauer Zahlen ist schwierig, weil es einerseits keine verlässlichen Erhebungen gibt und andererseits nach dem Lausanner Friedensvertrag nur die Belange der drei religiösen Minderheiten der Armenier, Griechen und Juden geregelt wurden. Schätzungen zufolge leben heute noch circa 65.000 armenische Christen (überwiegend armenisch-apostolische aber auch katholische Armenier), etwa 23.000 Juden und etwa 2.500 griechisch-orthodoxe Christen (im Osmanischen Reich lag die Zahl bei weit über 1.5 Millionen). Ferner gibt es: circa 10.000 Bahai, 15.000 syrisch-orthodoxe Christen, 5.000 Yeziden, 3.300 Zeugen Jehovas, 3.000 Protestanten und in kleinerer Anzahl bulgarische Christen, Chaldäer, Nestorianer, Georgische Christen, römisch-katholische Christen und Maroniten. Daneben existiert die wichtige Gruppe der Aleviten, die mit mindestens fünf Millionen angegeben werden kann. Das Alevitentum wird von seinen Anhängern als eigenständige synkretische aus der Schia entstandene Religion aufgefasst. Die offizielle türkische Sichtweise zählt die Aleviten jedoch zur hanefitischen Rechtschule. Sie werden zwar als kulturell unabhängige Bevölkerungsgruppe anerkannt und die Cemevis (Orte des Glaubensdienstes) gelten als Orte kultureller Zusammenkunft, aber sie besitzen keine religiöse Autarkie. Diese Zahlen lassen zum einen erkennen, dass die Türkei nicht durch eine homogene religiöse Gesellschaftsstruktur gekennzeichnet ist; sie weisen zum anderen auf wichtige Aspekte jedes inter- und intrareligiösen Dialoges hin, der auch in der Türkei nicht zuletzt im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen intensiv geführt wird, und zwar zu folgenden Themen:

1. Der wichtigste verfassungsrechtlich verankerte Aspekt ist das türkische Laizismusprinzip, um das sich auch ein Großteil der Diskussionen innerhalb des Landes dreht. Das Grundproblem besteht darin, dass die staatliche „Kontrolle“ der religiösen Angelegenheiten von Vertretern religiöser Minderheiten alleine schon aus dem Grund verurteilt wird, weil das Amt für Religionsangelegenheiten (Diyanet) nur die religiösen und seelsorgerischen Dienstleistungen des sunnitischen Islam in der Türkei erfüllt. Ein Alevit wird sich ebenso wenig durch das Amt angesprochen fühlen wie ein Christ oder Jude, deren Steuern aber auch zur Finanzierung der staatlichen Behörde herangezogen werden. Vertreter der spirituellen Ordensgemeinschaften und auch Teile der Aleviten fordern deshalb die Abschaffung des Amtes und die Errichtung eines Systems, in dem sich jede Religionsgemeinschaft autark organisieren kann. Dies könnte dann jedoch zu einer

Zersplitterung des Islams nach dem Beispiel des türkischen Islams in Deutschland führen und stünde konträr zu den Ideen des Staatsgründers von einer Einheit des Landes. Mustafa Kemal Atatürks Zivilisationsprojekt war auch eine Erziehungsdiktatur, und hier liegt eine grundlegende Bruchlinie in der türkischen Gesellschaft. Das Pendel schlägt nach wie vor zwischen den beiden Extrempolen eines strikt antiklerikalen Laizismusprinzips auf der einen und dem Ruf nach Einführung der Scharia auf der anderen Seite aus. Die Ausschläge werden jedoch zunehmend schwächer und langsam pendelt sich das System ein.

2. Alle anderen Fragen der Religion in ihrer Auswirkung auf gesellschaftliche Prozesse orientieren sich an dieser Bruchlinie. Der Religionsunterricht in der Türkei wird nicht als Bekenntnisunterricht angeboten; das Curriculum sieht eine reine Wissensvermittlung des historischen Auftretens und der Weiterentwicklung aller wichtigen Weltreligionen vor. Aus diesen Gründen erlernen einige Kinder das Rezitieren des Korans in außerschulischen Korankursen. Es gibt auch Stimmen, die diese Form des historischen Schulunterrichts aus dem Grund nicht akzeptabel finden, weil es sich um einen Pflichtunterricht handelt und keine freie Wahlmöglichkeit besteht.

3. Die Religionsfreiheit ist zwar verfassungsrechtlich geregelt, in der Verwaltungspraxis wird dies aber sehr oft übersehen. Einerseits sind die Rechte von nicht-muslimischen Minderheiten im Friedensvertrag von Lausanne aus dem Jahr 1923 geregelt und andere Religionsgemeinschaften werden dadurch diskriminiert. Andererseits existiert stellenweise ein Aufsichtszwang über religiöse Themen. Was zum Beispiel das Wirken von Missionaren betrifft, agieren immer wieder Vertreter politischer Parteien und staatlicher Institutionen und erinnern an das Recht auf freie Wahl der Religionszugehörigkeit.

4. Der beschriebene Dualismus zwischen traditionellen und modernistischen Kräften verläuft auch durch die islamische Theologie selbst. Diese wird als Wissenschaft nach sehr positivistischen westlichen Methoden betrieben. Studenten der islamischen Theologie in der Türkei lernen ebensoviel über westliche Philosophien und Philosophen wie über östliche oder islamisch geprägte Wissenschaften. Ein großer Teil der türkischen Theologen vertritt dabei ein sehr offenes und modernes Islamverständnis. Sie fordern, dass auf Probleme des modernen gesellschaftlichen Lebens, auch der Islam Antworten finden muss und dabei eine sehr offene Koranexegese mit der Freiheit von Interpretationen erfolgen sollte.

5. Ein konfliktträchtiges Dauerthema ist die innertürkische Diskussion um das Kopftuch. Dieser Diskurs kann ohne weiteres als die symbolisierte Form der Diskussion um das türkische Laizismusprinzip verstanden werden. In der Türkei gilt ein generelles Kopftuchverbot im Staatsdienst. Dies wird von breiten Bevölkerungsschichten akzeptiert und es existieren etliche Beispiele von Frauen, die im Privatleben das Kopftuch tragen und es für die Berufsausübung ablegen. Kompromisse sind hier durchaus möglich. Jedoch ist das Kopftuchverbot für Studentinnen an den Universitäten sehr umstritten.

6. Konflikte zwischen Tradition und Moderne lassen sich auch im politischen Parteiensystem erkennen. In der Türkei wird der politische Islam seit langem in das Parteiensystem integriert. Eine Ausgrenzung und damit mögliche Radikalisierung des Islams wurde verhindert, und die Einbindung führte über die Jahre zu einer Entradikalisierung des Islams. Auch wenn auf dem Weg dahin viele islamische Parteien verboten wurden – was jedes Mal zu einem zusätzlichen Modernisierungsschub führte – kam es zu einer Säkularisierung der wichtigsten sakralen Elemente des Glaubens, so dass heute die Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) als politische Partei in der Türkei mit dem Anspruch auftritt, eine (islamisch) konservativ-demokratische Partei nach dem Vorbild der europäischen Christdemokraten zu sein. In der Tat lassen sich zum Beispiel einige Aspekte einer durch den muslimischen Glauben beeinflussten Sozial- und Wirtschaftsethik in der Programmatik der Partei erkennen.

7. Offen diskutiert wird in der Türkei das Thema „islamischer Calvinismus“, da sich in der liberalen türkischen Wirtschaftsordnung Unternehmer hervortun, die gläubig sind und ihr beruflicher Erfolg aus einer Berufsauffassung zu resultieren scheint, die durch ihren Glauben geprägt ist. Selbst beim Thema Zinsen werden Lösungen präsentiert, die auf einen Kompromiss zwischen scheinbar unabänderlichen religiösen Grundsätzen und den Erfordernissen einer modernen Wirtschaftswelt abzielen.

8. Alle diese Themen müssen immer auch unter Berücksichtigung der Situation der türkischstämmigen Bevölkerungsgruppen in Deutschland betrachtet werden. Entwicklungen in dieser Bevölkerungsgruppe haben allgemein Einfluss auf die Türkei, und innertürkische Diskurse beeinflussen meist automatisch auch diese Gruppen.

Interreligiöse sowie intrareligiöse Dialogmaßnahmen bilden in der Projektarbeit der KAS in der Türkei seit

fünf Jahren einen Schwerpunkt, der sich an den oben genannten Aspekten orientiert. Diese lassen sich in drei Bereiche untergliedern. Beispielhaft sollen hierzu die wichtigsten Veranstaltungen und Aktivitäten erläutert werden:

■ **Konferenzen:** Die KAS veranstaltet seit 2002 jährlich internationale Konferenzen zum Thema Islam. Im Dialog zwischen türkischen und europäischen Experten wurde über unterschiedliche Ansätze von Laizismus und Säkularismus, Definitionen und Anwendungen von Religionsfreiheit, über Themen wie die Kopftuchproblematik oder spezielle integrationspolitische Aspekte des Zusammenlebens der Religionen in Deutschland gesprochen. Einen wichtigen Beitrag zu einem besseren Verständnis der deutschen Situation auf türkischer Seite konnte die Diskussion über den islamischen Religionsunterricht leisten. Seit 2006 wurde das Konzept etwas verändert und auch Themen der islamischen und christlichen Theologie behandelt. Der internationale Workshop im Dezember 2006 in Ankara behandelte das Thema: „Der Islam und das Christentum – ein Vergleich der Grundwerte als Basis für einen interreligiösen Dialog“. Interessant dabei ist, dass die islamische Theologie in der Türkei neben den islamischen Philosophien eine philosophische Grundausbildung in westlichen Philosophen und der westlichen Scholastik beinhaltet, was die Ausnahmestellung der Türkei in der islamischen Welt untermauert.

■ **Diskussionsforen und Seminare:** Der Dialog und die Kooperation mit dem Amt für Religionsangelegenheiten (Diyamet) wurde im Jahr 2003 begonnen. Der Präsident des Diyanet nahm als Gastredner an den beiden internationalen Islamkonferenzen in den Jahren 2003 und 2004 teil. Im Anschluss hieran wurde Professor Ali Bardakoğlu von der KAS zu einem Besuchsprogramm im März 2005 nach Berlin eingeladen, wo er zum Thema: „Religion und moderne Gesellschaft“ referierte. Im Rahmen der Kooperation mit dem Diyanet wurde im Mai 2006 erstmals ein einwöchiges Fortbildungsseminar für 50 türkische Imame in Ankara durchgeführt. Die Imame, die für einige Jahre nach Deutschland entsendet werden, erfuhren zuvor durch die Deutsche Botschaft, das Goethe-Institut und das Diyanet selbst eine mehrmonatige sprachliche und landeskundliche Vorbereitung. Das von der KAS organisierte Seminar hatte zum vorrangigen Ziel, die Dialogfähigkeit der Imame in Deutschland zu verbessern und sie für die Integrationsproblematik zu sensibilisieren. Im Jahr 2007 wurde das Fortbildungsangebot der KAS auf insgesamt über 100 Imame erweitert, die in zwei parallelen Kursen in Ankara und Bursa geschult wurden. Wiederholt hat sich herausgestellt, dass praktische Hinweise und Ratschläge bezüglich der Schulausbildung ihrer Kinder in Deutschland oder über das Versicherungswesen wie auch Lebenshilfen für den Alltag mindestens ebenso bedeutend sind wie landesspezifische Informationen.

■ **Flankierende Gesprächs- und Besuchsprogramme:** Neben den Bildungs- und Diskussionsveranstaltungen bemüht sich die KAS, über Gesprächs- und Besuchsprogramme für deutsche Politiker, Wissenschaftler und Kirchenvertreter in der Türkei den Dialog mit Muslimen wirksam zu flankieren und zu ergänzen.



Prof. Ali Bardakoğlu, Präsident des türkischen Amtes für Religionsangelegenheiten (links), bei einem Treffen mit CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla (rechts) am 4. August 2006 in Ankara.



Multireligiöses Zusammenleben in der Türkei und in Europa – Gestern und Heute, hrsg. von Konrad-Adenauer-Stiftung, Ankara, Mai 2006

Das Osmanische Reich als der Rechtsvorgänger der modernen Republik Türkei hat beim Zusammenleben religiöser Gruppierungen mit dem Millet-System für die damaligen Verhältnisse ein recht praktikables und tolerantes System entwickelt. In diesem Buch wird dargestellt, welche Rückschlüsse und Lösungsansätze im Bereich der Koexistenz verschiedener Mehrheiten und Minderheiten das Land heute aus seiner eigenen Geschichte ziehen könnte und inwiefern diese Erfahrungen auch für den europäischen Kontext nutzbar gemacht werden könnten. Religionsfreiheit, Religionsunterricht und die Islamische Theologie werden als Beispielfelder dargestellt und mit der jeweiligen Situation in Deutschland und Frankreich verglichen. Diese beiden Länder haben dabei sehr unterschiedliche Ansätze entwickelt. (liegt in Türkisch und Deutsch vor)

AFGHANISTAN

Die aus 34 Provinzen bestehende Islamische Republik Afghanistan besteht größtenteils aus Gebirgsland. Es ist ein klassischer Vielvölkerstaat: rund 40 Prozent Paschtunen, 30 Prozent Tadjiken, zehn Prozent Hazara, neun Prozent Usbeken, vier Prozent Aimaken, drei Prozent Turkmenen sowie weitere Minderheiten. Über 99 Prozent der rund 32 Millionen Einwohner sind Muslime, davon etwa 80 Prozent Sunniten und 20 Prozent Schiiten.

Die Ausbreitung des Islams in der Region erfolgte vor allem zwischen dem 10. und 15. Jahrhundert. Seitdem wird er je nach Ethnie oder Region unterschiedlich praktiziert und interpretiert. Ferner spielen bei der Religionsausübung – ähnlich wie im Iran – vorislamische Bräuche eine wichtige Rolle. Seit den späten 1970er Jahren nahm der Islam in Afghanistan eine immer exponiertere Stellung ein. Nach der Machtübernahme durch die kommunistische Demokratische Volkspartei Afghanistans im Jahr 1978 betrieb die Regierung neben der Annäherung an den Ostblock auch eine gesellschaftliche Umgestaltung, die Ansätze einer Säkularisierung beinhalteten. Zu dieser Zeit bildeten sich rund 30 Mudschaheddin-Gruppierungen, die 1989 nach dem Abzug der sowjetischen Truppen auf Grund verschiedener Machtansprüche das Land in einen blutigen Bürgerkrieg stürzten. Politisch wie militärisch formierte sich 1993 die Talibanbewegung. Sie griff ab 1995 massiv in die Auseinandersetzungen ein, eroberte im September 1996 Kabul und kontrollierte bald darauf den größten Teil des Staates. Das Land wurde von den Taliban in „Islamisches Emirat Afghanistan“ umbenannt, das nur von Pakistan, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten diplomatisch anerkannt wurde. Aus religiösen Gründen wurden Musik, Sport, Bilder und Fernsehen verboten, der größte Teil der Schulen und Universitäten geschlossen. Männer mussten sich Bärte wachsen lassen, und Frauen durften nur mit männlicher Begleitung und in Ganzkörperverschleierung das Haus verlassen. Schon 1999 wurde den Taliban die Kooperation mit der Terrororganisation al-Qaida unterstellt. Kurz nach dem 11. September 2001 begann dann am 7. Oktober 2001 die Bombardierung Afghanistans, rasch folgte die Bodenoffensive amerikanischer Truppen und der Nordallianz. Die Taliban und ihre Anhänger verloren innerhalb weniger Wochen im ganzen Land ihren Rückhalt und wurden schließlich am 13. November 2001 aus Kabul vertrieben.

Einen ersten großen Entwicklungsschritt zur Rückführung Afghanistans in die Internationale Staatengemeinschaft stellte die Petersberg-Konferenz dar, die vom 27. November bis zum 5. Dezember 2001 stattfand. Ziel der Verhandlungen war die Schaffung legitimer und repräsentativer Institutionen als solide Grundlage für den weiteren Fortgang des Friedensprozesses. Seitdem regelt das Ministerium für religiöse Angelegenheiten den Umgang mit dem Islam. Sechs Jahre nach der Vertreibung der Taliban werden durch den zunehmenden Zugang zur Bildung und durch den Einfluss der Medien, insbesondere unter Jugendlichen (44 Prozent der Bevölkerung sind unter 16 Jahre alt), der Wunsch nach Freiheit und Mitbestimmung immer größer.

Dem Zusammenspiel von Sicherheits- und Entwicklungspolitik wird in Afghanistan nicht ohne Grund ein großer Stellenwert zugerechnet, denn langfristig wird das eine ohne das andere keine Nachhaltigkeit haben. Die Vorkommnisse der Vergangenheit zeigen aber auch, dass vielleicht in diese Gleichung noch eine dritte Variable ins Spiel kommen könnte, nämlich die der gesellschaftlich-religiösen Identität. Bei diesem Entwicklungsprozess kommt es gegenwärtig zur Interaktion drei unterschiedlicher Ausrichtungen: Erstens stehen die moderaten islamischen Kräfte, die um einen Ausgleich mit dem Westen bemüht sind und den Wiederaufbauprozess Afghanistans als Neuanfang verstehen, bei dem eine Brücke zwischen Demokratie und Islam entstehen kann. Zweitens stehen die rückwärtsgewandten Radikalisten, für die nur eine Staatsform in Frage kommt, bei der sich die Gesetzgebung totalitär der Religion des Islams unterordnet. Drittens bekleiden die so genannten Takfiristen, die sowohl Nichtmuslime als auch Muslime, welche ihres Erachtens den islamischen Glaubenspflichten nicht nachkommen, generell als Ungläubige bezeichnen. Da die Takfiristen in der Abkehr vom Glauben den Hauptgrund für den Niedergang der islamischen Gesellschaft zu erkennen meinen, sehen sie es als ihre Pflicht an, sich zum Heiligen Kampf gegen die bestehende Gesellschaft in Afghanistan, Pakistan und Irak zusammenzuschließen. Ihr Ziel ist die Neutralisierung der Vertreter der „ungläubigen“ muslimischen Staaten. Diese Strategie erklärt nicht nur die Anschläge gegen Vertreter der jeweiligen Nationalstaaten, sondern auch den menschenverachtenden Terror im Irak und neuerdings auch in Pakistan und Afghanistan. Speziell im Land am Hindukusch kann man seit dem Jahr 2007 von einer neuen Quantität wie Qualität des islamistischen Terrors sprechen.

Die KAS will mit ihrer Arbeit in Afghanistan einen langfristigen Beitrag zum Friedensprozess und zum Aufbau eines demokratischen Rechtsstaates leisten sowie die Entwicklung einer sozialen und ökologisch verantwortlichen Marktwirtschaft unterstützen. Um diesem Ziel näher zu kommen, hat die KAS das National Center for Policy Research ins Leben gerufen, das im Mai 2003 in Kooperation mit der Universität Kabul gegründet wurde und der erste „Think-Tank“ Afghanistans werden soll. Um durch Policy-Consulting die afghanische Regierung bei Entscheidungs-, und Planungsprozessen unterstützen zu können, sammelt das NCPR Daten als Grundlage eines effektiven Planungsprozesses, analysiert Entwicklungen und forscht im Hinblick auf die Formulierung angemessener gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und sozialer Reformen. Zusätzlich dient es als Plattform des Austauschs. Darüber hinaus ist die nationale afghanische Medienanstalt Radio Television Afghanistan (RTA) ein zentraler Partner der KAS im Mediensektor. Die RTA ist einer unabhängigen Berichterstattung verpflichtet besteht aus mehreren Fernsehstationen in Kabul und anderen afghanischen Provinzen. Sowohl durch inhaltliche als auch durch materielle Unterstützung fördert die KAS gleichzeitig die Ausbildung von Journalisten und die monatliche Herstellung und Sendung eines unabhängigen, sozio-politisch motivierten Fernsehmagazins namens „NEGA“ (der Blick).



Der afghanische Senatspräsident Dr. Sebghatullah Mojaddidi verliest am 14. Mai 2007 die Resolution gegen Selbstmordattentate.

KABULER RESOLUTION

Zu Zeiten der Mudschaheddin waren Selbstmordattentate in Afghanistan nur schwer vorstellbar. Sie waren gesellschaftlich verpönt und wurden als Verbrechen gegen den Islam geächtet. Der Einfluss des islamistischen Terrors hat langsam aber beständig diese Perzeption untergraben. Der Rückblick auf die letzten Jahre verdeutlicht dies: Fanden im Zeitraum von 2001 bis 2005 im Afghanistan weniger als 20 Selbstmordattentate statt, so schnellte die Zahl im Jahr 2006 auf über 120 Selbstmordanschläge hoch. Diese Tendenz beunruhigt nicht nur Politiker und Soldaten, sondern auch die moderaten Vertreter der afghanischen Geistlichkeit. Aus aktuellem Anlass und um ein Zeichen zu setzen, nahm sich die Konrad-Adenauer-Stiftung dieses zentralen Themas an. Im Mai 2007 wurde in Kabul zu einem Islam-Workshop eingeladen, der die zentrale Frage aufgriff, ob das Selbstmordattentat eine Straftat gegen den Islam und die Menschlichkeit darstellt. An der Veranstaltung nahmen hochrangige Imame aus Afghanistan teil. Der Senatspräsident und Vorsitzende der afghanischen Friedenskommission, Prof. Dr. Sebghatullah Al-Mojaddidi, war Schirmherr des Projekts. Die Veranstaltung zielte darauf ab, dass auf der Basis islamischer Quellen der militante Suizidanschlag mit Hilfe einer Kabuler Resolution, die von islamischen Gelehrten verfasst wurde, geächtet wird. Dieses Manifest zielt darauf ab, dass Selbstmordattentat als Verbrechen gegen die Menschlichkeit und den Islam zu verurteilen. Der Veranstaltung schlossen sich eine multimediale Pressekonferenz, ein Fernsehspot, eine Plakat-Aktion, eine Publikation und die Produktion eines Audio-Tapes an.



Plakate, auf denen Selbstmordattentate als Verbrechen gegen die Menschlichkeit und den Islam verurteilt werden.

INDIEN

Indien ist die Heimat von circa 150 Millionen Muslimen. Nach Indonesien ist dies die zweitgrößte nationale Muslimbevölkerung der Welt. Innerhalb Indiens bilden sie mit gut 13 Prozent die größte religiöse Minderheit. Zusammen mit Pakistan und Bangladesch leben damit in Südasien drei Mal so viele Muslime wie in der arabischen Welt.

Das Erscheinungsbild des Islams in Indien ist in keiner Hinsicht homogen. Muslime sind im Norden und Westen des Landes wesentlich stärker präsent als im Osten und Süden. Während ihr Bevölkerungsanteil in Kaschmir bei 95 Prozent liegt, ist es in Orissa nur ein Prozent. Zwar liegt die Alphabetisierungsrate unter Muslimen über dem Landesdurchschnitt, aber trotzdem lebt ein überproportional großer Teil von ihnen unterhalb der Armutsgrenze. Sie gehören innerhalb des Islams keiner einheitlichen Richtung an und treten nur selten geschlossen als Religionsgemeinschaft in Erscheinung.

Der Islam hat sich in Indien zu allen Zeiten relativ gut integriert und in hohem Maße indigenisiert. Trotz der jahrhundertelangen Assimilationsprozesse und der zunehmenden Auflösung sprachlicher Unterschiede leben die meisten Muslime heute zwar in gemischten Wohngebieten, häufig haben sie jedoch in bestimmten Dörfern oder Stadtteilen eine Mehrheit. Diese Enklaven werden im Volksmund nicht selten als „little Pakistan“ bezeichnet, denn im Zusammenleben der Menschen ist die Rolle der Muslime stark durch das gespannte Verhältnis Indiens zu Pakistan gekennzeichnet, mit dem dieser Teil der Bevölkerung seit der Teilung des Subkontinents 1947 noch immer identifiziert wird.

Seit dem Scharia-Zivilrechtsgesetz, das die Briten 1937 den Muslimen einräumten und nach dem auch unter der säkularen indischen Verfassung zahlreiche Personenstandsfragen bis heute geregelt werden, wurden den Muslimen mehr Sonderrechte zugestanden als nach dem allgemeinen Gewohnheitsrecht üblich. Alles in allem wurden sie jedoch seit der Unabhängigkeit Indiens und der damit verbundenen Teilung des Subkontinents weder privilegiert noch marginalisiert, sondern als gleichberechtigte Bürger behandelt. Sie haben im zivilrechtlichen Bereich ihre eigenen religionspezifischen Bestimmungen, doch das haben die Angehörigen anderer Religionen ebenso. Ihnen kommen jedoch keine eigenen Quotenregelungen zu wie beispielsweise den „Unberührbaren“ oder den sozioökonomisch besonders benachteiligten



Am Rande der Konferenz über „Lived Islam“ im Dezember 2002 in Goa diskutieren Prof. T. N. Madan und Prof. Ashis Nandy, zwei der „grand old men“ der indischen Sozialwissenschaft.

Bevölkerungsgruppen. Ausgegrenzt wurden und werden sie hingegen von den Hindunationalisten, die ihnen eine „geteilte Loyalität“ unterstellen und sie im öffentlichen Leben häufig als die „anderen“ behandeln. In diesem Kontext waren und sind sie regelmäßig Opfer interreligiöser Gewalt, die durch den Aufstieg des Hindunationalismus in den vergangenen zwanzig Jahren noch zugenommen hat. Innenpolitisch sind sie auf der einen Seite weitestgehend integriert und in der Armee, in politischen Institutionen sowie in den meisten Parteien adäquat vertreten. Andererseits werden auf der sozialen Ebene ihre nationale Loyalität immer wieder in Zweifel gezogen, ihre eigenen Schulen (Madrassen) unter Generalverdacht gestellt und sie werden pauschal für die von der Kaschmir-Region ausgehende Gewalt verantwortlich gemacht.

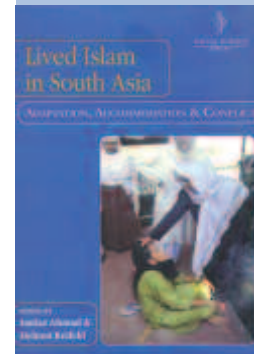
Faktisch ist die Mehrheit der gebildeten indischen Muslime heute ebenso stark säkularisiert wie die entsprechende hinduistische Bevölkerung. Sie möchten primär als Inder gelten und erst danach als Muslime. Ihr Hauptinteresse ist auf ihre Integration in den Nationalstaat gerichtet und nicht auf Fragen ihrer religiösen Identität oder Herkunft. Sie setzen sich für einen säkularen und demokratischen Staat ein, der Pluralität und Minderheitenrechte schützt, statt eine Einheitskultur durchsetzen zu wollen. Sie unterhalten keine separaten Beziehungen zu islamischen Staaten, das Zusammenleben verläuft in der Regel friedlich und es gibt keine Dschihad-Mentalität. Muslime finden sich in allen sozialen und politischen Ämtern – zwischen 2002 und 2007 sogar bis hinauf zum Amt des Staatspräsidenten. Aber sie sind in der Regel nicht als Muslime in diesen Funktionen, sondern als Staatsbürger. Und ebenso treten sie in den regulären Maßnahmen der KAS nicht als Muslime in Erscheinung, sondern als Bürger Indiens.

Dennoch wurden nach dem 11. September 2001 drei internationale Konferenzen durchgeführt, die speziell auf den Dialog mit Muslimen in Indien gerichtet wa-

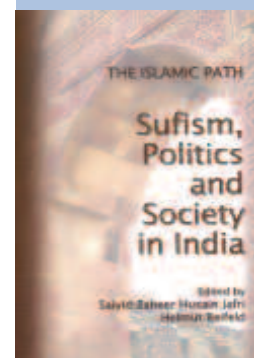
ren. Die erste widmete sich einer vergleichenden Analyse der muslimischen Lebensformen in Südasien. Den Ausgangspunkt bildete das multi-kulturelle und multireligiöse Zusammenleben von über einer Milliarde Menschen mit unterschiedlichen Herkunftswelten, Religionszugehörigkeiten und kulturellen Identitäten. Nirgendwo in Südasien entwickelte sich der Islam in einer ausschließlich islamischen Umgebung, sondern immer nur in einer Symbiose sich überlappenden Lebenssphären mit anderen Religionen. Wahrscheinlich ist Südasien die größte Region der Welt, in der der Islam sich ausschließlich in Koexistenz mit anderen Religionen etabliert hat. Zweifellos ging dies mit ungezählten Konflikten einher, aber zu allen Zeiten auch mit Formen der Anpassung und des friedlichen Zusammenlebens. Das zentrale Ergebnis der Konferenz bestand darin, dass sowohl für die Integration als auch für das Konfliktverhalten von Muslimen deren Lebenspraxis stärker von Anpassung geprägt war als von angeblich gewaltbereitem islamischen Denken und von islamischer Orthodoxie. In Südasien gibt es bis heute, wie Imtiaz Ahmad es formuliert hat, „many Islams“.

Verstärkt wurde dieser Eindruck auf der zweiten Konferenz, die sich mit dem ursprünglichen Einfluss und der anhaltenden Bedeutung des Volksislam (Sufismus) auseinandersetzte. Dabei ging es im Kern um die Frage, was unter Reformislam in Indien zu verstehen ist. Dieser Kontext wird nur verständlich, wenn man sich die Entwicklung des Islams auf dem indischen Subkontinent in Erinnerung ruft. Seit den Tagen des Propheten leben Muslime in Südasien, und über mehr als sechs Jahrhunderte hinweg wurde das Land von muslimischen Dynastien regiert. Die nachhaltigste Prägung durch den Islam erfolgte während dieser Zeit jedoch nicht durch Herrschaftsideologien, sondern von der Alltagsebene ausgehend durch den Volksislam. Der Einfluss der über Jahrhunderte hinweg eingewanderten Sufi-Orden ist dabei kaum zu überschätzen, da sie sich von Anfang an stark den vorhandenen Kulturen anzupassen versuchten. Ihr Wirkungskreis reichte von den untersten Volksschichten bis hinauf zu den Moghul-Herrschern; ihr Heiligenkult prägte sowohl die politische als auch die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Als unparteiische Friedensstifter berühmt, übten sie häufig auch in der Politik eine Mittlerfunktion aus. Durch die Dominanz der Sufi-Bewegungen ist die Anfälligkeit des Islams in Indien für fundamentalistische Strömungen bis heute äußerst gering.

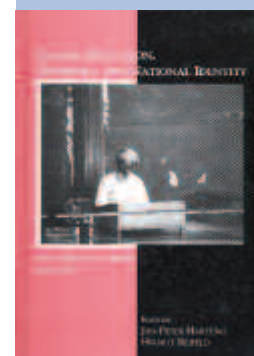
Ein besonderer Aspekt der internationalen Auseinandersetzung mit dem Islam in Indien konnte sodann auf der dritten Konferenz aufgegriffen werden, die sich mit der pädagogischen und sozialpolitischen Rolle der Koranschulen auseinandersetzte. Von diesen in ganz Südasien stark verbreiteten „Madrassen“ gibt es allein in Indien mehr als 100.000. Traditionell vermitteln sie nicht nur religiöse Erziehung, sondern bieten muslimischen Kindern häufig die einzige Möglichkeit, Lesen und Schreiben zu lernen. Angesichts der horrenden Defizite des regulären Schulsystems ermöglichen sie insbesondere der ärmeren Bevölkerung in ländlichen Gebieten die einzige kostenfreie Grundschulbildung. Einige von ihnen unterrichten auch Englisch und Naturwissenschaften; andere sind ausschließlich auf die Erziehung von Mädchen ausgerichtet. Etwa ein Drittel von ihnen bietet ein stofflich anspruchsvolles Lehrangebot, das den Schülern sogar eine Einstiegsmöglichkeit in ein Universitätsstudium eröffnet. Speziell in Rajasthan sind die Leistungen dieser Abgänger häufig besser als die der staatlichen Schulen.



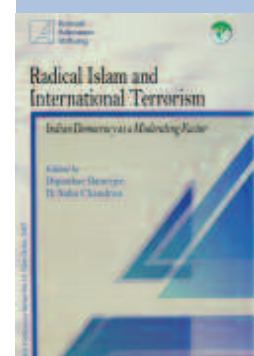
Der Band „Lived Islam in South Asia. Adaption, Accommodation and Conflict“ schildert und analysiert die Vielfalt muslimischer Lebensformen in Südasien.



Der Band „The Islamic Path. Sufism Politics and Society in India“ schildert die Bedeutung des Volksislam für das gesellschaftliche Zusammenleben in Indien.



Der Band „Madrasa Education in India. Islamic Education, Diversity and National Identity post 9/11“ beleuchtet die pädagogische und sozialpolitische Rolle der Koranschulen in Indien.



Die Studie „Radical Islam and International Terrorism. Indian Democracy as a Moderating Factor“ untersucht die Einflüsse radikalislamischer Bewegungen in Indien.

THAILAND

Im 13. Jahrhundert wanderten die Thai und Lao aus Südchina in das heutige Thailand ein. Sie vernichteten die Reiche der Mon und der Khmer, übernahmen jedoch deren buddhistische Religion und Kultur. Heute ist der Theravada-Buddhismus Thailands faktische Staatsreligion. Mehr als 94 Prozent der Thailänder bekennen sich dazu. Unter den übrigen Religionsgemeinschaften stellen die Muslime mit vier Prozent die größte Gruppe dar. Es handelt sich hierbei vorwiegend um Angehörige des Volkes der Malaien, die im Süden des Landes leben.

Seit 2004 werden die Südprovinzen Thailands – allen voran Pattani, Yala und Narathiwat – von schweren Unruhen und Terroranschlägen muslimischer Extremisten erschüttert. Hintergrund und Zielsetzung dieser Aktivitäten sind bislang jedoch nicht wirklich erkennbar: Angeführt werden nationalistische Motive im Hinblick auf eine Verselbständigung dieser drei Provinzen. Ferner spielen ein von saudiarabischen Predigerschulen importierter islamischer Fundamentalismus sowie mafiöse Händlerringe im thailändisch-malaiischen Grenzgebiet eine Rolle. Zur Gewalteskalation haben allerdings auch die übertriebenen Terrorabwehrreaktionen der Regierung unter Premier Thaksin Shinawatra beigetragen. Zwar gab es auch Initiativen zur Entwicklung friedlicher Lösungsansätze. So wurde im März 2005 eine nationale Versöhnungskommission eingesetzt, die erfahrene buddhistische und muslimische Politiker umfasste und somit einen interreligiösen Dialog öffentlich austrug. Nach anfänglich positiven Reaktionen stieß diese Kommission jedoch auf den Widerstand des Militärs sowie größerer Teile der Öffentlichkeit, als sie den sofortigen Abzug thailändischer Truppen aus den Unruheprovinzen forderte.

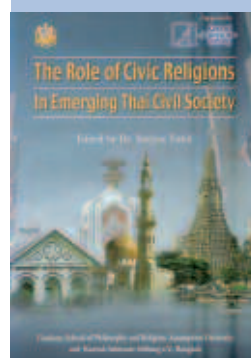
Der Militärputsch vom September 2006 schuf in Thailand völlig neue Bedingungen: Einerseits wurde dem Demokratisierungsprozess hiermit ein vorläufiges Ende gesetzt. Andererseits entspannte sich die Lage in den südlichen Unruheprovinzen kurzzeitig. Hierfür hat sicherlich der Überraschungseffekt der dramatischen Ereignisse in Bangkok eine Rolle gespielt. Auch hat der derzeitige Ministerpräsident General Surayud Chulanont mit dem Versuch einer öffentlichen Entschuldigung für das harte Vorgehen der Thaksin-Regierung und einer Aufhebung der Anklagen gegen 56 Demonstranten aus Südthailand erneut die Initiative für eine friedliche Aussöhnung ergriffen. Der Konflikt, der Opfer insbesondere bei den malaiischen Muslimen forderte und zu politischen Spannungen zwischen Thailand und Malaysia führte, bleibt jedoch hochgradig gefährlich und droht sich noch auszuweiten. Dies zeigen die Anschlagsserien vom Herbst 2006 in Narathiwat und Pattani sowie vom Dezember 2006 in Bangkok, die im Laufe des Jahres 2007 sogar noch weiter zunahmen. Die KAS engagiert sich für die dauerhafte, friedliche Beilegung der Krise in Südthailand durch die Aufklärung über deren bislang wenig bekannten geschichtlichen Hintergrund beziehungsweise deren strukturelle Ursachen.

DEN KONFLIKT VERSTEHEN

In Kooperation mit der Assumption-Universität Bangkok richtete die KAS Thailand im September 2006 eine internationale Fachkonferenz unter dem Titel „Understanding Conflict and Approaching Peace in Southern Thailand“ aus. Im Rahmen dieser Veranstaltung wurden die Ergebnisse eines vor der KAS unterstützten Forschungsprojekts über mögliche Ursachen des andauernden Konflikts in den drei Unruheprovinzen Pattani, Yala und Narathiwat und dessen geschichtlichen Hintergrund diskutiert sowie Vorschläge zur Konfliktlösung gemacht. Hierzu referierten unter anderem einige ehemalige Mitglieder der Nationalen Versöhnungskommission, die 2005 von der thailändischen Regierung zur Konfliktlösung eingerichtet worden war. Die Veranstaltung stieß in Thailand auf eine positive und breite Resonanz: unter den Teilnehmern fanden sich viele hochrangige thailändische Beamte und Regierungsvertreter sowie 15 ausländische Botschafter, Wissenschaftler und Experten. Die Ergebnisse der Konferenz wurden in einer Publikation erfasst, die staatlichen Behörden, Universitäten und Bibliotheken sowie im europäischen Ausland übergeben wurde.



Publikation zur Fachtagung „Understanding Conflict and Approaching Peace in Southern Thailand“



Publikation zur Fachtagung „The Role of Civic Religions in Emerging Thai Civil Society“

MALAYSIA

Seit den 1980er Jahren hat sich in Malaysia im Gefolge der „islamischen Revolution“ im Iran eine schrittweise Islamisierung vollzogen. Diese führte im Alltagsleben unter anderem dazu, dass mittlerweile fast alle muslimischen Mädchen und Frauen ein Kopftuch tragen. Änderungen im islamischen Familienrecht haben seitdem zu einer deutlichen Schlechterstellung der Frauen in einem islamischen Rechtssystem geführt. Die Sittenwächter der Religionspolizei mischen sich zunehmend in das private und öffentliche Leben der Muslime ein, gehen gegen Andersdenkende vor und verfolgen jene, die den Islam verlassen wollen. Die Macht der Religionsbehörden und der Religionsabteilungen innerhalb der Ministerien und staatlichen Institutionen hat deutlich zugenommen, und der in der Verfassung niedergelegte säkulare Charakter des Staates wird mittlerweile selbst von führenden muslimischen Regierungspolitikern öffentlich in Frage gestellt. So haben sowohl der frühere starke Mann Malaysias Dr. Mahathir als auch sein politischer Ziehsohn, der heutige stellvertretende Ministerpräsident Najib, Malaysia mehrfach in der Öffentlichkeit als einen islamischen Staat bezeichnet.

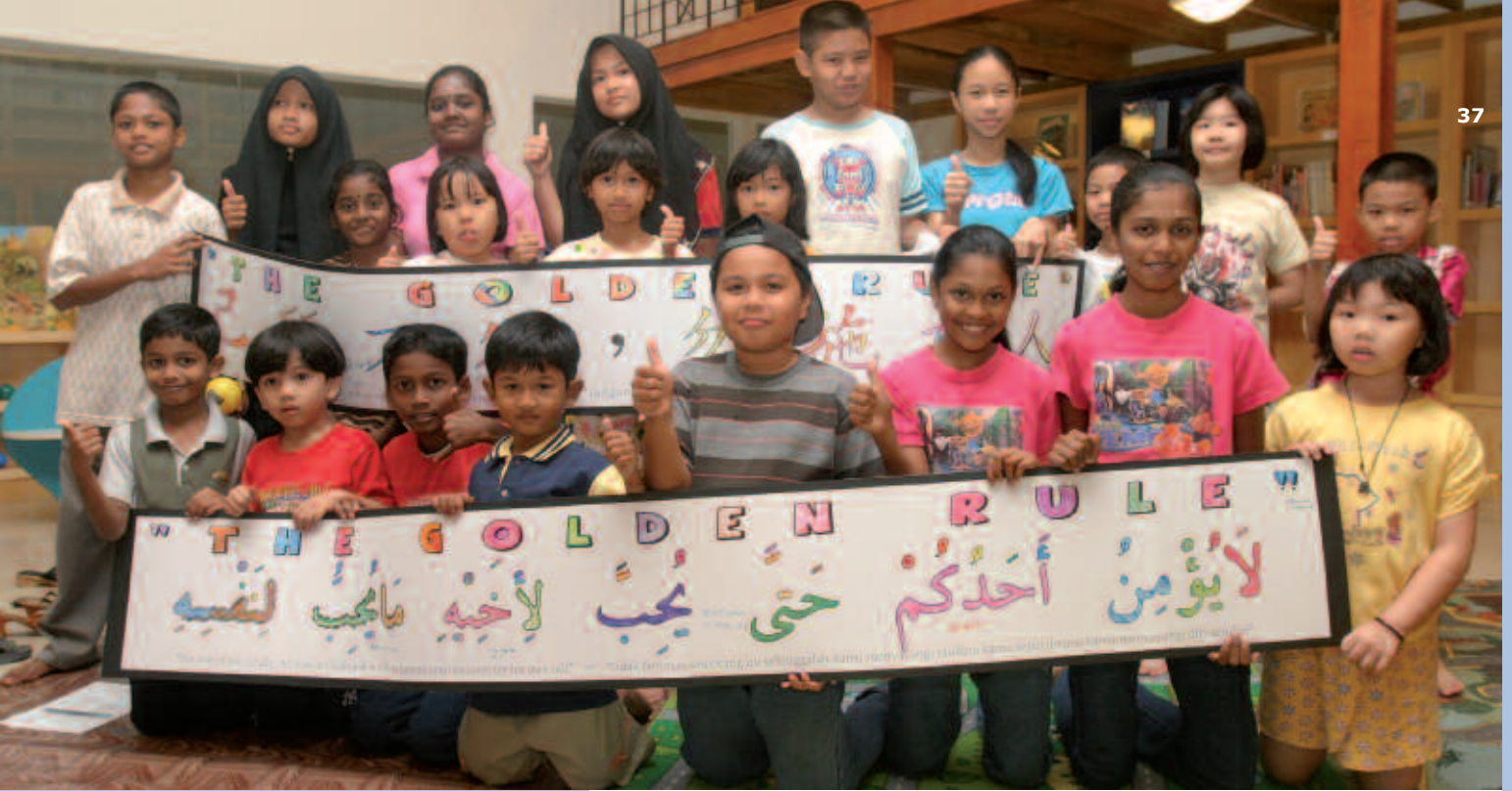
Widerstand gegen die eskalierende Islamisierung kommt vor allem von den knapp 40 Prozent Nicht-Muslimen, die sich im wesentlichen unter den einheimischen Chinesen (27 Prozent), Indern (acht Prozent) und indigenen Bevölkerungsgruppen (sieben Prozent) finden. Auch unter den mehrheitlich noch moderaten Muslimen wächst der Unmut über den wachsenden Einfluss der Islamisten auf Staat und Alltagsleben. Doch zu öffentlicher Kritik an den Islamisten ist nur eine kleine Minderheit von muslimischen Reformkräften und Menschenrechtsverfechtern bereit. Sie engagieren sich sowohl in etablierten Institutionen, wie in der Malaysischen Anwaltskammer, der Menschenrechtsgesellschaft HAKAM oder im Institute of Policy Research, oder sie haben eigene Nichtregierungsorganisationen gegründet, wie Sisters in Islam (SIS), Article 11 oder Middle Eastern Graduates Centre (MEGC).

Angesichts der islamistischen Terroranschläge seit dem 11. September 2001 in den Nachbarstaaten Indonesien, Philippinen und Thailand entschloss sich die KAS 2002, die Bekämpfung des islamischen Extremismus und die Verbesserung der Beziehungen zwischen den verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen zu einem neuen Schwerpunkt des Länderprogramms zu machen, der sich vor allem in zwei Themenbereichen niedergeschlagen hat:

An erster Stelle steht die Unterstützung der Positionen von aufgeklärten, reformorientierten Muslimen. Diese richtete sich vor allem an das Institute of Policy Research, das unter anderem als Think Tank für den bekannten Oppositionspolitiker Anwar Ibrahim und seine „Gerechtigkeitspartei“ arbeitet. Den Schwerpunkt bildete das Konzept eines „aufgeklärten Islam“ des islamischen Reformpolitikers und IPR-Direktors Khalid Jaafar. Er fordert eine umfassende Reform des Islams entsprechend den Idealen der Menschenrechte, der Demokratie und des demokratischen Rechtsstaats. Die KAS unterstützte hier den Betrieb einer Website, die Veröffentlichung von Übersetzungen in die malaysische Landessprache von islamischer Reformliteratur und Klassikern der Aufklärung wie Was ist Aufklärung? von Kant oder Nathan der Weise von Lessing.

Ein junger Partner der KAS ist das Middle Eastern Graduates Centre (MEGC), deren Mitarbeiter sich aus den Reihen der Absolventen der islamischen Hochschulen des Nahen Ostens rekrutieren. Im Gegensatz zu vielen dieser Studenten sind die MEGC-Gründer eindeutig demokratisch und rechtsstaatlich orientierte Reformkräfte, die für eine strikte Trennung von Religion und Staat, für gleiche Religionsfreiheit für alle und für die Gleichberechtigung von Mann und Frau eintreten. MEGC konzentriert sich auf die Übersetzung und Veröffentlichung von islamischer Reformliteratur, die in begleitenden Seminaren und Workshops thematisiert wird. Ferner soll mit Hilfe der populären Reihe von MEGC ein durchschnittlich gebildetes Publikum angesprochen und mit aufgeklärten Positionen der muslimischen Reformkräfte vertraut gemacht werden. In insgesamt neun handlichen Taschenbüchern mit einem Umfang von rund 50 Seiten werden in malaysischer Landessprache folgende zentrale Themen der gegenwärtigen Islamdiskussion behandelt: Islam bedeutet die Anerkennung der Autorität Gottes, Islam und der Respekt des Lebens, Terrorismus im Namen Gottes, Demokratie im Koran und in der prophetischen Tradition, Freiheit und Religion, Religion und Meinungsfreiheit, Westliches Recht ist islamisches Recht, Bankzinsen sind kein Wucher, interreligiöse Heiraten zwischen Muslimen und Nichtmuslimen. Um diese Publikationen auch in anderen asiatischen Ländern nutzen zu können, wurden diese Taschenbücher inzwischen auch ins Englische übersetzt.

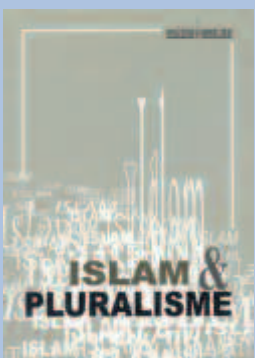
Ein besonders populäres Buch, das von der KAS zum Thema Islam in Malaysia gefördert wurde, ist eine Sammlung von Artikeln und Reportagen der muslimischen Autorin Dina Zaman unter dem Titel I AM MUSLIM, das wochenlang in den Bestsellerlisten zu finden war. Es beschreibt das Leben und Denken malaysischer Muslime in bisher nicht gekannter Offenheit.



Muslimische und nicht-muslimische Kinder mit ihrer gemeinsam gestalteten Kalligraphie in arabischer und chinesischer Sprache zum Thema "Goldene Regel" im Museum für Islamische Kunst in Kuala Lumpur. Die KAS hatte zusammen mit dem Museum und einer buddhistischen Organisation im Jahre 2004 einen nationalen Kalligraphiewettbewerb und eine Ausstellung zu diesem Thema organisiert. Die Kalligraphien geben folgende Zitate wieder: „Keiner von Euch ist ein Muslim, bis er seinem Nächsten auch das wünscht, was er selbst möchte.“ (Muhammad) und: „Was Du nicht willst, das man Dir tu', das füg' auch keinem andern zu.“ (u. a. Konfuzius)



Das Buch „I am a Muslim“ von Dina Zaman enthält eine Sammlung von Berichten über den Alltag der Muslime in Malaysia. Ihre Geschichten spiegeln ihre Sicht des religiösen Lebens und das Selbstverständnis der Muslime dort wieder.



Der Band über Islam und Pluralismus enthält eine aktuelle Sammlung von Analysen islamischer Reformen und internationaler Islam- und Religionsexperten über die Definition und das soziale sowie theologische Selbstverständnis von Pluralismus.

Indem die Autorin ohne Wertung sehr verschiedene Sichtweisen zu religiösen und anderen Lebensfragen zu Wort kommen lässt, ist dieses leicht zu lesende Buch ein überzeugendes Plädoyer für Pluralismus, Meinungsfreiheit, Menschenrechte und Toleranz.

Ein zweiter Bereich zielt auf die Förderung eines besseren Verständnisses der verschiedenen Weltreligionen und ihrer gemeinsamen Wertvorstellungen unter allen religiösen und ethnischen Gruppen. Um dieses Wissen zu verbessern, hat die KAS in Kuala Lumpur in den vergangenen fünf Jahren in Zusammenarbeit mit einer Reihe von Institutionen und Organisationen die Ausstellung „Weltreligionen, Weltfrieden, Weltethos“ in nahezu allen Landesteilen gezeigt. Dabei handelt es sich um eine erheblich überarbeitete und erweiterte Version einer ursprünglich von der „Stiftung Weltethos“ konzipierten Ausstellung. Von der KAS und ihren lokalen Partnerorganisationen auf die lokalen Verhältnisse zugeschnitten gibt es die Ausstellung und die entsprechende umfangreiche Broschüre in den drei Sprachen Englisch, Malaysisch und Chinesisch.

Den bisherigen Höhepunkt der Maßnahmen zur Propagierung der gemeinsamen Werte der verschiedenen Weltreligionen stellte das Penang Global Ethic Project dar, das im Frühjahr 2006 stattfand: In drei prominenten Gebäuden von Georgetown wurden die drei Versionen der Ausstellung „Weltreligionen, Weltfrieden, Weltethos“ erstmals gleichzeitig gezeigt. Die Besucher der Ausstellung konnten danach zu einem „Spaziergang zu den Weltreligionen“ aufbrechen, der sie entlang einer 500 Meter langen Straße zu einer christlichen Kirche, einem buddhistischen Tempel, einem Hindutempel, einer Moschee und zwei chinesischen Ahnentempeln führte. Speziell ausgebildete Führer erklärten den Besuchern die wesentlichen Merkmale der verschiedenen Andachtstätten. Dazu stellte die Staatliche Kunstgalerie die prämierten Kalligraphien zur Goldenen Regel aus und organisierte mit dem Verband der Kunstlehrer einen entsprechenden Malwettbewerb für Kinder. Mehrere Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen beschäftigten sich mit den gemeinsamen Grundpositionen der verschiedenen Glaubensrichtungen zu den Themenbereichen Umweltschutz, Korruption und Gewaltverzicht.

INDONESIEN

Indonesien ist mit circa 190 Millionen Muslimen das größte islamische Land der Welt. 23 Millionen oder zehn Prozent der Indonesier sind Christen (davon zwei Drittel Protestanten und ein Drittel Katholiken). Die 1,8 Prozent umfassende hinduistische Bevölkerung konzentriert sich auf die Insel Bali. Die 2,5 Millionen zählende Gemeinschaft der Buddhisten setzt sich in erster Linie aus Indonesiern chinesischer Herkunft zusammen. Islam, Christentum, Hinduismus und Buddhismus sind zugleich die vier Religionsgemeinschaften, die laut der Staatsideologie „Pancasila“ die offizielle religiöse Grundlage der künstlichen, erst seit 1945 existierenden Republik Indonesien bilden.

Der Islam erreichte bereits im 10. Jahrhundert durch Händler aus der arabischen Welt den Westen der Insel Sumatra, breitete sich aber erst ab dem 15. Jahrhundert über weite Teile des indonesischen Archipels aus. Zwei Merkmale kennzeichnen den Islam in Indonesien bis in die heutige Zeit: Nicht zuletzt aufgrund der isolierten Insellage hat er eine vergleichsweise homogene Religionsgemeinschaft ohne nennenswerte Zersplitterungen entwickelt. Bis auf eine kleine, 100.000 Mitglieder zählende Gemeinde gehören alle Muslime Indonesiens dem sunnitischen Islam schafiiischer Rechtsprägung an. Auch ist der „besondere indonesische Islam“ über Jahrhunderte hinweg bedeutend liberaler praktiziert worden als in den meisten anderen islamischen Ländern. Ahnenkult und Geisterglaube sind noch immer tief in der indonesischen Gesellschaft verwurzelt, und dies nicht nur bei Hindus und Buddhisten, sondern eben auch bei nahezu allen Muslimen und Christen. Zwar ist es insbesondere auf den Molukken und der Insel Sulawesi immer wieder zu teils heftigen Zusammenstößen zwischen Muslimen und Christen gekommen, die bis heute etwa 10.000 Menschenleben gekostet haben. In den meisten islamischen Teilen des Landes jedoch verläuft das Zusammenleben der Religionen eher konfliktfrei, zumindest solange die Dominanz des Islams nicht infrage gestellt wird. Der interreligiöse Dialog ist daher zwar wichtig für gegenseitigen Respekt und Anerkennung, aber nicht entscheidend für die zukünftige Entwicklung der indonesischen Gesellschaft.

Seit dem Ende der autokratischen Herrschaft Suhartos und der Einführung einer präsidentiellen Demokratie im Jahr 1999 lernen die Menschen, mit ihren neu erworbenen bürgerlichen Freiheiten, Rechten und Pflichten umzugehen. Diese Freiheiten haben aber auch

extremistischen muslimischen Strömungen erstmalig Aktionsmöglichkeiten eröffnet. In einem schleichenden Prozess ist über die letzten Jahre hinweg eine immer striktere und radikalere Religionsausübung implementiert worden, die eine – aus der Sicht vieler indonesischer Muslime – gefährliche Eigendynamik entwickelt hat. Die moderaten Kräfte sind nun dabei, sich zu formieren und geeignete Maßnahmen gegen die Radikalisierung des indonesischen Islams zu entwickeln. Der entscheidende Dialog in Indonesien wird also nicht auf interkultureller oder interreligiöser, sondern in erster Linie auf innerislamischer Ebene geführt und steht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der demokratischen Entwicklung des Landes.

Die sich seit 1999 konsolidierende Demokratie Indonesiens befindet sich noch in ihrer Orientierungsphase. Noch ist nicht klar, wie die demokratischen Strukturen, Mechanismen und Entscheidungsfindungsprozesse letztlich organisiert werden sollen. Diese Findungsphase ist untrennbar mit der zentralen Frage verbunden, ob der Islam in einem produktiven oder destruktiven Verhältnis zur Demokratieentwicklung in Indonesien steht. Die große Mehrheit der moderaten Muslime ist sich der enormen Bedeutung des konstruktiven Miteinanders von Demokratie und Islam auf jeden Fall bewusst: Für sie stellt sich nicht die Frage ob, sondern welchen Stellenwert, welche Ausprägung, welche Aufgaben der Islam in der sich stabilisierenden Demokratie übernehmen soll. Die KAS unterstützt diese Kräfte mittelbar, indem sie sich zusammen mit namhaften nationalen Partnern im Bereich der Demokratieförderung engagiert.

Den Auftakt unserer Dialogmaßnahmen bildete ein Ende September 2001 durchgeführter internationaler Workshop über ethnisch und religiös motivierte Konflikte in Indonesien. Besondere Brisanz und Aktualität erhielt der Beginn unseres Engagements in diesem Themenkomplex durch die unmittelbare Nähe zum 11. September 2001. Die Konferenz war allerdings bereits lange vorher geplant worden, da mit dem Ende der Suharto-Ära schwere ethnisch und religiös motivierte Auseinandersetzungen ausbrachen und die ersten Jahre der Demokratisierung überschatteten. Die Ergebnisse des Workshops wurden in der Publikation „Communal Conflicts in Contemporary Indonesia“ zusammengefasst und stießen auf ein breites Echo bei den politischen Entscheidungsträgern und religiösen Autoritäten.

DEMOKRATIE- SCHULUNGEN FÜR LEHRKRÄFTE

Zusammen mit der angesehenen islamischen privaten Universität Paramadina Jakarta (UPJ) hat die KAS ein viertägiges Demokratieseminar für Lehrkräfte von Hauptschulen entwickelt. Die Idee ist, Lehrer als Multiplikatoren für die Vermittlung demokratischer Werte und Mechanismen zu gewinnen. Die Regionalbüros des Erziehungsministeriums in den 33 Provinzen Indonesiens übernehmen die Auswahl von bis zu 25 Lehrkräften als Seminarteilnehmer. Hierbei wird seitens der KAS und der UPJ besonders auf die Teilnahme weiblicher Lehrkräfte geachtet.

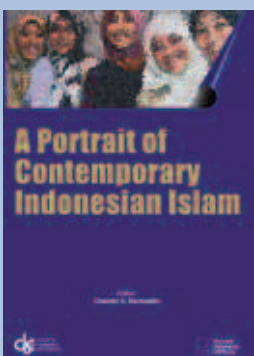
Die Vermittlung der Inhalte erfolgt nicht – wie üblich – durch Auswendiglernen und Vorlesen, sondern über Spielelemente und moderne didaktische Verfahren, die für die Teilnehmer eine positive Erfahrung von Lehr- und Lernmethodik darstellen. Alle Teilnehmer werden mit den notwendigen Unterrichts- und Vermittlungsmaterialien ausgestattet. So wirken sie nicht nur in ihre Schulklassen hinein, sondern auch als Multiplikatoren für die Kolleginnen und Kollegen an ihren jeweiligen Schulen.

Im Folgejahr soll evaluiert werden, inwieweit dieses Schneeballsystem von den Seminarteilnehmern angewandt wurde, welche sichtbaren Erfolge erzielt werden konnten und welche Defizite aufgetreten sind, um das laufende Programm an die realen Bedürfnisse anzupassen.



Soziale Fragen der Gegenwart aus der Perspektive des Koran und der Hadiths (2004)

Der gesellschaftliche Wandel stellt die indonesische Bevölkerung vor neue Herausforderungen und Fragen. Die thematische Interpretation des Koran zeigt, dass fortschrittliches, rationales, ethisches und menschliches Gedankengut durchaus mit dem Koran vereinbar ist. In 17 Büchern werden u. a. folgende Fragen diskutiert: Islamischer Fundamentalismus und Jihad; Ist der Islam eine Religion für Frauen?, Drogen: das Problem und seine Lösung aus islamischer Perspektive und Menschenrechte aus der Perspektive des Koran und der Hadiths.



A Portrait of Contemporary Indonesian Islam (2005)

Das Buch setzt sich aus den Beiträgen des Seminars „A Portrait of Contemporary Indonesian Islam: Remapping and Responding to the Worldwide Social Agenda“ (Jakarta, Dezember 2004) zusammen. Das breite Spektrum der zeitgenössischen Entwicklungen in der indonesischen Gesellschaft und die Herausforderungen des Islam durch die Moderne und den anhaltenden Transformationsprozess des Landes werden facettenreich erörtert und diskutiert.

Schon diese erste Maßnahme führte die KAS mit der Vorgängerinstitution der Nationalen Islamischen Universität (UIN) Jakarta als Durchführungspartner zusammen. Seitdem haben UIN und KAS ihre Kooperation weiter vertieft und ausgebaut und kooperieren heute auf der Basis gegenseitigen Respekts und Vertrauens. Der ersten Konferenz folgten bis zum September 2005 sechs weitere Konferenzen und drei Workshops, die sich im nationalen wie internationalen Kontext mit islamspezifischen Themen befassten und meist in Form von Publikationen dokumentiert wurden.

Die jüngsten Entwicklungen in Indonesien haben die KAS dazu veranlasst, ihr Dialogprogramm anzupassen und neue Arbeitsschwerpunkte zu setzen. Islamische Fundamentalisten haben die vergangenen Jahre genutzt, um den Islam, oder besser die Ausübung islamischer Praktiken, immer stärker als elementaren Bestandteil in den indonesischen Alltag zu implementieren. Ihren Ausdruck findet diese Entwicklung nicht nur durch eine steigende Anzahl Kopftuch tragender Frauen im Stadtbild oder durch Lautsprecherübertragungen sowohl der Gebetsrufe als auch der gesamten sechs Gebete in den Nachbarschaftsmoscheen, sondern auch durch Erlasse sogenannter islamischer Verordnungen auf kommunaler Ebene, die in erster Linie teils krasse Beschneidungen der persönlichen Freiheitsrechte von Frauen zum Inhalt haben und in Fachkreisen als verfassungswidrig beurteilt werden. Das klare Ziel der politisch motivierten fundamentalistischen Vereinigungen sind die Abschaffung der Demokratie und die Gründung einer „Islamischen Republik Indonesien“. Die islamischen Massenorganisationen, die Millionen von Mitgliedern zählen, sowie viele andere zivilgesellschaftliche Organisationen auf nationaler wie kommunaler Ebene sind sich der aufziehenden Gefahr einer Radikalisierung der indonesischen Gesellschaft erst in den letzten Monaten richtig bewusst geworden und versuchen nun, die breite Öffentlichkeit vom Wert der neu errungenen demokratischen Freiheiten, Rechte und Pflichten zu überzeugen. Insbesondere die junge Generation gilt hier als wichtigste Zielgruppe. Die KAS engagiert sich zusammen mit dem nationalen Medienpartner Stiftung Neue Perspektive (Yayasan Perspektif Baru) in Form von Demokratieforen für Studenten an Universitäten im ganzen Land sowie Demokratieschulungen für Lehrkräfte.

PHILIPPINEN

Nach offiziellen Angaben bekennen sich lediglich sechs Prozent der 90 Millionen Filipinos zum muslimischen Glauben. Die überwiegende Mehrheit der Filipinos (82 Prozent) ist katholisch, sieben Prozent gehören einer evangelischen Kirche an. Drei Millionen der rund 5,5 Millionen Muslime leben in der Autonomous Region of Muslim Mindanao, die fünf der insgesamt 82 Provinzen umfasst. In dieser Region liegt ihr Bevölkerungsanteil bei über 90 Prozent.

Der muslimische Glaube erreichte das philippinische Archipel rund 150 Jahre vor den Spaniern, die 1521 auf den Philippinen ankamen und das Land in der Folge kolonialisierten. Allerdings war der politische Einfluss der Spanier im südlichen Landesteil Mindanao, dessen Bewohner sie „Moros“ nannten, gering. Dort dominierten über Jahrhunderte die Sultanate. Auch nach der Christianisierung blieb Mindanao für beinahe 400 Jahre überwiegend muslimisch. Für das Jahr 1900 wird angenommen, dass 80 Prozent der 300.000 Einwohner Mindanaos Muslime waren. Erst größere Zuwanderungswellen im 20. Jahrhundert veränderten die Bevölkerungs- und Machtstrukturen im Süden. Heute wird Mindanaos Bevölkerung mit 22 Millionen angegeben – der muslimische Bevölkerungsanteil schrumpfte auf 20 Prozent.

Der Einzug der christlichen Siedler ging mit zunehmenden Landkonflikten einher, die vor allem zu Regierungszeiten des diktatorisch agierenden Präsidenten Marcos immer stärker eskalierten. 1969 wurde die Moro National Liberation Front (MNLF) gegründet, 1982 gefolgt von der radikaleren Moro Islamic Liberation Front (MILF). Die bewaffneten Konflikte zwischen den sogenannten Moro-Rebellen und der Zentralregierung waren stets von säkularem Charakter. Es geht um Land und Macht, der Glaube wird nicht in den Vordergrund der Auseinandersetzung gerückt.

Im Jahre 1996 führte der Friedensabschluss der Regierung mit der MNLF zur Gründung der Autonomous Region of Muslim Mindanao, die jedoch wirtschaftlich völlig von der Zentralregierung abhängig geblieben ist. Ungelöste politische Fragen sowie die Verarmung der ehemals wirtschaftlich stärkeren muslimischen Provinzen konnten die Rebellion nicht beenden, die nach 1996 von der MILF angeführt wurde. Seit 2002 herrscht Waffenstillstand. Die Regierung führt nun Friedensverhandlungen mit der MILF, die ein erweitertes Gebiet und größere politische Macht zur Lösung der „Moro-Frage“ verlangt. Gleichzeitig fordert die von Indonesien importierte Jamah Islamia (JI) sowie die Abu-Sayaff-Gruppe eine islamische Revolution und scheuen vor Terroranschlägen nicht zurück.

Traditionell sind die muslimischen Führer des Landes den moderaten Kräften zuzuordnen. Allerdings hat in den letzten 25 Jahren, auch durch gezielte Investitionen saudi-arabischer und ägyptischer Kreise in muslimische Schulen, der Fundamentalismus spürbar zugenommen. Das KAS-Programm in den Philippinen leistet vor allem Beiträge zur Stärkung der moderaten Kräfte sowie zum Dialog der Konfliktparteien und der Ausarbeitung einer politischen Lösung für Mindanao.



Christen und Muslime, Soldaten, Rebellen und Zivilgesellschaft nehmen an einem achtwöchigen KAS Konfliktmanagement-Kurs teil.

ANGEWANDTER DIALOG

Seit mehreren Jahren führt die KAS auf den Philippinen Christen und Muslime zusammen, um Wege zur Konfliktbewältigung zu diskutieren. Seit 2006 arbeiten wir zudem mit dem von Malaysia angeführten International Monitoring Team sowie den für die Einhaltung des Waffenstillstands zuständigen Komitees von Regierung und MILF zusammen. Im Rahmen dieser Arbeit, die von dem KAS-Partner „Institute for Autonomy and Governance“ in Cotabato City durchgeführt wird, ist gegenseitiges Vertrauen entstanden, das die KAS in die Lage versetzt, gemeinsame Maßnahmen mit bewaffneten Einheiten beider Seiten durchzuführen.

Jeweils zehn Kommandeure von MILF und philippinischer Armee sowie fünf Vertreter der Zivilgesellschaft haben an einem an acht Wochenenden stattfindenden speziell ausgearbeiteten Konfliktmanagement Kurs teilgenommen. Die Maßnahme wurde an der Notre Dame University in Cotabato City durchgeführt, die angeboten hatte, für die erfolgreiche Absolvierung der Lehrgänge sowie das Anfertigen einer Abschlussarbeit die Teilnehmern mit einem Master in Konfliktmanagement zu belohnen. Die Geschichte Mindanaos, Grundlagen von Christentum und Islam, Theorie und Praxis von Konfliktmanagement sowie praxisorientiertes Kommunikationstraining sind ebenso Bestandteil des Kurses wie die Grundlagen der philippinischen Demokratie. Wichtigstes Ergebnis ist die Vertrauensbildung, die die ganz ungewöhnliche Zusammensetzung dieses Kurses in der gegenwärtigen Konfliktsituation ermöglicht hat.

DIALOGINITIATIVEN IN DEUTSCHLAND

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble erklärte im Herbst 2006 anlässlich der Eröffnung der Deutschen Islamkonferenz: „Der Islam ist Teil dieses Landes, er ist Teil seiner Gegenwart und Zukunft.“ Angesichts von schätzungsweise 3,5 Millionen Menschen mit muslimischem Hintergrund in Deutschland stellt die Gestaltung dieser Zukunft eine der zentralen gesellschaftspolitischen Aufgaben unseres Landes dar. Durch die Einwanderung von Muslimen ist Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten kulturell und religiös vielfältiger geworden. Diese Vielfalt wird von vielen nicht nur als Bereicherung, sondern auch als Belastung wahrgenommen. Der Streit um Kopftücher, Moscheebauten und Schulunterricht oder um muslimische Positionen zu Gewalt, Integration und Gleichberechtigung bestimmen hierzulande die Diskussion um und mit dem Islam. Dabei ist längst klar, dass die Muslime und damit der Islam aus Deutschland und Europa nicht mehr wegzudenken sind. Muslime in Deutschland wollen ihre religiösen Identitäten wahren und fordern das Recht auf religiöse Entfaltung ein.

www.kas.de



Der Großscheich Tantawi übergibt Bundeskanzlerin Angela Merkel in Kairo eine Schrift, die als Antwort auf die Vorlesung von Papst Benedikt über den Islam gedacht sei.

Dies bringt eine Reihe von schwierigen Herausforderungen mit sich:

Wie lässt sich ein muslimisches Selbstverständnis fördern, das mit europäischen und deutschen Werten vereinbar ist? Welche Voraussetzungen müssen geschaffen werden, damit der Islam den anderen Glaubensgemeinschaften gleichgestellt werden kann? Wie lassen sich unbegründete Ängste und Vorurteile auf beiden Seiten abbauen ohne gleichzeitig die notwendige Vorsicht gegenüber intergrations- und verfassungsfeindlichem Gedankengut zu vernachlässigen? Auf diese Fragen gerechte und tragfähige Antworten zu finden, ist die Grundlage für ein faires Management kultureller und religiöser Unterschiede. Hierzu will die KAS mit ihren Forschungs-, Bildungs- und Beratungsaktivitäten und mit verschiedenen Dialogmaßnahmen auch im Inland einen Beitrag leisten. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde ein Projekt „Integration“ gestartet, das die verschiedenen Einzelmaßnahmen der KAS in Deutschland koordiniert. An diesem Projekt sind alle Hauptabteilungen unserer Stiftung beteiligt.

FORSCHUNGSARBEIT

Das Wissen über Glaubensinhalte und Lebenspraktiken von Muslimen in Deutschland ist in der deutschen Bevölkerung nach wie vor gering. Schon seit einigen Jahren schafft die KAS hier durch empirische Studien und Forschungsarbeiten Abhilfe. Im Zentrum standen hierbei zunächst die in Deutschland lebenden Türken. Durch zwei umfangreiche empirische Studien zu den politischen und gesellschaftlichen Einstellungen von Türken in Deutschland hat die Stiftung maßgeblich zum besseren Verständnis der Bedürfnisse und Interessen dieser Personengruppe beigetragen. Gleichzeitig hat sie hierdurch die Grundlage zur Entwicklung von Strategien für eine bessere Integration der Türken in die politischen und gesellschaftlichen Strukturen in Deutschland gelegt. Neben diesen beiden Untersuchungen hat aber vor allem eine

Befragung von muslimischen Kopftuchträgerinnen aus dem Jahre 2006 (siehe Kasten) für Aufsehen gesorgt. Die Studie „Das Kopftuch – Die Entschleierung eines Symbols?“ wollte mehr Klarheit in einer Frage schaffen, die seit einiger Zeit Gerichte, Landesgesetzgeber und vor allem die öffentliche Debatte beschäftigt: die Frage nach den Motiven für das Tragen eines Kopftuchs.

POLITISCHE BILDUNG

Um Versachlichung bemühte sich die Stiftung auch in ihrer Bildungsarbeit zum Thema Islam in Deutschland. In zahlreichen Seminaren, Workshops und Vortragsveranstaltungen klären Mitarbeiter der Stiftung sowie externe Wissenschaftler und Fachleute über die Grundlagen des Islams und seine Entwicklungsgeschichte auf. Die Angebotspalette reicht von öffentlichkeitswirksamen Podiumsveranstaltungen zum Thema „Islam und Demokratie“, über Fachgespräche zu Fragen des islamkundlichen Schulunterrichts oder zum Erziehungsbild muslimischer Eltern bis hin zu einer Vielzahl kleinerer Expertenrunden mit Politikern, Islamwissenschaftlern, Journalisten oder Unternehmern. Auch ungewöhnliche Themen wie etwa die muslimische Pop-Kultur fanden hierbei ihren Platz.

Wichtig ist der Stiftung bei ihrer Bildungsarbeit zum Thema Islam der Aspekt der Nachhaltigkeit. Um eine langfristige und sachgerechte Beschäftigung mit dem Thema zu gewährleisten hat die Stiftung mehrere öffentlichkeitswirksame Veranstaltungsreihen zum Thema Muslime in Deutschland eingerichtet. Hierzu zählt die Vortragsreihe „Herausforderung Integration“, in der prominente Politiker und Experten in Berlin zum Thema Integration sprechen. Seit kurzem befasst sich außerdem eine eigene Seminar-Reihe im Bildungszentrum Schloss Eichholz bei Bonn mit dem Islam und seiner Rolle in Staat und Gesellschaft. Hierbei geht es nicht nur um die historische und theologische Entwicklung, sondern auch um eine Schilderung des muslimischen Alltagslebens durch Muslime selbst. Dadurch soll die Breite muslimischen Lebens in Geschichte und Gegenwart gezeigt und den Teilnehmern die Möglichkeit zur eigenständigen Meinungsbildung eröffnet werden.

Diese grundlegenden Informationsveranstaltungen werden ergänzt durch die Seminarreihe „Integrationspolitik vor Ort“, in der kommunale Entscheidungsträger, Stadt- und Gemeinderäte und Mitglieder der Ausländerbeiräte Integrationsfragen diskutieren. Kooperationsveranstaltungen mit deutsch-türkischen Verbänden schaffen ein Netzwerk in der Fläche.

DIALOGMASSNAHMEN

Die KAS hat es sich zur Aufgabe gemacht, nicht nur über den Islam zu sprechen, sondern vor allem mit den Muslimen ins Gespräch zu kommen. Schwerpunkt unserer Dialogmaßnahmen mit muslimischen Partnern waren vor allem die Themen Bildungschancen für junge Muslime, Reformdenken im Islam und bürgerschaftliches Engagement. Hierzu wurde an verschiedenen Standorten in Deutschland eine Reihe von Seminaren und Workshops durchgeführt, die unterschiedliche Akzente setzten. Beispielhaft sei hier lediglich ein Dialogprojekt genannt, das Jugendliche auszeichnet, die sich in Integrationsprojekten engagieren. Diese Auszeichnung, die 2007 erstmals an die Mitglieder eines Foto-Projekts aus dem Rheinland ging, bietet jugendlichen Integrationsvorbildern die Chance, ihre Projekte einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen. Neben solchen Maßnahmen prägten vor allem zwei größere Veranstaltungsprojekte die Dialogmaßnahmen der Stiftung.

Der Reformfähigkeit des Islams widmete sich im Herbst 2005 in Berlin eine Großveranstaltung, die in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Bundeszentrale für politische Bildung durchgeführt wurde. Diese Veranstaltung griff ein schwieriges Thema auf. Überlegungen zum Reformislam werden in der islamischen Welt häufig Vorbehalte entgegengebracht. Dennoch wird über die Zukunft des Islams überall gestritten und diskutiert. In diesen Diskussionen dominieren oft traditionalistische und islamistische Stimmen und Argumente. „Progressive“ Denker spielen im innerislamischen Diskurs über den Islam kaum eine Rolle. Zu Unrecht – denn nicht wenige muslimische Intellektuelle stellen sich traditionalistischem und islamistischem Gedankengut entgegen und entwerfen ein neues und modernes Bild des Islams. Ihre Ideen zum Koranverständnis, zur Reform der Scharia, zur Gleichstellung von Mann und Frau und zur Religionsfreiheit sind oft kompliziert und rühren nicht selten an politische und gesellschaftliche Tabus.

Die gemeinsame Fachkonferenz, an der über 100 Experten aus ganz Europa und den USA teilnahmen, diskutierte die Methoden und Themen „progressiven“ Denkens im Islam und zeigte dessen Chancen und Grenzen auf. Reformislamisches Denken, so der übereinstimmende Befund, sei kein Allheilmittel für Integrationsprobleme und auch keine Wunderwaffe gegen den islamistischen Terror. Reformislam könne aber einen wichtigen Beitrag dazu leisten, den Islam flexibel mit den Herausforderungen der Moderne zu versöh-



Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble vor Beginn der 2. Islamkonferenz in Berlin mit dem Vorsitzenden des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Ayyub Köhler. Ziel der Konferenz war eine verbesserte religions- und gesellschaftspolitische Integration der Muslime in Deutschland.

nen, ohne dabei alle Kontinuitäten zur islamischen Tradition zu leugnen. Staatliche Politik sollte deshalb die Rahmenbedingungen für „progressives“ Denken im zeitgenössischen Islam fördern, gleichzeitig aber davon Abstand nehmen, auf die Inhalte und Methoden dieses Denkens Einfluss zu nehmen.

In einem ebenso ungewöhnlichen Format griff die Stiftung im Februar 2007 ein weiteres Kernthema der Debatte um die Integration von Muslimen in westlichen Gesellschaften auf: die Frage des bürgerschaftlichen Engagements. Die Idee der aktiven Bürgergesellschaft bedeutet, dass Menschen sich einmischen, mitmachen und an der Gestaltung von Staat und Gesellschaft beteiligen. Jedes demokratische Gemeinwesen ist auf eine solche Mitwirkung und Einmischung möglichst aller Bevölkerungsgruppen angewiesen. Gerade das bürgerschaftliche Engagement von Muslimen wird angesichts einer wachsenden Zahl von muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern in Deutschland und in anderen westlichen Gesellschaften wichtiger. Wie aber können Muslime zur Entwicklung von Staat und Gesellschaft in mehrheitlich nichtmuslimischen Ländern beitragen? Wie können sie am Gemeinwohl mitwirken und dabei ihre spezifischen Interessen als Angehörige einer religiösen Minderheit einbringen? Wie lassen sich Ehrenamt und Bürgersinn aus muslimischer Perspektive begründen?

Die Suche nach Antworten auf diese Fragen ist nicht nur Sache der Muslime, sondern gleichzeitig auch eine Herausforderung an die Akteure politischer Bildung. Denn für die politische Bildung stellt die Einbindung von Migranten und religiösen Minderheiten eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben dar, deren Lösung neue Ideen, breite Bündnisse und unkonventionelle Ansätze erfordern. Vor diesem Hintergrund lud die KAS zusammen mit der Bundeszentrale für politische Bildung, der Heinrich-Böll-Stiftung und der Deutschen Welle über hundert Experten und ehrenamtlich arbeitende Bürger aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien Dänemark und den USA drei Tage lang nach Berlin ein, um die Idee des bürgerschaft-

lichen Engagements von Muslimen in westlichen Gesellschaften zu diskutieren – umrahmt von Kunst und Kultur. Ziel des gemeinsamen Konferenzprojekts „Muslime als Staatsbürger“ war es, Grundlagen und Voraussetzungen zu klären, Positivbeispiele zu sammeln, Handlungsoptionen aufzuzeigen und neue Ideen zu entwickeln.

BEGABTENFÖRDERUNG

Nach wie vor gibt es bei vielen Migranten erhebliche Bildungsdefizite, die eine Integration nicht nur in den Arbeitsmarkt sondern auch in die Gesellschaft insgesamt erschweren. Die Politik hat dieses Problem erkannt und zuletzt auch im Rahmen des Nationalen Integrationsplans Vorschläge erarbeitet. Die KAS leistet ebenfalls einen Beitrag, indem sie sich mit einer Ausweitung ihres Stipendienangebots gezielt an türkischstämmige junge Menschen richtet, die ein Studium beginnen wollen.

BERATUNG

Politische Beratung ist auch zum Thema „Islam in Deutschland“ eine Kernaufgabe der KAS. Ein Schwerpunktthema unserer Arbeit war hier – in Anknüpfung an die oben genannte Großveranstaltung – die Frage nach der Reformfähigkeit traditioneller muslimischer Glaubensvorstellungen. Angesichts des großen Interesses an diesem Thema gab die KAS im Jahre 2006 eine umfangreiche Überblicksdarstellung reformislamischer Ideen und Ansätze auf Deutsch und Englisch heraus.

Ein weiterer Fokus unserer Beratungsarbeit liegt bei der Vernetzung und Kommunikation. In diesem Zusammenhang ist vor allem das Mitte 2006 ins Leben gerufene „Almanya-Programm“ der Stiftung hervorzuheben. Dieses Programm richtet sich primär an türkischstämmige Multiplikatoren in Deutschland und soll den Austausch zwischen der deutschen Öffentlichkeit, deutschen Politikern, türkischen Multiplikatoren und der türkischen und türkischstämmigen Bevölkerung in Deutschland stärken. Herzstück des Programms ist ein Netzwerk von Politikern und Medienvertretern, das über regelmäßige Pressemonitorings und Newsletter über aktuelle Fragen zu den Themen Migration, Integration, Türkei und Islam auf dem Laufenden gehalten wird.

Über das Almanya-Programm hinaus stellt die KAS durch unterschiedliche Beratungsangebote und Dienstleistungen konkret anwendbare integrationspolitische Expertise der deutschen Politik und Öffentlich-



keit zur Verfügung. Dass dieses Angebot angenommen wird, zeigte unter anderem die Berufung eines Stiftungsmitarbeiters in eine der Arbeitsgruppen der im Herbst 2006 von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble eröffneten Deutschen Islamkonferenz.

Die Integration von Migranten in den Kommunen ist nicht erst seit den Auseinandersetzungen um den Bau von Moscheen in deutschen Städten zu einem Thema geworden. Integration findet ganz entscheidend in den Kommunen, in Vereinen und anderen Einrichtungen auf lokaler Ebene statt. Die Beratung von Kommunalpolitikern ist damit ein wichtiges Instrument der Integration. In den von der Stiftung eingerichteten Arbeitsgruppen werden dafür Handreichungen und praxisorientierte Empfehlungen erarbeitet.

ZUSAMMENFASSUNG

Information und Versachlichung sind die beiden Prinzipien, an denen sich die Arbeit der KAS zum Thema „Islam in Deutschland“ orientiert. Wir sind der Überzeugung, dass erst auf der Grundlage ausgewogenen Wissens über den Islam und die Lebenswirklichkeit von Muslimen in Deutschland eine Lösung integrations- und religionspolitischer Herausforderungen möglich ist. Dies schließt kritische Fragen und eine klare Ablehnung gesetzes- und verfassungswidriger Aktivitäten im Namen des Islams nicht aus. Allerdings lassen sich unserer Auffassung nach die drängenden integrationspolitischen Fragen nur lösen, wenn alle Beteiligten, Muslime und Christen, Migranten und Mehrheitsgesellschaft, zu Anpassungsleistungen bereit sind. Hierzu will die KAS durch ihre vielfältigen Aktivitäten zum Thema „Islam in Deutschland“ einen Beitrag leisten.

DAS KOPFTUCH – DIE **ENTSCHLEIERUNG** EINES SYMBOLS?

Die Intensität, mit der die öffentliche Debatte um das Tragen des Kopftuchs geführt wird, steht in deutlichem Gegensatz zu unserem Kenntnisstand über die Einstellungen und Motive der Frauen, die sich für das Kopftuch entscheiden. Die deutsche Mehrheitsgesellschaft interpretiert das Kopftuch in der Regel als religiöses oder als politisches Symbol, das für die patriarchalische Unterdrückung der Frau oder auch für muslimischen Fundamentalismus steht. Über die Motive dieser Frauen herrscht jedoch weitgehend Unkenntnis. Diese zu ergründen und den gesellschaftlichen und politischen Einstellungen der Frauen nachzuspüren, war die Zielsetzung der Studie. Damit wollen wir auch einen Beitrag zur Versachlichung der Debatte leisten.

Insgesamt wurden für die Studie 315 türkischstämmige Frauen befragt. Es handelt sich damit nicht um eine repräsentative Studie und die Aussagen sind im streng statistischen Sinn nicht ohne weiteres auf alle Kopftuch tragenden Musliminnen zu übertragen. Dennoch ist davon auszugehen, dass die Ergebnisse weit über den befragten Personenkreis hinaus gelten. Der besondere Wert dieser Untersuchung liegt darin, dass wir erstmals einen Einblick in die Denkweise und Motive dieser Frauen erhalten.

Wichtigste Erkenntnis dieser explorativen Studie ist, dass befragten Frauen das Kopftuch vor allem aus religiösen Gründen tragen. Viele dieser Frauen fühlen sich in Deutschland wenig heimisch, die Zugehörigkeitsgefühle zur Türkei sind erheblich stärker ausgeprägt als die zu Deutschland. In Fragen der Partnerschaft, der Freiheit, des Heims, der finanziellen Absicherung und sogar im Kinderwunsch sind die Einstellungen denen deutscher Frauen allerdings sehr ähnlich.

Die Ergebnisse der Studie lassen keinen Rückschluss darauf zu, dass das Tragen eines Kopftuchs generell mit einem fragwürdigen Staats- und Demokratieverständnis einhergeht. Die Mehrheit der befragten Frauen ist von der Gleichheit der Menschen überzeugt, und es gibt keinen Anlass, ihnen fundamentalistische Einstellungen zu unterstellen.

**Die Studie ist unter
<http://www.kas.de/wf/de/33.9095> zu finden.**

BIBLIOGRAPHIE

AUSGEWÄHLTE VERÖFFENTLICHUNG AUS DEN AUSLANDSBÜROS DER KONRAD-ADENAUER- STIFTUNG ZUM THEMA ISLAM

Regionalprogramm Nahost:

- *Demokratischer und ziviler Islam-Diskurs*, hrsg. von Al Quds Center for Political Studies und Konrad-Adenauer-Stiftung, Amman 2007
- *Dialogue avec autrui, se questionner sur soi-même*, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Tunis 2006, (liegt in Englisch und Französisch vor)
- *Droit de la famille dans l'islam. Bases théologiques et juridiques dans le monde arabe*, hrsg. von Chaire UNESCO d'étude comparative des religions und Konrad-Adenauer-Stiftung, Tunis 2005, (liegt in Arabisch und Französisch vor)
- Nöldeke, Theodor, *Geschichte des Qorans*, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, ins Arabische übertragen und hrsg. von Georges Tamer, Beirut 2004
- *Political Parties in the Arab World*, hrsg. von Al Quds Center for Political Studies und Konrad-Adenauer-Stiftung, Amman 2005
- *Political Parties in the Arab World*, hrsg. Lebanese Center for Policy Studies und Konrad-Adenauer-Stiftung, Beirut 2006
- *Reform and Democracy in the Arab World*, hrsg. von Al Quds Center for Political Studies und Konrad-Adenauer-Stiftung, Amman 2006
- *Reform in the Arab World: Chances and Obstacles for an „Izdihar-Scenario“*, hrsg. von Al Quds Center for Political Studies und Konrad-Adenauer-Stiftung, Amman 2006
- *Restarting the Dialogue in International Law: The Necessity of Bridge-Building*, hrsg. von Jordan University und Konrad-Adenauer-Stiftung, Amman 2004
- *Training Manual on Civil and Political Rights for University Students*, hrsg. von The National Centre for Human Rights und Konrad-Adenauer-Stiftung, Amman 2006

Ägypten:

- *Aspects of Structural Reform. With Special Reference to the Egyptian Economy*, hrsg. von Faculty of Economics and Political Science at the University of Cairo und Konrad-Adenauer-Stiftung, Kairo 2004
- *Challenging the Future. The Role of NGO's in the Development of Women*, hrsg. von Development Center for Women and Children und Konrad-Adenauer-Stiftung, Kairo 2003
- *Debates on European and Arab Identity*, hrsg. von Center for European Studies und Konrad-Adenauer-Stiftung, Kairo 2005
- *Electoral Systems in Egypt and the World*, hrsg. von Research Department Cairo University und Konrad-Adenauer-Stiftung, Kairo 2003
- *Environmental Issues in Egypt. Private and Governmental Sector and NGOs*, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Kairo 2005
- *Evaluation of the Democratic Development after the Parliamentary Elections 2005*, hrsg. von One-World-Foundation und Konrad-Adenauer-Stiftung, Kairo 2006
- *Evaluation of the Egyptian Presidential Elections in 2005*, hrsg. von Egyptian Association for Community Participation Enhancement und Konrad-Adenauer-Stiftung, Kairo 2006

- *Integration and Enlargement of the European Union... Lessons to be drawn for the Arab Region*, hrsg. von Center for European Studies und Konrad-Adenauer-Stiftung, Kairo 2006
- *Parliamentary Reform*, hrsg. von Ali Sawi und Konrad-Adenauer-Stiftung, Kairo 2003
- *Regional Integration and Reforms: European and Arab Experiences*, hrsg. von Center for European Studies und Konrad-Adenauer-Stiftung, Kairo 2006
- *The Family Court. Establishing the Family Courts*, hrsg. von Development Program for Women and Children und Konrad-Adenauer-Stiftung, Kairo 2005
- *The role of Non-Governmental Organization in Collaboration with decision-makers to remove restriction on nationality laws*, hrsg. von Development Program for Women and Children und Konrad-Adenauer-Stiftung, Kairo 2004
- *Who blames whom? The Relationship between Government and Parliament in Arab States*, hrsg. von Faculty of Economics and Political Science at the University of Cairo und Konrad-Adenauer-Stiftung, Kairo 2004
- *Woman and Media. Activating the Role of Media in Supporting Issues of the Egyptian Woman*, hrsg. Development Program for Women and Children und Konrad-Adenauer-Stiftung, Kairo 2004

Palästina:

- *Die Wahlen zum Palästinensischen Legislativrat vom 25. Januar 2006. Ergebnisse, Abgeordnete, Regierungsbildung*, hrsg. von Thomas Birringer, Ramallah 2006

Senegal:

- *La tolérance religieuse, Reflet de l'aspiration d'une nation à la démocratie*, hrsg. von Karsten Dümmel und Amadou Booker Sadjji, Dakar 2007
- *Le dialogue interreligieux*, hrsg. von Association de coopération décentralisée und Konrad-Adenauer-Stiftung, Dakar 2005
- *Les religions au Sénégal*, hrsg. von Centre des Etudes des Sciences et techniques de l'information und Konrad-Adenauer-Stiftung, Dakar 2005

Türkei:

- *Bildungsreform in Deutschland und der Türkei*, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Ankara 2006
- *Die Rolle der Frau im Islam – Die Rolle der Frau in der Türkei*, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Ankara 2001
- *Die türkische Republik und die Bundesrepublik Deutschland – Geistige Grundlagen und politische Weichenstellungen*, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Ankara 2002
- *Multireligiöses Zusammenleben in der Türkei und in Europa – Gestern und Heute*, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Ankara 2006, (liegt in Türkisch und Deutsch vor)

Bosnien und Herzegowina:

- *Medien und Religion*, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sarajevo 2007
- *Vision of a Just Society – Fears, Hopes, and Chances for Living together in a Globalized World from Jewish, Christian, and Muslim Perspectives*, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sarajevo, 2006
- *Cvitkovic, Ivan/Abazovic, Dino, Religija i Europske Integracije (Religion und Europäische Integration)*, Sarajevo 2006

Afghanistan:

- *Afghanistan auf der Suche nach einer Wirtschaftsordnung – Soziale Marktwirtschaft an der Seidenstraße?* Konferenzband, hrsg. von der Konrad-Adenauer Stiftung, Kabul 2006 (in Dari und Pashtu)
- Khalatbari, Babak und Christian Ruck, *Fünf Jahre nach den Taliban – Aktuelle Entwicklungen am Hindukusch*, in: *KAS-Auslandsnachrichten* 01/2007
- Thomas Ruttig, *Islamists, Leftists – and a Void in the Center. Afghanistan's Political Parties and where they come from (1902–2006)*, hrsg. von der Konrad-Adenauer Stiftung, Kabul 2006

Indien:

- *Lived Islam in South Asia. Adaptation, Accommodation and Conflict*, hrsg. von Imtiaz Ahmad und Helmut Reifeld, *Social Science Press, New Delhi* 2004
- *Religious Pluralism in South Asia and Europe*, hrsg. von Jamal Malik und Helmut Reifeld, *Oxford University Press, New Delhi* 2005
- *Madrassa Education in India. Islamic Education, Diversity and National Identity post 9/11*, hrsg. von Jan-Peter Hartung und Helmut Reifeld, *SAGE Publications, New Delhi* 2005
- *The Islamic Path. Sufism, Politics and Society in India*, hrsg. von Saiyid Zaheer Jafri und Helmut Reifeld, *Rainbow Publishers, New Delhi* 2006
- *Radical Islam and International Terrorism. Indian Democracy as a Moderating Factor*, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, *New Delhi* 2007

Thailand:

- *The Role of Civic Relegions in Ermerging Thai Civil Society*, hrsg. von Imtiaz Yusuf, *Bangkok* 2004
- *Understanding conflict and approaching Peace in Southern Tahiland*, hrsg. von Imtiaz Yusuf und Lars Peter Schmidt, *Bangkok* 2006

Malaysia:

- *Agama dan Kebebasan Berfikir (Religion and Freedom of Expression)*, hrsg. von Al-Mustaqeem Mahmud Radhi, *Kuala Lumpur*, 2006
- *An-Na'im, Abdullah Ahmed, Reformasi Perundangan Islam (Toward an Islamic Reformation)*, *Kuala Lumpur* 2006
- *Bercakap Atas Nama Tuhan (Terrorism in the Name of God)*, hrsg. von Al-Mustaqeem Radhi, *Kuala Lumpur* 2006
- *Bunga Bank Bukan Riba Yang Diharamkan (Bank Interest ist Not Usury)*, hrsg. von Al-Mustaqeem Mahmud Radhi, *Kuala Lumpur* 2006
- *Dealing with Terrorism Today: Lessons from the Malaysian Experience*, hrsg. von Abul Razak Baginda und Peter Schier, *Kuala Lumpur* 2007
- *Freedom and Islam*, hrsg. von Al-Mustaqeem Mahmud Radhi und Aloysius Mowe, *Kuala Lumpur* 2006
- *Hukum Barat Pun Islam (Western Law is Islamic)*, hrsg. von Al-Mustaqeem Mahmud Radhi, *Kuala Lumpur* 2006
- *Islam and Interfaith Marriage*, hrsg. von Al-Mustaqeem Mahmud Radhi und Aloysius Mowe, *Kuala Lumpur* 2006
- *Islam and Terrorism*, hrsg. von Al-Mustaqeem Mahmud Radhi und Aloysius Mowe 2006
- *Islam dan Pluralisme*, hrsg. von Al-Mustaqeem Mahmud Radhi und Khairul Anam Che Mentri, *Kuala Lumpur* 2006
- *Islam, Democracy and Western Values*, hrsg. von Al-Mustaqeem Mahmud Radhi und Aloysius Mowe, *Kuala Lumpur* 2006

- *Is Malaysia an Islamic State? Secularism and Theocracy – A Study of the Malaysian Constitution*, hrsg. von Abdul Razak Baginda und Peter Schier, *Kuala Lumpur* 2002
- *Kahwin Campur Antara Muslim Dengan Non-Muslim (Inter-religious Marriages between Muslims and Non-Muslims)*, hrsg. von Al-Mustaqeem Mahmud Radhi, *Kuala Lumpur* 2006
- *Kemuliaan Insan Dalam Agama dan Falsafah (Islam and the Respect for Life)*, hrsg. von Al-Mustaqeem Mahmud Radhi, *Kuala Lumpur* 2007
- *Konsep Kebebasan dan Agama (Freedom and Religion)*, hrsg. von Al-Mustaqeem Mahmud Radhi, *Kuala Lumpur* 2006
- *Raziq, Ali Abdul, Islam dan Dasar Permerintahan: Sebuah kajian tentang kedudukan khilafah dan kerajaan dalam Islam (Islam and the Principles of Government: A Study of the Caliphate and Governance in Islam)*, *Kuala Lumpur* 2004
- *The Muslim and the Western Worlds: Impact of the Afghan Conflict*, hrsg. von Abdul Razak Baginda und Johannes Rey, *Kuala Lumpur* 2002
- *The Prohibition of Usury in Islam*, hrsg. von Al-Mustaqeem Mahmud Radhi und Aloysius Mowe, *Kuala Lumpur* 2006
- *Zaman, Dina, I Am Muslim*, *Kuala Lumpur* 2006

Indonesien:

- *A Portrait of Contemporary Indonesian Islam*, hrsg. von Center for Languages and Cultures und Konrad-Adenauer-Stiftung, 2. Auflage, *Jakarta* 2005
- *Communal Conflicts in Contemporary Indonesia*, hrsg. von Center for Languages and Cultures und Konrad-Adenauer-Stiftung, *Jakarta* 2002
- *Democratization and the Issue of Terrorism in Indonesia*, hrsg. von Norbert Eschborn, Joyce Holmes Richardson, Henriette Litta, *Konrad-Adenauer-Stiftung, Jakarta* 2005
- *Dialogue in the World Disorder. A Response to the Threat of Unilateralism and World Terrorism*, hrsg. von Center for Languages and Cultures und Konrad-Adenauer-Stiftung, 2. Auflage, *Jakarta* 2005
- *Indonesia Today: Problems and Perspectives. Politics and Society Five Years into Reformasi*, hrsg. von Norbert Eschborn, Sabrina Hackel, Joyce Holmes Richardson, *Jakarta* 2004
- *Islam & the West. Dialogue of Civilizations in Search of a Peaceful Global Order*, hrsg. von Center for Languages and Cultures und Konrad-Adenauer-Stiftung, *Jakarta* 2003
- *Soziale Fragen der Gegenwart aus der Perspektive des Koran und der Hadiths*, hrsg. von Center for Languages and Cultures und Konrad-Adenauer-Stiftung, *Jakarta* 2004

VERÖFFENTLICHUNGEN IN DEUTSCHLAND

- *Bioethik im christlich-islamischen Dialog*, für die Konrad-Adenauer-Stiftung hrsg. von Thomas Eich und Helmut Reifeld, *Sankt Augustin* 2004 (liegt auch in Arabisch vor)
- *Das Kopftuch – Entschleierung eines Symbols?*, in: *Zukunftsforum Politik*, Broschürenreihe hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Nr. 77, bearbeitet von Frank Jessen und Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff, *Sankt Augustin/Berlin* 2006
- *Ehe, Familie und Gesellschaft – Ein Dialog mit dem Islam*, für die Konrad-Adenauer-Stiftung hrsg. von Helmut Reifeld, *Sankt Augustin* 2006 (liegt auch in Englisch vor)
- *Muslims als Staatsbürger: Bürgerschaftliches Engagement aus internationaler Perspektive*, hrsg. von Bundeszentrale für politische Bildung, Heinrich Böll Stiftung, *Konrad-Adenauer-Stiftung und Deutsche Welle, Berlin* 2007
- *Von Atatürk zu Adenauer? Überlegungen zur Gewinnung türkischstämmiger CDU-Wähler*, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, bearbeitet von Andreas Jacobs und Heike Schmidt (im Druck)

IMPRESSUM

Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung
Rathausallee 12
53757 Sankt Augustin
Telefon: 02241/246-0
Telefax: 02241/246-2591

Tiergartenstraße 35
10785 Berlin
Telefon: 030/26996-0
Telefax: 030/26996-3261
E-Mail: redaktion@kas.de

Redaktion

Dr. Helmut Reifeld
Teamleiter Grundsatzfragen
Internationale Zusammenarbeit
Konrad-Adenauer-Stiftung

Redaktionsassistentz

Catrin Czyganowski

Mit Länderbeiträgen von

Dr. Thomas Birringer, Catrin Czyganowski,
Dr. Ute Gierczynski-Bocandé, Dr. Lars Hänsel,
Dr. Andreas Jacobs, Dr. Babak Khalatbari,
Dr. Christina Catherine Krause, Dr. Michael
Lange, Dr. Hardy Ostry, Dr. Klaus Pähler, Klaus
Preschle, Dr. Helmut Reifeld, Peter Schier,
Thomas Schiller, Dr. Lars Peter Schmidt, Dirk
Tröndle, Dr. Winfried Weck

Gestaltung

SWITSCH KommunikationsDesign, Köln

Druck

Druckerei Paffenholz, Bornheim

Bildnachweis

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
dpa Picture-Alliance, fotolia



Konrad
Adenauer
Stiftung

ISBN 978-3-939826-77-4

www.kas.de